

# **Lebensstadt Linz**

## **Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit**

### Das Linzer Sozialprogramm 2011

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Sozialprogramm 1990 „Linz, eine Stadt für alle“ - Eine Analyse der Umsetzung .....</b>	<b>4</b>
<b>2. Herausforderungen einer sozialen Stadt.....</b>	<b>5</b>
<b>3. Die Veränderung des sozialökonomischen Gefüges .....</b>	<b>7</b>
3.1. Der demographische Wandel der österreichischen Gesellschaft.....	7
3.2. Die Rolle der Erwerbstätigkeit .....	14
3.3. Die Vielfalt der Kulturen .....	16
3.4. Aktiv bis ins hohe Alter .....	19
3.5. Die Entwicklung der sozialen Ungleichheit.....	20
<b>4. Ziele und Aufgaben kommunaler Sozialpolitik .....</b>	<b>22</b>
<b>5. Sozialräumlich orientierte Strategie-Entwicklung als Grundlage für ein modernes sozialpolitisches Programm .....</b>	<b>23</b>
5.1. Der gegenwärtige Sozialraumdiskurs und der Wandel des Raumverständnisses ..	23
5.2. Das Konzept des sozialen Raums als Prozess .....	25
5.3. Der Zugang zu sozialen Räumen .....	26
5.3.1. Zugang über Orte .....	26
5.3.2. Zugang über Strukturen und Steuerungsprozesse .....	26
5.3.3. Zugang über Einzelne oder Gruppen.....	26
5.4. Perspektiven in der sozialräumlichen Betrachtung.....	26
5.4.1. Politik- und Verwaltungsperspektive .....	27
5.4.2. Lebenswelten-Perspektive .....	27
5.5. Perspektiven der sozialräumlich orientierten Handlungsstrategien .....	27
<b>6. Der Entstehungsprozess des Linzer Sozialprogramms.....</b>	<b>28</b>
6.1. Sozialmonitoring für die Stadt Linz .....	28
6.2. Der Weg zum neuen Sozialprogramm .....	30
<b>7. Das Linzer Sozialprogramm 2011 .....</b>	<b>34</b>
7.1. Lebens-Netze .....	34
7.1.1. ZIEL 1 - Verstärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie .....	36
7.1.2. ZIEL 2 - Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz.....	39
7.1.3. ZIEL 3 - Hilfestellung im Krisenfall .....	41
7.1.4. ZIEL 4 - Garantie des würdevollen Älterwerdens.....	42
7.1.5. ZIEL 5 - Angebot eines vielfältigen Beratungsnetzwerkes für alle Bevölkerungsgruppen .....	44
7.1.6. ZIEL 6 – Stärkung der Stadt Linz als soziales Vorbild .....	45

7.1.7.	ZIEL 7 – Bereitstellung eines entsprechenden Angebots für Menschen mit speziellen Problemlagen.....	46
7.2.	Lebens-Räume .....	48
7.2.1.	ZIEL 1 - Verbesserung der Wohnsituation .....	49
7.2.2.	ZIEL 2 - Schaffung von Freiräumen .....	52
7.2.3.	ZIEL 3 - Forcierung der Barrierefreiheit.....	54
7.3.	Lebens-Vielfalt.....	56
7.3.1.	ZIEL 1 - Verstärkung der berufliche Qualifizierung von MigrantInnen .....	57
7.3.2.	ZIEL 2 - Forcierung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung .....	57
7.3.3.	ZIEL 3 - Etablierung entsprechender Informationskanäle.....	58
7.3.4.	ZIEL 4 - Intensivierung der Sprachförderung .....	60
7.3.5.	ZIEL 5 - Schaffung kultureller Begegnungsmöglichkeiten .....	62
7.4.	Lebens-Chancen .....	64
7.4.1.	ZIEL 1 - Entwicklung eines Förderprogramms für SchülerInnen .....	65
7.4.2.	ZIEL 2 - Erhöhung der Chancengleichheit .....	66
7.4.3.	ZIEL 3 - Qualitätsentwicklung und -sicherung für die Kinderbetreuungs- einrichtungen.....	67
7.4.4.	ZIEL 4 - Verringerung der SchulabbrecherInnenquote .....	68
7.4.5.	ZIEL 5 - Erleichterung des Berufseinstiegs.....	68
7.4.6.	ZIEL 6 - Erhöhung des Stellenwerts neuer Technologien.....	70
7.4.7.	ZIEL 7 - Optimierung der Rahmenbedingungen für SchülerInnen.....	71
<b>8.</b>	<b>Verzeichnisse .....</b>	<b>73</b>
8.1.	Abbildungsverzeichnis.....	73
8.2.	Tabellenverzeichnis .....	73
8.3.	Literaturverzeichnis .....	74

# 1. Sozialprogramm 1990 „Linz, eine Stadt für alle“ Eine Analyse der Umsetzung

In den beiden vergangenen Jahrzehnten wurden in der Linzer Sozialpolitik zahlreiche entscheidende Weichenstellungen vorgenommen, zukunftsweisende Projekte verwirklicht oder in Angriff genommen. Beispielgebend war die Stadt unter anderem für eine landesweite Qualitätsoffensive im Bereich der Pflegeheimbauten und bei der Vollversorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Grundlage für das relativ dichte soziale Netz der Landeshauptstadt liegt in der vorausschauenden Sozialplanung von 1990. Das am 15. November 1990 im Gemeinderat einstimmig beschlossene Sozialprogramm „Linz eine Stadt für alle“ konnte in den vergangenen Jahren umgesetzt werden. Wesentliche infrastrukturelle Maßnahmen wurden in Angriff genommen und mittlerweile zur Gänze abgeschlossen. Dabei erwiesen sich die Vorgaben des Sozialprogramms als flexibel genug, um auf veränderte Bedarfslagen rasch mit zusätzlichen Ausbauprogrammen reagieren zu können.

Das ehrgeizige Ziel des 1990 von Gemeinderat beschlossenen Sozialprogramms lag darin, eine Stadt zu gestalten, die sich nach den Bedürfnissen der LinzerInnen richtet. Es sollte der bestehende Grundstock an Sozialleistungen zu einer flächendeckenden Versorgung ausgebaut werden. Immer aber unter der Prämisse, dass die Leistungen allen LinzerInnen gleich zugänglich sind. Bürgermeister Franz Dobusch und die damalige Sozialreferentin der Stadt Linz, Ingrid Holzhammer, haben bereits in ihrem Vorwort zum Sozialprogramm angemerkt, Linz stünde am Beginn einer neuen und modernen Sozialpolitik. „Sozialpolitische Aufgaben, wie die Verbesserung für Ältere, Kinder und Familien, Jugendliche und sozial Benachteiligte, werden die Schwerpunktthemen der Kommunalpolitik in den neunziger Jahren bilden. Ziel dieser neuen Sozialpolitik wird sowohl eine quantitative als auch qualitative Erweiterung der Sozialmaßnahmen sein.“<sup>1</sup> Ein Ziel, das für alle Bereiche nach zwei Jahrzehnten erreicht wurde.

Der Linzer Bevölkerung steht heute ein vielfältiges soziales Leistungsangebot zur Verfügung. In vielen Bereichen ist die Vollversorgung mit Angeboten erreicht. Mehr LinzerInnen verfügen über die Chance, das Leben möglichst nach den eigenen Vorstellungen auszurichten, dabei aber in jeder Lebenslage, vor allem in Notsituationen, ein entsprechendes Unterstützungsangebot der Stadt vorzufinden. Die forcierte Errichtung von Krabbelstuben, Kindergärten und Horten in den vergangenen beiden Jahrzehnten wurde den neuen Bedürfnissen von Frauen, Familien und Alleinerziehenden gerecht. Mit dem Ausbau der Angebote für SeniorInnen wurde auf die gestiegene Lebenserwartung und den größeren Anteil der älteren Generation innerhalb der städtischen Bevölkerung reagiert. Vor allem die Offensive im Bereich der mobilen Betreuungsdienste entsprach dem gestiegenen Bedürfnis der älteren Menschen, solange wie möglich in den eigenen vier Wänden verbleiben zu können. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des Sozialprogramms von 1990 bestand darin, auch den Schwächsten in der Gesellschaft die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Der freie und unbehinderte Zugang zum gesellschaftlichen Leben wird in einem immer stärkeren Maß zu einem substantiellen Element der Lebensqualität eines jeden einzelnen. Der Aktivpass stellt dabei ein zentrales Instrument dar, denn er unterstützt auf vielfältige Weise Menschen, die Gefahr laufen, in bestimmten Lebenssituationen isoliert zu werden.

---

<sup>1</sup> Sozialprogramm für die Stadt Linz – Linz, eine Stadt für alle (1990)

Soziale Gerechtigkeit sowie die Idee von Linz als einer offenen und modernen Stadt sind zu wichtigen Prinzipien der städtischen Kommunalpolitik geworden. In den vergangenen 20 Jahren hat es Linz geschafft, seinen BürgerInnen vielfältige Möglichkeiten zu eröffnen. Nachdem das bisher gültige Sozialprogramm in seinen Grundzügen umgesetzt ist, war es an der Zeit, für die aktuellen und künftigen Herausforderungen ein neues Programm zu erarbeiten. Die bisherigen sozialen Errungenschaften stellen die Basis für die weitere sozialpolitische Entwicklung der Stadt dar. Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren durch Migrationsprozesse, geänderte Rollenverständnisse, vielfältigere Lebensentwürfe und zum Teil gravierende Umgestaltungen in der Arbeitswelt neu formiert. Das nun vorliegende Sozialprogramm muss aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen neue Lösungen für neue Aufgaben finden, soll aber zugleich auf jenen Grundsätzen aufbauen, welche die Stadt Linz in den vergangenen 20 Jahren geprägt und begleitet haben.

Mittels Strukturanalysen, einer Aufarbeitung der gesellschaftlichen Veränderungen und einer wissenschaftlich fundierten Grundlage wurde ein neues Sozialprogramm geschaffen. Es ist Spiegelbild des vorherrschenden Bewusstseinsstandes und auch Spiegelbild der wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit.

## **2. Herausforderungen einer sozialen Stadt**

Den Sozialstaat werden in zunehmendem Maße fünf Herausforderungen beschäftigen: Neben einer ökonomischen (1) sowie einer demographischen (2) Herausforderung, werden eine soziale (3), kulturelle (4) und eine internationale (5) Herausforderung am Ende des 20. Jahrhunderts für gegeben genannt. „Die Krise der öffentlichen Finanzen (1), der Geburtenrückgang und die Alterung der Bevölkerung (2), als ‚krisenhaft‘ empfundene Entwicklungen im Verhältnis der Generationen und in der Familie (3), das Schwinden sozialer und politischer Partizipation (4), die Probleme einer geregelten Zuwanderung und der Integration von Einwanderern (5) sind als Herausforderungen in der Regel ohne Bezug auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den Regionen, Städten und Gemeinden thematisiert worden.“<sup>2</sup> Diese thematisierten Herausforderungen sind auch noch heute zentrale Fragestellungen kommunaler Politik.

Gemeinde und Städte sind bei der Bewältigung ihrer „alltäglichen“ Aufgaben verstärkt mit Restriktionen konfrontiert. Die Lösung der wachsenden Aufgaben stellt neue Anforderungen an die kommunale Handlungsfähigkeit. „Sie besteht in der Krise der kommunalen Finanzen und in der zunehmenden Belastung der Kommunen durch Problemverschiebungen von der Bund-Länder-Ebene“.<sup>3</sup> Die ökonomische Herausforderung macht es den Kommunen schwierig und zum Teil unlösbar, die anderen genannten Herausforderungen zu bewältigen. Einerseits schränken Zuständigkeitsregelungen den Handlungsspielraum der Kommunen stark ein. Andererseits, werden immer mehr Aufgaben den Städten und Kommunen zugeteilt, im Gegenzug bleiben aber die finanziellen Mittel für die Lösung der gestellten Aufgaben aus.

---

<sup>2</sup> Strohmeier, K. (2007)

<sup>3</sup> Strohmeier, K. (2007)

Diese politisch-fiskalischen Rahmenbedingungen haben das Handeln der Kommunen verändert. Viele Gemeinden und Städte sind bereits jetzt mit einer Situation konfrontiert, die sich als strukturelle Überforderung bezeichnen lässt.

Auch die Verschiebung der Alterspyramide, die Entwicklung der erwerbstätigen Bevölkerung sowie der Geburtenrückgang stellen Herausforderungen dar, welche die Kommunen zu bewältigen haben. Der fortschreitende demographische Wandel wird auf Sicht zu einer der größten Herausforderungen für Gemeinden und Städte.

Der demographische Wandel beeinflusst auch maßgeblich die sozialen Herausforderungen einer Stadt. Die Entwicklung führt zu einer Verschiebung im Generationenverhältnis mit einer absehbaren Überlastung der informellen Solidarpotenziale in den Familien. Institutionelle Betreuungs- und Pflegeaufgaben werden verstärkt an Bedeutung gewinnen, traditionelle Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke immer mehr ausdünnen. „Die soziale Herausforderung der Städte und Gemeinden besteht in der kleinräumigen Polarisierung sozialer Lagen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Erosion der traditionellen Lebensformen.“<sup>4</sup>

Als vierter Bereich wird die kulturelle Herausforderung definiert. Für Klaus Peter Strohmeier, Professor für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum, liegt sie vor allem „im Schwinden sozialer Integration und lokaler Identifikation der BürgerInnen in der Ortsgesellschaft. Sie zeigt sich unter anderem im Rückgang lokalpolitischer und sozialer Partizipation und verbreitetem Gestaltungspessimismus.“<sup>5</sup> Hier stellt sich die Frage, inwieweit unter diesen Bedingungen eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung sichergestellt und der soziale Zusammenhalt in der Kommune aufrechterhalten werden kann.

Als letzte, aber auf keinen Fall unwesentliche Herausforderung, wird die internationale Komponente genannt. Strohmeier definiert sie folgendermaßen. „Die internationale Herausforderung stellt der schrumpfenden Stadtgesellschaft die Aufgabe der Integration einer wachsenden Zahl von Eingewanderten unter einer wachsenden kleinräumigen Segregation nach Nationalitäten, Lebenslagen und -formen. Regulierung oder gar Abwehr von Einwanderung mag man als ‚internationale‘ Herausforderung der Nationalstaaten ansehen. Auf kommunaler Ebene geht es aber niemals um Abwehr von Einwanderung, sondern immer um die ‚Integration‘ der ‚Fremden‘, die schon da sind. Folglich gibt man ihnen einen Platz, den sie nach ihren Fähigkeiten ohne Diskriminierung erlangen können.“<sup>6</sup> Kommunen müssen in Zukunft ihre gesellschaftliche Integrationsfunktion stärken, um die kommunale Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Die Städte stehen am Beginn des 21. Jahrhunderts vor fünf Herausforderungen. Herausforderungen in der kommunalen Sozialpolitik, die sich wechselseitig beeinflussen und voneinander abhängig sind. Der Diskurs über die gegenwärtigen und zukünftigen Problemlagen wird vielschichtig und auf unterschiedlichen Ebenen geführt. In den Städten und Gemeinden wird diese Interdependenz aber vorrangig sichtbar. Auf der kommunalen Ebene gilt es integ-

---

4 Strohmeier, K. (2007)

5 Strohmeier, K. (2007)

6 Strohmeier, K. (2007)

rierte Strategien und Konzepte sozialer Kommunalpolitik zu suchen und individuelle Lösungsansätze für die BürgerInnen zu finden.

### **3. Die Veränderung des sozialökonomischen Gefüges**

#### **3.1. Der demographische Wandel der österreichischen Gesellschaft**

Die Bevölkerungsentwicklung in Österreich und im Großteil Europas wird gegenwärtig durch anhaltende niedrige Geburtenraten sowie von zunehmender Alterung der Bevölkerung beeinflusst. Einfacher ausgedrückt: die österreichische Gesellschaft altert.

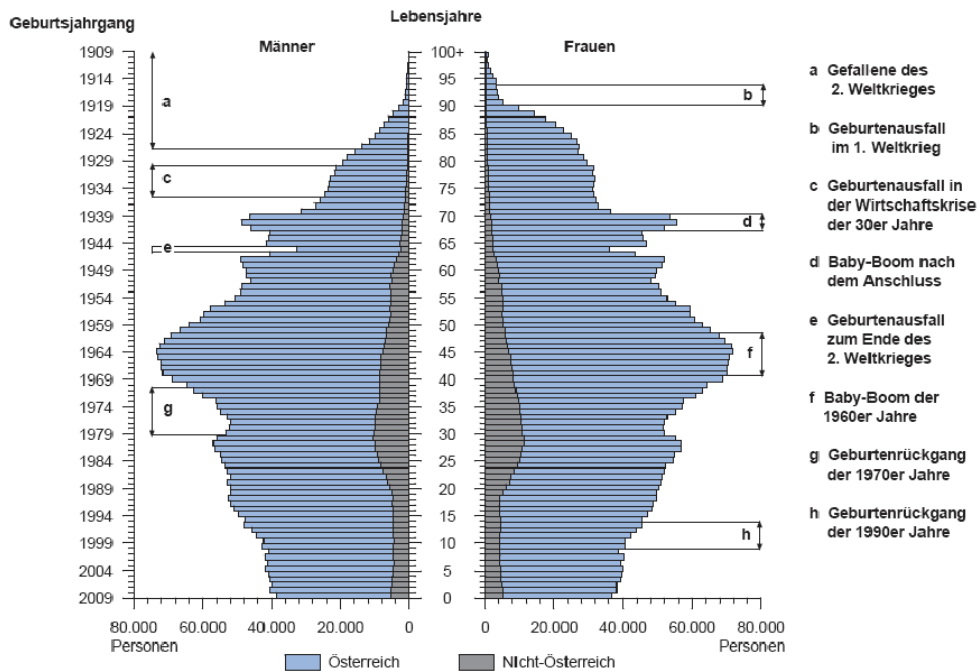
Bereits heute ist in Österreich der Trend zur Verschiebung in der Alterspyramide erkennbar. Der Anteil der älteren Menschen nimmt in Österreich zu, nicht zuletzt deshalb, weil in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger Kinder geboren wurden. Zugleich verändert sich die Bevölkerungsstruktur auch durch den Rückgang der Sterblichkeit, vor allem in fortgeschritteneren Altersgruppen, da die Mortalität bei Säuglingen, Kindern und Jugendlichen bereits auf einem sehr niedrigen Niveau liegt. Dementsprechend stieg die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten in Österreich kontinuierlich.

Vor 140 Jahren lebten im Staatsgebiet des heutigen Österreichs rund 4,5 Millionen Menschen. 2010 waren es in etwa 8,375 Millionen, um rund 20.000 Personen bzw. 0,2 Prozent mehr als 2009. Der Bevölkerungszuwachs des Jahres 2009 ist dabei ausschließlich auf den positiven Wanderungssaldo von knapp 20.600 Personen zurückzuführen, da die Geburtenbilanz negativ ausfiel. Internationale Zu- und Abwanderung vermögen den Prozess zu verlangsamen, sicherlich aber nicht aufzuhalten. Zumeist sind jüngere Bevölkerungsgruppen bei Wanderungen deutlich überrepräsentiert, wodurch sich in Gebieten mit selektiver Abwanderung junger Menschen eine Beschleunigung der demographischen Alterung der verbliebenen Bevölkerung ergibt. Hingegen tragen positive Wanderungssalden zumindest kurzfristig zu einer Verjüngung der Altersstruktur der Bevölkerung bei. Da auch die zugezogenen Personen altern, wäre für eine nachhaltige Veränderung der Altersstruktur eine andauernde Zuwanderung junger Menschen notwendig.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Statistik Austria (2011)

**Altersaufbau der österreichischen Bevölkerung am 1.1.2010 nach Staatsangehörigkeit**  
 Age structure at 2010-01-01 by citizenship



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Abbildung 1: Altersaufbau der österreichischen Bevölkerung<sup>8</sup>

In vielen Regionen ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen gesunken, während die Bevölkerung im Pensionsalter zahlen- und anteilmäßig stark zugenommen hat. Dies zeigt sich anhand des Durchschnittsalters der österreichischen Bevölkerung besonders deutlich. Lag dieser Wert am Beginn der 1970er Jahre noch bei 36,1 Jahren, stieg er bis zum Stichtag 1.1.2010 auf 41,5 Jahre an. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung 2011 abermals um +0,3 Jahre.

<sup>8</sup> Statistik Austria (2011)



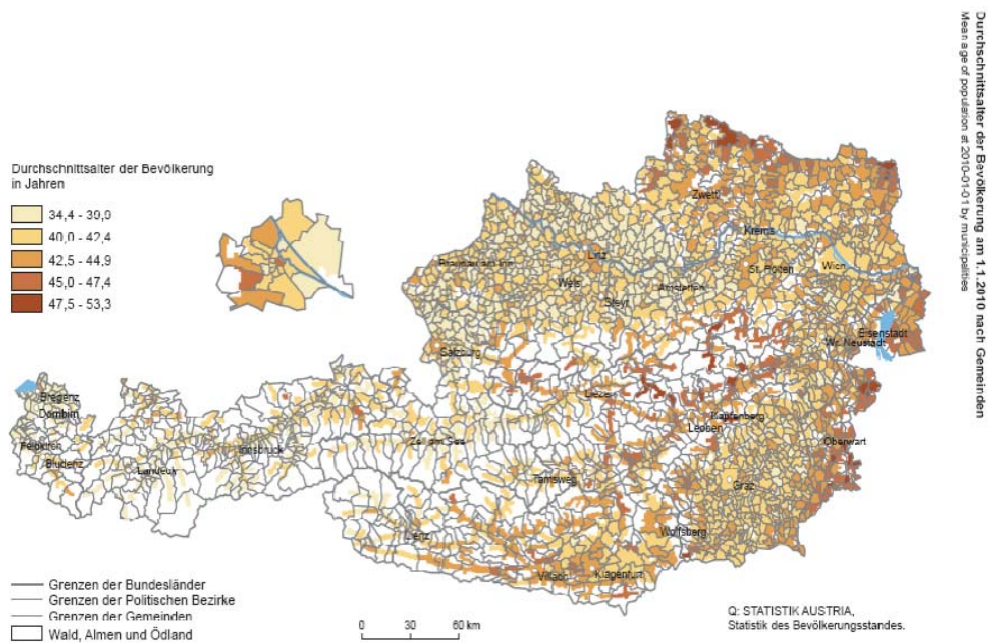


Abbildung 2: Durchschnittsalter der Bevölkerung nach Gemeinden<sup>9</sup>

Zu Beginn des Jahres 2010 lebten in Österreich 1.746.114 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von unter 20 Jahren. Das entsprach etwa einem Fünftel (20,8 Prozent) der Gesamtbevölkerung. Dem gegenüber waren 17,6 Prozent der Bevölkerung Österreichs 65 Jahre oder älter. Knapp 5,15 Millionen Menschen waren am 1.1.2010 in Österreich im Haupterwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren, was einem Anteil von 61,5 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.

Nach den Ergebnissen der aktuellen Prognose wird die Bevölkerung Österreichs auch in Zukunft weiterhin wachsen. 9,5 Millionen Menschen werden für das Jahr 2050 prognostiziert. Während die Gesamtbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten wächst, verändert sich parallel dazu auch die Altersstruktur. Die Alterspyramide verschiebt sich deutlich hin zu den älteren Menschen. Besteht die österreichische Bevölkerung derzeit aus 23 Prozent Personen im Alter von 60 und mehr Jahren, so werden es mittelfristig (2020) knapp ein Drittel sein, langfristig ab 2030 laut Prognoserechnungen 34 Prozent. Demgegenüber sinkt die Zahl der unter 15-jährigen Personen in den nächsten Jahren weiter ab. Ihr Anteil geht bis 2050 von 15 Prozent auf 13 Prozent zurück. Die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 60 Jahren wird in den kommenden Jahren vor allem durch Zuwanderung noch leicht anwachsen, langfristig aber wieder sinken. Stehen derzeit noch 62 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter, so sinkt dieser Anteil alterungsbedingt bis zum Jahr 2050 auf 53 Prozent.

Neben der Veränderung der Alters- sowie Erwerbstätigenstruktur kommt es auch regional zu sehr großen Unterschieden hinsichtlich des prognostizierten Bevölkerungswachstums. Regionen mit einem merklichen Bevölkerungswachstum stehen Regionen mit starken Schrump-

<sup>9</sup> Statistik Austria (2011)

fungsprozessen gegenüber. Unterscheidet man ferner noch nach ländlichen und städtischen Bezirken, werden auch hier deutliche Trends erkennbar. Neben den wachsenden Städten wird vor allem in peripheren Gebieten die Bevölkerungszahl sinken. So zeigen die Prognosen, dass die Zahl der unter 15-Jährigen in den ländlichen Bezirken um rund 12 Prozent (2001 bis 2031) abnimmt, während sie gleichzeitig in städtischen Bezirken um 11 Prozent (2001 bis 2031) wachsen wird. Auch der Bevölkerungsteil der 20-64-Jährigen geht in den ländlichen Bezirken leicht zurück, während die städtischen Bezirke bei den Personen im erwerbsfähigen Alter leichte Zuwächse verzeichnen werden. Entwickeln sich die 65-84-Jährigen in den hier unterschiedenen Raumkategorien noch annähernd gleich, kommt es wiederum bei den über 85-Jährigen zu einer überdurchschnittlichen Zunahme in den ländlichen Bezirken.<sup>10</sup>

In Linz sind mit 1. Jänner 2011 exakt 189.845 EinwohnerInnen mit Hauptwohnsitz gemeldet – um 6.341 Personen mehr, als noch bei der Volkszählung 2001. 18 Prozent davon sind Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre, 57 Prozent Erwerbstätige im Alter von 20 bis 59 Jahre und 25 Prozent 60 Jahre oder älter. Die Struktur ist stark geprägt durch demographisch bedeutsame Ereignisse im 20. Jahrhundert. So ist sowohl der Babyboom in den 1960er Jahren sowie auch der Geburtenausfall in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre in der Abbildung der Linzer Bevölkerung klar erkennbar.<sup>11</sup>

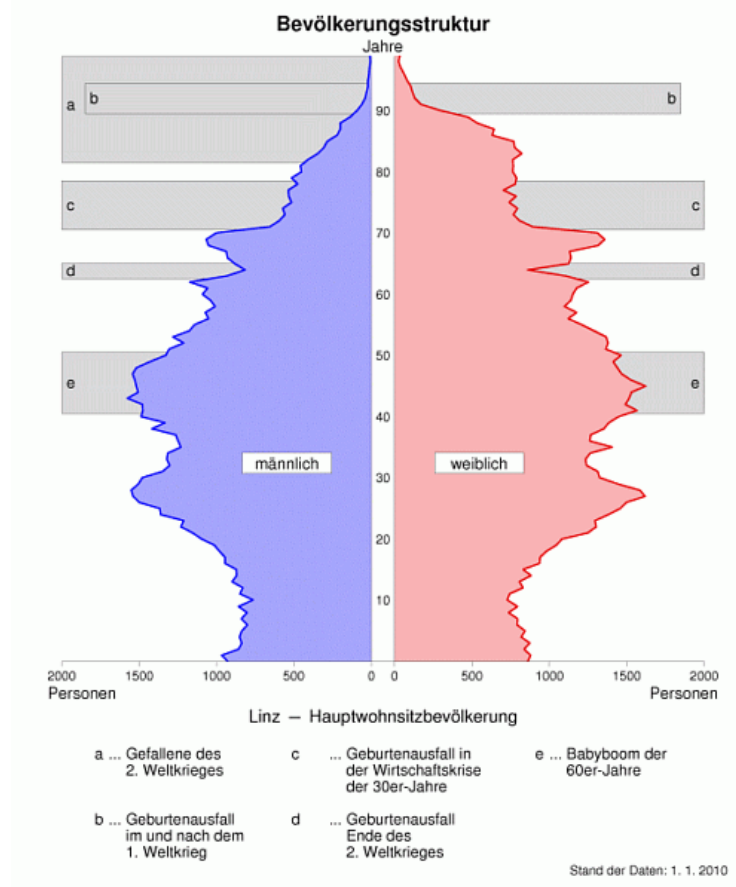


Abbildung 3: Bevölkerungsstruktur in Linz<sup>12</sup>

10 Österreichischer Städtetag (2006)

11 Stadtforschung Linz (2011)

12 Stadtforschung Linz (2011)

52,5 Prozent der Linzer Bevölkerung sind weiblich, der männliche Anteil beträgt 47,5 Prozent. Darüber hinaus sind 28.830 Menschen oder 15,2 Prozent der Gesamtbevölkerung keine österreichischen StaatsbürgerInnen.

Ein Vergleich mit der oberösterreichischen Bevölkerungsstruktur ergibt, dass der Anteil der 1-20-Jährigen in der Gesamtbevölkerung in Oberösterreich um knapp ein Viertel höher ist als in Linz. Umgekehrt ist der Anteil der 21-30-Jährigen in Linz um 13,8 Prozent höher als in Oberösterreich. Der Anteil der Untereinjährigen in Linz und jener in Gesamtoberösterreich unterscheiden sich nur geringfügig.

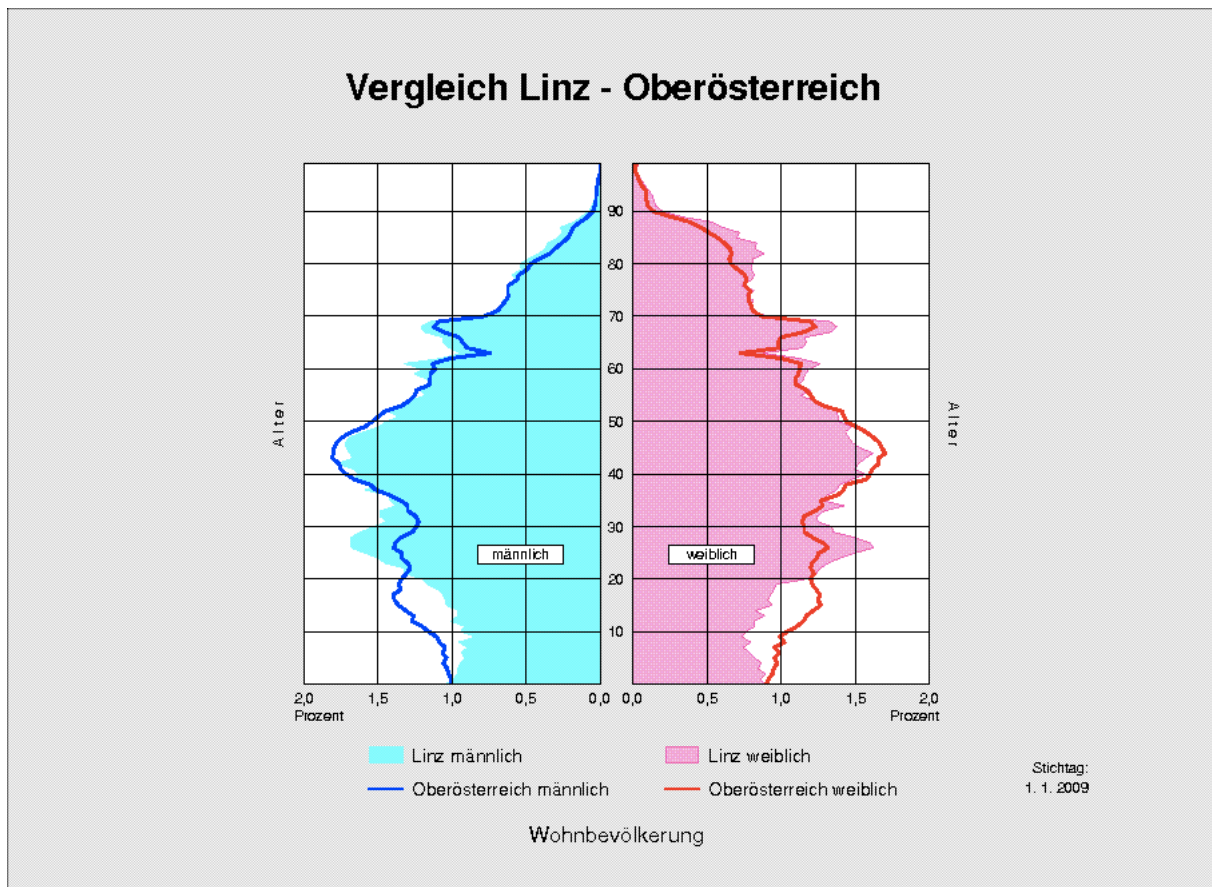


Abbildung 4: Vergleich der Wohnbevölkerung Linz und Oberösterreich<sup>13</sup>

Auch die Stadt Linz trifft für die nächsten zehn Jahre Annahmen über die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung. Diese Prognosen sollen sicherstellen, dass die LinzerInnen in den kommenden Jahren entsprechende und bedürfnisorientierte Dienstleistungen der Stadt vorfinden. Die Bevölkerungszahl in Linz verändert sich wie im gesamten Bundesgebiet einerseits durch Geburten und Sterbefälle, andererseits durch Zu- und Wegzüge.

<sup>13</sup> Stadtforschung Linz (2011)

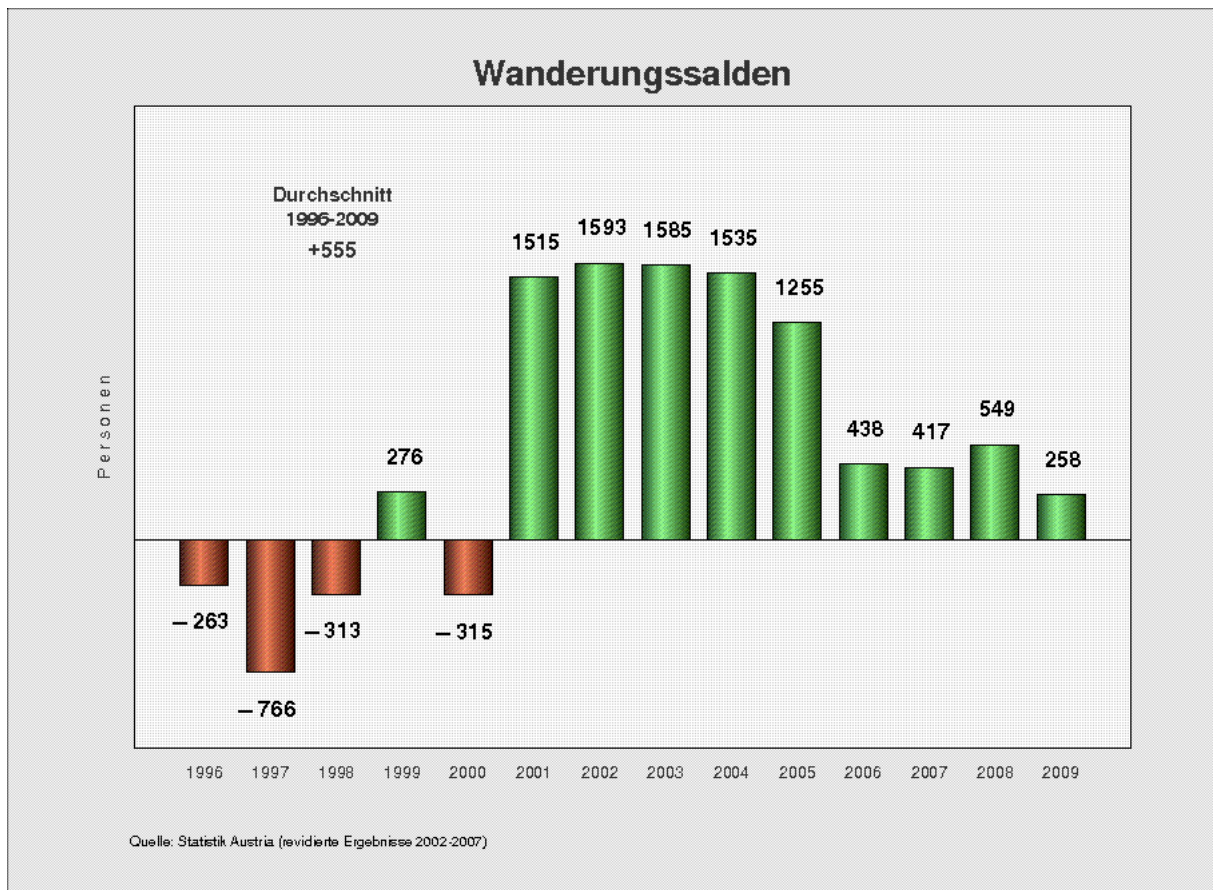


Abbildung 5: Wanderungssalden Linz 1996 bis 2009<sup>14</sup>

Um die Entwicklungen in Linz seriös darzustellen, definiert die Stadt Linz Wanderungsszenarien. Diese geben Auskunft darüber, wie viele Menschen in Linz zu- bzw. abwandern. Als Hauptszenario gibt die Stadtforschung Linz einen Wanderungsgewinn von 500 Personen jährlich an. Diese Einschätzung prognostiziert der Stadt Linz eine Bevölkerungszunahme von 3,2 Prozent auf etwa 195.700 Menschen bis 2021. Die Graphik verdeutlicht den leichten Anstieg der Linzer Gesamtbevölkerung.

<sup>14</sup> Stadtforschung Linz (2011)

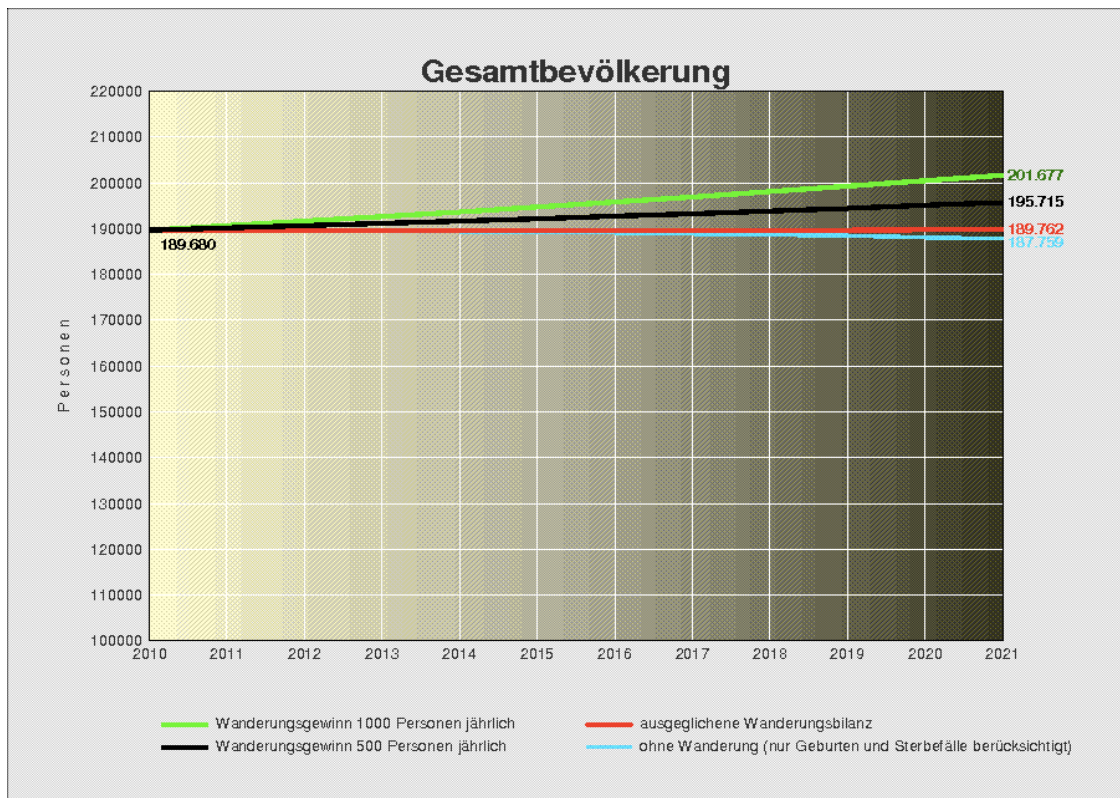


Abbildung 6: Prognostizierte Gesamtbevölkerung in Linz 2010 bis 2021<sup>15</sup>

Die Altersverteilung in Linz an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2021, wenn man von einem Wanderungssaldo von 500 Personen jährlich ausgeht, sieht in Zahlen folgendermaßen aus:

<b>Anteil der jeweiligen Altersgruppe in der Linzer Gesamtbevölkerung in Prozent</b> (Wanderungsgewinn v. jährlich 500 Personen)				
Altersgruppe	2010	2021	Veränderung in %	Veränderung absolut
0 bis 2-Jährige	2,8	2,9	+ 0,1	+ 414
3 bis 5-Jährige	2,7	2,7	0	+ 269
6 bis 9-Jährige	3,4	3,4	0	+ 246
10 bis 14-Jährige	4,3	4,1	- 0,2	- 118
15 bis 19-Jährige	5,0	4,3	- 0,7	- 1.043
20 bis 29-Jährige	14,5	13,6	- 0,9	- 753
30 bis 39-Jährige	13,9	14,8	+ 0,9	+ 2.597
40 bis 49-Jährige	15,9	12,8	- 3,1	- 5.102
50 bis 59-Jährige	12,8	14,5	+ 1,7	+ 4.143
60 bis 69-Jährige	11,4	11,7	+ 0,3	+ 1.274
70 bis 79-Jährige	7,5	9,0	+ 1,5	+ 3.259
80 bis 89-Jährige	5,2	4,9	- 0,3	- 383
90-Jährige und älter	0,7	1,3	+ 0,6	+ 1.230

Tabelle 1: Anteil der Altersgruppen in der Linzer Gesamtbevölkerung<sup>16</sup>

15 Stadtforschung Linz (2011)

16 Stadtforschung Linz (2011)

Die erwerbstätige Bevölkerung wird in den nächsten 10 Jahren leicht zunehmen. Der Anteil der 20-59-jährigen LinzerInnen wird um 0,8 Prozent ansteigen. Derzeit bildet die Gruppe der 40-49-jährigen LinzerInnen den größten Teil der Bevölkerung. Tendenziell kann man erkennen, dass die Entwicklung der einzelnen Altersschichten recht unterschiedlich ist. Der Anteil der 40-49-Jährigen und der 20-29-Jährigen nimmt ab, die 30-39-jährigen LinzerInnen und 50-59-Jährigen legen zu. Das bedeutet für die Gesamtbevölkerung in Linz, dass 2021 der Anteil der 20-29-Jährigen um 0,9 Prozent auf 13,6 Prozent sinken wird, der Anteil der 30-39-Jährigen in der Linzer Gesamtbevölkerung um 0,9 Prozent auf 15,9 Prozent ansteigt, die 40-49-jährigen Erwerbstätigen um 3,1 Prozent auf 12,8 Prozent zurück gehen und die Gruppe der 50-59-Jährigen um 1,7 Prozent auf einen Anteil von 14,5 Prozent an der Linzer Bevölkerung ansteigen wird.<sup>17</sup>

Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahren wird hingegen bis 2021 unter der Annahme eines jährlichen Wanderungsgewinn von 500 Personen um 0,7 Prozent marginal sinken. Die Zahl der Babys und Kleinkinder bis 2 Jahre steigt bis 2021 um 5,4 Prozent an. Die 3-5-jährigen Kinder legen bei einem Wanderungsgewinn von 500 Personen jährlich deutlich um 6,6 Prozent zu, wie auch die Gruppe der 6-9-Jährigen (4 Prozent). Hingegen werden die Anzahl der 10-14-jährigen Kinder (Rückgang um 0,5 Prozent) sowie jene der 15-19-jährigen (10,6 Prozent) Jugendlichen abnehmen.

Auch in Linz ist eine Verschiebung in der Alterspyramide erkennbar. Die Anzahl der SeniorInnen wird in der oberösterreichischen Landeshauptstadt zunehmen. Die Zahl der SeniorInnen ab 60 Jahren steigt mit Ausnahme der 80-90-Jährigen stetig an. Laut Prognose-Rechnungen der Stadtforschung Linz wird der Anstieg bis 2021 exakt 11,4 Prozent betragen. Betrachtet man die einzelnen Altersschichten näher, so kann man feststellen, dass die Gruppe der 60-69-Jährigen bis 2021 um 5,9 Prozent zunehmen wird. Die Zahl der 70-79-Jährigen SeniorInnen gleichzeitig um 22,8 Prozent steigt, der Anteil der Über-90-Jährigen verdoppelt sich sogar. Abschließend ist anzumerken, dass die Sterbehäufigkeit im Hinblick auf 2021 kontinuierlich rückläufig ist und die Geburtenzahl bis 2021 um 6,1 Prozent steigen wird. Somit ergibt sich ein prognostizierter Geburtenüberschuss von etwa 150 Personen bis 2021.

### **3.2. Die Rolle der Erwerbstätigkeit**

Österreich zählt zu jenen Ländern in der Europäischen Union (EU), die über eine überdurchschnittliche Integration der erwerbsfähigen Bevölkerung ins Erwerbsleben aufweisen. Lag die Erwerbsquote von Männern 2009 in Österreich bei 81 Prozent, so ist diese in den 27 Mitgliedsländern der EU im Durchschnitt bei 77,8 Prozent und in den EU-15 bei 79,2 Prozent. Auch bei der Frauen-Erwerbsquote liegt Österreich mit 69,6 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Die Unterschiede in der Einbindung der Frauen ins Erwerbsleben ergeben sich vor allem durch die jeweiligen Sozialmodelle in den unterschiedlichen Staaten, vor allem aufgrund der unterschiedlichen Bildungs- und Pensionssysteme. Österreich hat im EU-Vergleich eine hohe Beschäftigungsquote unter den Jugendlichen und eine geringere unter

---

<sup>17</sup> Stadtforschung Linz (2011)

den Älteren, die eine Folge des zum Teil institutionell bedingten früheren Erwerbsaustritts ist.<sup>18</sup>

Für die Erarbeitung des neuen Sozialprogramms wurde ein Sozialmonitoring für die Stadt Linz an der Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Soziologie, in Auftrag gegeben. Analysiert wurden die Daten des Mikrozensus der Statistik Austria. Detailauswertungen im Bereich des Arbeitsmarkts stellen der Landeshauptstadt ein gutes Zeugnis aus. Vor allem bei der Erwerbsquote weist die Stadt Linz erfreuliche Werte aus: 79 % der LinzerInnen sind beschäftigt. Zum Vergleich: In Salzburg sind es 77,6 Prozent, in Graz 75,6 und in Innsbruck 74,8 Prozent. Damit steht die Landeshauptstadt nicht nur gegenüber den Referenzstädten besser da, sondern liegt auch leicht über dem derzeitigen Österreich-Schnitt mit 78,2 Prozent. Betrachtet man die Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit auch hinsichtlich des Geschlechts, so lassen sich auch hier positive Werte für Linz ablesen. 84,4 Prozent der 25-64-jährigen Männer sind in Linz erwerbstätig. Bei den 25-64-jährigen Frauen liegt die Erwerbsquote bei beachtlichen 72,7 Prozent.<sup>19</sup>

Der gut funktionierende Arbeitsmarkt lässt im Gegenzug auch die Quote der Jobsuchenden sinken. Das Sozialmonitoring hat aufgezeigt, dass im Vergleich mit den Landeshauptstädten Graz, Salzburg und Innsbruck Linz mit einer Arbeitslosenrate von 4,1 Prozent auf dem zweiten Platz liegt. Als Basis für diese Auswertungen wurden die Daten des Mikrozensus herangezogen. Diese repräsentative Bevölkerungsstichprobe wird vierteljährlich von der Statistik Austria erfasst und beinhaltet insgesamt 22.500 Haushalte. In Linz werden jährlich etwa 1.500 Haushalte und 3.000 Personen zu Interviews gebeten. Die vorgelegten Zahlen beziehen sich auf die aktuellsten zugänglichen Daten, sie umfassen die Jahre 2007 bis 2009. Die Quote liegt damit unter dem Oberösterreichschnitt von 5,8 und dem bundesweiten Mittelwert von 8,1 Prozent.<sup>20</sup> Im Schnitt der EU-27 liegt die Arbeitslosenquote bei Männern im Jahr 2009 bei 9,1 Prozent, jene aller EU-BürgerInnen bei 11,4 Prozent sowie jener der drittstaatsangehörigen Männer bei erheblichen 20,2 Prozent und somit weit über dem österreichweiten Mittelwert. Auch die Arbeitslosenquoten der Frauen lagen 2009 in der EU-27 bei 8,9 Prozent, bei den EU-Bürgerinnen bei 11,7 Prozent und jener der drittstaatsangehörigen Frauen bei 18,2 Prozent und somit deutlich über dem österreichischen Mittel.<sup>21</sup>

Diese Entwicklungen lassen erkennen, dass sich das Leben, vor allem jenes der Frauen, in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert hat: Frauen stehen erstmals deutlich bessere Bildungschancen offen, die sie auch zu nutzen wissen. Die Selbstverständlichkeit, auch als Frau einen Beruf auszuüben, wuchs und damit die ökonomische Eigenständigkeit der Frauen. Das Rollenbild und das Selbstverständnis der Frauen haben sich dadurch sehr verändert und in Folge auch das familiäre Zusammenleben. Dennoch zeigen internationale Erfahrungen, dass es eine komplexe soziale Infrastruktur braucht, wenn man im Sinne der Chancengleichheit Männer und Frauen die gleichen Lebenschancen geben will. Eine gut funktionierende, professionelle soziale Infrastruktur bildet die Voraussetzung dafür, dass Frauen entsprechend ihrer Interessen, Fähigkeiten und Ausbildungsniveaus in den Wirt-

---

18 G. Biffl, A. / Fautsmann / I. Skrivanek (2010)

19 J. Bacher / C. Weber (2011)

20 J. Bacher / C. Weber (2011)

21 G. Biffl, A. / Fautsmann, I. Skrivanek (2010)

schaftsprozess eingebunden sind und einer beruflichen Karriere nachgehen können. Auch prägen unterschiedliche Lebensformen das aktuelle und moderne Familienbild.

Menschen sind verheiratet, immer mehr Personen leben aber auch in Lebensgemeinschaften oder als Single. Im Leben vieler gibt es heute Lebensabschnittspartner. Hat die Kernfamilie laut einer Studie des Instituts für Berufs- und Erwachsenenbildung (IBE)<sup>22</sup> in Oberösterreich nach wie vor einen hohen Stellenwert, nimmt sie doch zunehmend ab. Die Zahl der allein erziehenden Mütter und Väter steigt. Diesen Entwicklungen muss durch entsprechend infrastrukturelle Maßnahmen Rechnung getragen werden.

### 3.3. Die Vielfalt der Kulturen

Am 1. Jänner 2011 waren 189.845 Menschen mit Hauptwohnsitz in Linz gemeldet. 28.830 Menschen oder 15,2 Prozent der Gesamtbevölkerung sind davon keine österreichischen StaatsbürgerInnen. Die größte Gruppe von AusländerInnen kommt aus Bosnien und Herzegowina, die zweitgrößte Gruppe aus der Türkei.

<b>Die wichtigsten Herkunftsnationen</b>			
Nation	Männlich	Weiblich	Gesamt
Bosnien und Herzegowina	2.318	1.901	4.219
Türkei	1.618	1.369	3.050
Deutschland	1.281	1.144	2.425
Ehem. Jugoslawien *)	1.170	1.004	2.174
Kroatien	968	881	1.849
Rumänien	729	925	1.654

\*) Personen mit Staatsangehörigkeit des ehemaligen Jugoslawien, der Nachfolgerepublik Jugoslawien bzw. des ehem. Serbien und Montenegro, die hinsichtlich der Nachfolgestaaten nicht differenziert werden konnten.

Tabelle 2: Die Reihung der wichtigsten Herkunftsnationen in der Stadt Linz<sup>23</sup>

In den vergangenen 15 Jahren wechselte die Herkunft der MigrantInnen zusehends von den traditionellen „Gastarbeiterländern“ zu den EU-Mitgliedsstaaten. Die Statistiken zeigen, dass immer mehr Zuwanderer auch aus anderen EU-Staaten nach Österreich kommen. Die Erweiterungsrounden der EU 2004 und 2007 haben deutliche Spuren im Migrationsgeschehen Österreichs hinterlassen. Im Gegenzug ist die Migration aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, welche bis Mitte der 1990er Jahre überwiegend die Zuwanderung nach Österreich prägte, in den vergangenen Jahren stark rückläufig.<sup>24</sup> Durch die Wanderungsbewegungen unterliegen die Städte einer stetigen Veränderung ihrer Bevölkerungsstruktur. Diese zeigt starke Auswirkungen auf Identität, Vielfalt, emotionelle Zugehörigkeiten und auf den sozialen Zusammenhalt. Linz soll eine Stadt sein, in der die Menschen möglichst gute Lebenschancen vorfinden. Ein konfliktfreies Miteinander ist anzustreben. Durch entsprechende Initiativen kann dies unterstützt werden.

22 Daume, D. (2006)

23 Stadt Linz (2010)

24 Marik-Lebeck, S. (2009)



Integration bedeutet ein Leben in Sicherheit, in Chancengleichheit und in weitgehend gleichberechtigter Teilhabe an der Gesellschaft unter Anerkennung kultureller Vielfalt, sofern diese nicht in Konflikten mit den Grundrechten steht. Voraussetzung dafür ist ein möglichst sicherer Aufenthaltsstatus. Die Perspektive eines sicheren Aufenthaltes, politische Mitsprache und rechtliche Gleichstellung gelten als Motive für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft. Auch wird die Einbürgerung oft als letzter Schritt einer geglückten Integration angesehen. Nach Erfüllung unterschiedlicher Voraussetzungen kann die österreichische Staatsbürgerschaft erworben werden.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wird in der Regel von den Behörden jenes Bundeslandes vorgenommen, in dem die AntragstellerInnen über ihren ordentlichen Wohnsitz verfügen. Um die Staatsbürgerschaft zu erlangen, müssen die BewerberInnen ihren Lebensverhältnissen entsprechende Deutschkenntnisse nachweisen.

<b>Einbürgerungen in Oberösterreich und Österreich</b>		
<b>Jahr</b>	<b>Österreich</b>	<b>Oberösterreich</b>
2001	32.080	5.449
2002	36.382	6.857
2003	45.112	7.314
2004	42.174	6.046
2005	35.417	5.152
2006	26.259	4.128
2007	14.041	2.025
2008	10.268	1.458
2009	7.990	1.313
2010	6.190	995

*Tabelle 3: Statistik der Einbürgerungen in Oberösterreich und Österreich<sup>25</sup>*

Vergleicht man die Absolutzahlen der Einbürgerungen in Österreich und Oberösterreich in den vergangenen Jahren, so kann man erkennen, dass alleine im Jahr 2003 in Oberösterreich 7.314 Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Im Jahr 2008 sank diese Rate auf ein Fünftel. Auch die Zusammensetzungen der AntragstellerInnen nach Herkunftsländern änderte sich beträchtlich. Im März 2006 trat die Novelle 2005 zum Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 in Kraft, die den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft an strengere Voraussetzungen knüpft als zuvor.

---

25 Statistik Austria (2009)

Jahr	Einbürgerungen insgesamt in Oberösterreich	Bisherige Staatsangehörigkeit					
		Ehemaliges-Jugoslawien 1)	Türkei	Staaten der Europäischen Union 2)	Übrige europäische Staaten	Außereuropäische OECD-Staaten, Israel	Sonstige Staaten
Oberösterreich							
2001	5.449	2.073	1.548	14	884	6	924
2002	6.857	3.430	1.977	27	766	15	642
2003	7.314	3.932	2.322	29	611	7	413
2004	6.046	3.138	1.898	162	331	9	508
2005	5.152	2.948	1.180	91	266	13	654
2006	4.128	2.319	1.012	95	219	7	476
2007	2.025	1.474	302	119	37	12	81
2008	1.458	1.020	188	89	32	8	121
2009	1.313	737	187	145	34	9	201
2010	995	594	119	58	47	5	172

1) Ab 2004 ohne Slowenien. - 2) Bis 2003: EU-14, ab 2004: EU-24 (einschließlich der am 1.5.2004 beigetretenen Länder), ab 2007: EU-26.

Tabelle 4: Statistik der Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit<sup>26</sup>

2010 setzte sich der rückläufige Trend fort. Insgesamt wurde an 6.190 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Das entspricht einem Rückgang von 22,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Knapp zwei Fünftel der 2010 Eingebürgerten - 37,8% - kamen in Österreich zur Welt. Für den bereits siebenten Rückgang der Einbürgerungszahlen in Folge seit dem „Rekordjahr“ 2003 (45.112 Einbürgerungen) sind im Wesentlichen zwei Aspekte verantwortlich: Zum einen knüpften die im März 2006 sowie im Jänner 2010 in Kraft getretenen Novellen zum Staatsbürgerschaftsgesetz strengere Voraussetzungen an den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft. Zum anderen ging die Zuwanderung nach Österreich ab dem Jahr 1993 zurück, so dass zeitversetzt in den vergangenen sieben Jahren auch die Stärke des potenziell für eine Einbürgerung in Frage kommenden Personenkreises (z.B. nach §10, Abs. 1 StbG, „mindestens zehnjähriger ununterbrochener Hauptwohnsitz in Österreich“) kleiner wurde. Im Jahr 2003 wurden noch 15.835 Personen nach diesem Rechtsgrund eingebürgert (35% aller Einbürgerungen). 2010 betrug die Zahl 1.093 oder 18% der Einbürgerungen. Mit Ausnahme von Kärnten und Vorarlberg wurden 2010 in allen Bundesländern weniger Personen eingebürgert als im Vorjahr. Oberösterreich liegt dabei mit einem Rückgang von knapp 24 Prozent etwa im Österreich-Durchschnitt.<sup>27</sup>

Die Wiener Zuwanderungskommission definiert zwei wesentliche Zuwanderungstrends für die nächsten Jahre. Die Bedeutung der EU-Binnenmigration wird weiter zunehmen, sie wird unter anderem aufgrund der Freizügigkeit des Arbeitsmarktes ein wesentlicher Faktor sein. Dieser Sektor der Migration ist schon heute und absehbar für das neue Jahrzehnt die dominante Form der Zuwanderung. Die Bedeutung der Drittstaatsmigration wird im Gegensatz dazu relativ stagnieren.<sup>28</sup>

26 Statistik Austria (2010)

27 Statistik Austria (2011)

28 Oliva, T. (2010)

### 3.4. Aktiv bis ins hohe Alter

Durch die gestiegene Lebenserwartung können immer mehr ältere Menschen gesünder und aktiver als früher ihren Lebensabend bestreiten. Der größte Teil der älteren Bevölkerung lebt die ersten 15 bis 20 Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben weitgehend unabhängig von Pflege und Hilfe. Die ältere Generation weist ein hohes Potenzial an individuellen und gesellschaftlichen Ressourcen auf. Sie ist willens und in der Lage, ihre Dinge selbstständig in die Hand zu nehmen und sich auch weiterhin aktiv an der Ausgestaltung ihres Lebens zu beteiligen. Die Potenziale älterer Menschen sind vielfältig. Sie verfügen im Vergleich zu früheren Generationen über deutlich bessere gesundheitliche, bildungsmäßige und finanzielle Voraussetzungen, sie verfügen über ein breites Spektrum an Interessen und Kompetenzen und über eine vergleichsweise höhere Mobilität. Immer mehr Menschen gestalten daher ihren Ruhestand als aktiven Lebensabschnitt. Die Nachfrage nach Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Kultur- und Weiterbildungsangeboten nimmt zu. Unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ wird zudem die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte im Bereich der Weiterbildung für alle Altersgruppen gefordert. Die zentralen Herausforderungen wie Pensionsversicherung, Pflege- und Betreuungsangebote, Partizipationsmöglichkeiten am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie ein hohes Aktivitätsniveau werden in einer zukünftigen Seniorenpolitik eine wichtige Rolle spielen. Eine der politischen Schlüsselaufgaben unserer Zeit besteht darin, sowohl den älteren Menschen von heute als auch jenen von morgen soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben im Alter gewährleisten zu können.

Alle industrialisierten Staaten stehen heute vor der Herausforderung der alternden Gesellschaften. Prognosen zeigen, dass der Anteil an Menschen zwischen 65 und 79 Jahren in den EU 25 durchschnittlich von knapp 13 Prozent im Jahr 2005 auf etwa 19 Prozent im Jahr 2040 steigen wird. Noch ausgeprägter ist die Entwicklung bei den über 80-Jährigen, ausgehend von etwa 4,1 Prozent im Jahr 2005 steigt der Anteil auf 9,2 Prozent im Jahr 2040, in manchen Ländern verdreifacht sich der Anteil. Das bedeutet, dass knapp ein Drittel der gesamten Bevölkerung in den EU 25 im Jahr 2040 älter als 65 Jahre alt sein wird.<sup>29</sup>

Die derzeitige Situation in Linz ergibt ein ähnliches Bild: Gesamt hat die Stadt Linz 189.845 BürgerInnen. Davon sind insgesamt 47.457 LinzerInnen 60 Jahre oder älter. Das entspricht 25 Prozent der Linzer Gesamtbevölkerung. Im Laufe der nächsten 15 bzw. 20 Jahre wird diese Gruppe stark anwachsen. 2030 prognostiziert die Stadtforschung Linz, dass 60.570 LinzerInnen 60 Jahre und älter sein werden. Im Vergleich zu 2011 ergibt das eine Steigerung von knapp 28 Prozent. Langfristig ist zu berücksichtigen, dass ab 2030 ein kräftiger Bedarfszuwachs an Pflege- und Betreuungsangeboten durch die demographische Entwicklung prognostiziert wird. Die Hauptzielgruppe für die Versorgung bilden Menschen im Alter von über 80 Jahren. Die Gruppe der 80-89-Jährigen wird bis 2030 um ca. 1.900 Personen bzw. um 19 Prozent ansteigen. Besonders stark präsentiert sich das Wachstum der Gruppe der Über- 90-Jährigen: Sie steigt laut Prognose von 1.384 auf 3.046 Personen um 120 %.<sup>30</sup>

---

29 Europäische Kommission (2011)

30 Stadtforschung Linz (2011)

Die steigende Lebenserwartung führt zu einem höheren Anteil sowohl von jungen, aktiven „Alten“ wie auch von Hochbetagten, die veränderte Anforderungen an die Infrastruktur und das Leben in sozialer Gemeinschaft stellen. Eine moderne SeniorInnenpolitik ist gut beraten, die Kompetenzen und die gesellschaftliche Teilhabe der aktiven älteren Generation zu erschließen und zu fördern, die Betreuung und Pflege sicherstellen sowie ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter zu ermöglichen. Die vielfältigen Potenziale, die Linz gerade älteren Menschen an Wohnumfeldqualitäten, Kultur, Sport- und Verkehrsangeboten sowie sozialer Teilhabe bereits aufweist, sollen erhalten, gestärkt und weiterentwickelt werden. Eine moderne, bedürfnisorientierte kommunale SeniorInnenpolitik soll den BürgerInnen entsprechende Wahlmöglichkeiten bieten, um ihnen ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben bzw. Älterwerden zu gewährleisten.

### **3.5. Die Entwicklung der sozialen Ungleichheit**

Mit Blick auf die vergangenen Jahre steht man einer Zunahme sozialer Ungleichheit gegenüber, die sich sowohl im Hinblick auf die ökonomische Ressourcenverteilung als auch im Hinblick auf die Verteilung von Lebenschancen und Lebenslagen identifizieren lässt. Die Ungleichheit der Lohneinkommen ist in den vergangenen 20 Jahren erheblich gestiegen. Nur das oberste Dezil der Nicht-Selbständigenhaushalte hat seit Beginn der 1980er Jahre Einkommensanteile gewonnen. 90 Prozent haben Einkommensanteile verloren. Auf der individuellen Ebene haben zum einen Teilzeitarbeit und atypische Beschäftigungsformen stark zugenommen, zum anderen dämpfen der technische Fortschritt und die Globalisierung die Einkommen der Geringqualifizierten, während diese Faktoren Hochqualifizierte eher begünstigen.<sup>31</sup>

Armut stellt auch in reichen Ländern ein relevantes Problem dar. Die Armutsgefährdungsquote liegt in Österreich auf Basis von EU-SILC (European Community Statistics on Income and Living Conditions) bei 12 Prozent. Rund 1 Million der österreichischen Bevölkerung ist somit latent von Armut betroffen. Für alleinlebende Personen bedeutet dies, dass sie weniger als 994 Euro pro Monat zur Verfügung haben. In Oberösterreich gelten 9,9 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet. In den vergangenen zehn Jahren gab es eine relativ konstante Armutsgefährdungsquote. Negativ ausgewirkt auf die Armutsquote hat sich die steigende Einkommensungleichheit. Positive Effekte zeigt die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und das generell steigende Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung.<sup>32 33</sup>

Für bestimmte Gruppen ist das Armutsrisiko deutlich höher. Ein-Eltern-Haushalte zählen laut EU-SILC 2009 zur am häufigsten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppe (30 Prozent). Etwa 87 Prozent der Erwachsenen in diesen Haushalten sind Frauen. Auch alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug haben ein sehr deutliches Armutsrisiko (28 Prozent). Eine Drittstaatsangehörigkeit ist ebenfalls ein Merkmal stark erhöhter Armutsgefährdung (26%). Aber auch ein Viertel der eingebürgerten ÖsterreicherInnen liegen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquoten haben auch Personen in

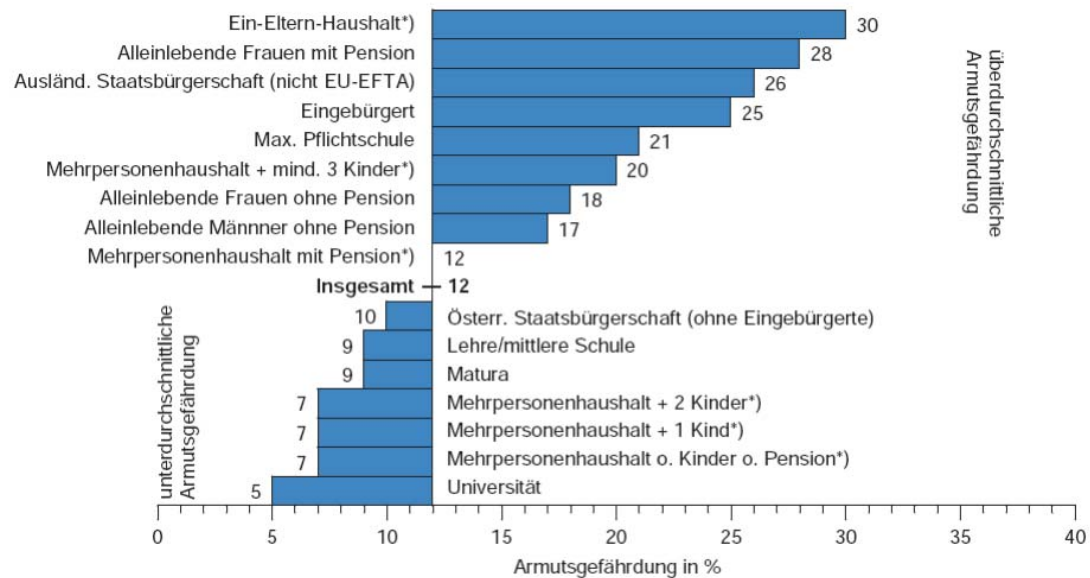
---

31 Gugger, A. (2010)

32 Armutskonferenz (2011)

33 Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011)

Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern (20 Prozent). Diese hier genannten Risikogruppen haben, auch im Zeitverlauf betrachtet, die höchsten Armutsrisiken. Rund 6 Prozent sind manifest arm; ein niedriges Einkommen tritt gleichzeitig mit Einschränkungen in der täglichen Lebensführung auf.<sup>34</sup>



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - \*) Personen in Haushalten.

Abbildung 7: Überdurchschnittliche Armutsgefährdung nach Gruppen differenziert<sup>35</sup>

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist ein entscheidendes Mittel, um Familien ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen. Für eine umfassende Armutsbekämpfung sind aber über die Einkommenssicherung hinaus Investitionen in die soziale Infrastruktur unentbehrlich. Armut und die einhergehende soziale Ausgrenzung bilden ein vielschichtiges, komplexes Phänomen. Bei deren Bekämpfung kommt den Städten und Gemeinden eine besonders hohe Bedeutung zu. Die Integration in die Erwerbsarbeit, die Sicherung von Einkommen sowie die soziale Absicherung können drei armutspolitische Strategien für Kommunen in der Sozialpolitik sein. Aber auch Aktivitäten im Bereich der Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungspolitik sind erforderlich, um Armut einzudämmen und in Folge zu vermeiden. Nicht nur die Kommunen alleine, sondern auch die anderen gesellschaftlichen Einheiten wie Bund, Länder und Sozialpartner sind hier gefordert, Strategien für die Eindämmung von Armut und Armutsgefährdung zu entwickeln.

<sup>34</sup> Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011)

<sup>35</sup> Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011)

## 4. Ziele und Aufgaben kommunaler Sozialpolitik

„Ziel ist eine Stadtentwicklung des sozialen Ausgleichs, durch die gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen im gesamten Stadtgebiet angestrebt werden. Die sozialräumliche Ungleichheit im Stadtgebiet soll begrenzt und angemessene Teilhabe- und Verwirklichungschancen sollen für alle Bevölkerungsgruppen der Stadt hergestellt werden.“<sup>36</sup> Zunehmend sind die Kommunen, vor allem größere Städte, von sozialer Ungleichheit in Form von heterogenen Lebenslagen, Lebensformen und Lebensstilen der Bevölkerung gekennzeichnet. Diese Segregationsprozesse lassen sich in drei Dimensionen unterscheiden: Einerseits die soziale Segregation, welche die Ungleichheit der Wohnbevölkerung in Bezug auf Einkommen, Bildung und Beruf bezeichnet. Zum Zweiten in ethnische Segregation nach der Herkunft der BürgerInnen sowie drittens in demographische Segregation, also in die räumliche Differenzierung in Hinblick auf die Altersstruktur.

Die „soziale Stadt“ ist heute keine Selbstverständlichkeit in Folge eines guten Wirtschaftswachstums und einer guten Planung der räumlich strukturierten Stadt. Vielmehr müssen die Lebensqualitäten aller LinzerInnen im Mittelpunkt des Handelns stehen. Die Beziehung der Menschen zueinander und die Humanisierung der Lebensverhältnisse sind mit dem Ziel der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der Gemeinschaft und der Absicherung in allen Lebenslagen zu fördern. Die Linzer Sozialpolitik stellt sich der Aufgabe, klare Perspektiven zur Erhaltung des Wohlstands und des sozialen Zusammenhalts aufzuzeigen.

Vielfach hat eine zunehmende Anzahl von Menschen das Gefühl, trotz eines hohen Niveaus an sozialstaatlicher Unterstützung zu geringe Wertschätzung zu erfahren. Verstärkt wird diese Meinung durch den Eindruck, einzelne Bevölkerungsgruppen würden bevorzugt. Dies führt zu zunehmenden Spannungen im Zusammenleben. Eine vorausschauende Sozialpolitik stellt daher die Bedürfnisse des Menschen in ihrer Gesamtheit in den Mittelpunkt ihres Handelns.

Kommunale Sozialpolitik soll die Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt schaffen,

1. in der die Freiheit in Form von vielfältigen Wahlmöglichkeiten mit dem Ziel ermöglicht wird, ein selbstbestimmtes Leben ohne Bevormundung zu führen;
2. in der eine umfassende Gerechtigkeit der Chancen und der soziale Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft als Basis für Akzeptanz und Demokratie steht;
3. in der soziale Gleichheit angestrebt wird, mit dem Ziel, die BewohnerInnen zu politisch, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigten freien Menschen zu machen;
4. in der die Menschen aktiv und solidarisch für ein gemeinsames Miteinander am Gemeinwohl eintreten und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleisten.

---

36 Hanesch, W. (2010)

## **5. Sozialräumlich orientierte Strategie-Entwicklung als Grundlage für ein modernes sozialpolitisches Programm**

Die gegenwärtige und zukünftig relevante Sozialpolitik ist geprägt von enormen gesellschaftspolitischen Veränderungen, ökonomischen Globalisierungsströmen, Strukturwandel und vernetzten, mobilen Menschen. Die Ableitungen aus der in Kapitel 4 ausführlich beschriebenen Analyse des demografischen Wandels und jener des sozialökonomischen Gefüges machen auch eine Analyse und Neuordnung der räumlichen Betrachtung der sozialen Lebenswelten in unserer Stadt unabdingbar. In der wissenschaftlichen Literatur findet sich eine Vielzahl an Definitionen, Ansätzen und Praxisbeispielen zu „Sozialräumen“ und „Sozialraumorientierung“. Der Fokus bei der Sichtung der Literatur lag auf der modernen, prozessorientierten Perspektive, die im Linzer Sozialprogramm Anwendung finden soll. Recherchen haben zu dem – vor allem in Deutschland – eine Vielzahl an kommunalen Projekten zur Sozialraumanalyse ergeben.<sup>37</sup> Die meisten der traditionellen Sozialraumanalysen beschäftigen sich ausschließlich mit der strukturellen Situation aus Sicht der Verwaltung. Hierbei wird meistens vorhandenes Zahlenmaterial und empirische Befunde der vergangenen Jahre erneut analysiert und mit neu definierten Indikatoren versehen.

Mit dem Anspruch ein zukunftsträchtiges Sozialprogramm für die Stadt Linz zu erarbeiten, wird hinsichtlich der Sozialraumorientierung das Ziel formuliert, eine sozialräumliche Betrachtung zu finden, die dem „State of the Art“ entspricht und demnach einen modernen, möglicherweise weiterentwickelten Ansatz für sozialräumlich orientierte Handlungsstrategien festzulegen, der für die Stadt Linz praktikabel erscheint. Aus dieser Zielsetzung heraus muss es möglich sein, die im Sozialausschuss erarbeiteten Ziele weitestgehend operationalisieren zu können und konkrete Maßnahmen unterzubringen. Daher wurde als Methode für die Erarbeitung der sozialpolitischen Handlungsstrategien die systemische Strategieentwicklung gewählt.

### **5.1. Der gegenwärtige Sozialraumdiskurs und der Wandel des Raumverständnisses**

Der Begriff des „sozialen Raums“ wurde bereits 1985 vom französischen Soziologen Pierre Bourdieu<sup>38</sup> ein Konzept „Sozialer Raum und Klassen“ bearbeitet. Diese sehr ideologische Betrachtungsweise – für Bourdieu ist der soziale Raum als eine Metapher für die mehrdimensionale Struktur der gesellschaftlichen Differenzierung und die relativen Bezüge zwischen Klassen und Statusgruppen zu verstehen<sup>39</sup> - war Ausgangspunkt für einen stetigen wissenschaftlichen Diskurs über den Sozialraumbegriff und das Sozialraumverständnis, so dass über die Zeit von verschiedensten Autoren wie Ulrich Deinet<sup>40</sup>, Martina Löw<sup>41</sup> oder Christian Reutlinger<sup>42</sup> diese Ansätze weiterentwickelt wurden und weiterhin werden.

---

37 Sozialraumanalyse Gelsenkirchen (<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=ALYFBO5U>)

Sozialraumanalyse Mainz (<http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/smeh-6kyhjb.de.html>)

38 Bourdieu (1985)

39 vgl. Löw (2001)

40 Deinet et al. (2006)

41 Löw (2001)

42 Reutlinger (2011)

Zu Beginn der Sozialraumdiskussion herrschte die Definition des territorialen Sozialraumes vor. Damit bezeichnete man entweder Gebiete, wie zum Beispiel Bezirke oder Stadtteile, die man eindeutig geografisch abgrenzen konnte oder auch räumliche Verwaltungseinheiten einer Stadt.<sup>43</sup> Man hatte die Vorstellung des physischen Raumes. Die meisten Konzepte der späten 1980er Jahre zielten auf diese Raumaufteilungen ab: Stadtteilarbeit, Quartiersmanagement, „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“<sup>44</sup> oder Gemeinwesenarbeit. Diese Definitionen dienten unter anderem für die Planung und Organisation von Dienstleistungen der Stadt.

Einen Sozialraum räumlich zu vermessen und dessen quantitative bzw. territoriale Ausdehnung festzuschreiben erscheint schon länger als eine nicht mehr ausreichende Betrachtung, weiß Christian Reutlinger in seinen zahlreichen Werken zur Sozialraumforschung und warnt eingehend vor einer Verdinglichung des Sozialraums: „Vielmehr soll die ganze Stadt bzw. die strukturellen gesamtgesellschaftlichen Bedingungen in den Blick genommen werden“<sup>45</sup>.

Marlo Riege<sup>46</sup> beschreibt noch zwei weitere Betrachtungsweisen: der Sozialraum als Aktionsraum und als Wahrnehmungsraum. Beim Verständnis als Aktionsraum wird die Nutzung durch Personen und deren Aktivitäten und Wege analysiert. Hierbei werden Aufenthalts-, und Verweilorte, Treffpunkte aber auch Vermeidungsorte in einer Stadt betrachtet. Zum einen unterscheiden sich Aktionsräume von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, Männern und Frauen oder auch MigrantInnen. Zum anderen spielt sich das Leben der Menschen einer Stadt in unterschiedlichen, oft weit voneinander entfernten Räumen ab, die mit territorialen Definitionen kaum mehr in Einklang zu bringen sind. Am anschaulichsten wird dies, wenn man die virtuellen Räume mit einbezieht, in denen sich immer mehr Teile einer mobilen Stadtbevölkerung bewegen.

Wird der Sozialraum als Wahrnehmungsraum betrachtet, geht es darum, wie die einzelnen „Nutzer“ des Raumes diesen wahrnehmen und dessen Qualität bewerten. Manche Räume werden von bestimmten Personen(gruppen) als schön und angenehm empfunden, andere wiederum schaffen sich ihre eigenen Räume. Nehmen bestimmte Personen(gruppen) Räume einfach in Beschlag, so spricht man von Aneignung. Auch bei diesem Raumverständnis sind die verschiedenen Wahrnehmungen, Bewertungen und Empfindungen – die als Vermittlungen zwischen Raumqualität und sozialem Handeln verstanden werden sollen – milieu-, kultur- und altersspezifisch geprägt. Aus diesen kurz skizzierten Betrachtungsweisen wird klar, dass eine erweiterte, umfassende Sozialraumdefinition notwendig ist, die zum einen über den territorialen, räumlichen Begriff hinausgeht und zum anderen eine prozessuale Komponente beinhaltet, die den permanenten Veränderungen durch Aktion und Wahrnehmung gerecht wird.

---

43 Vgl. Riege (2007)

44 Programm des deutschen Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen. [www.soziale-stadt.de](http://www.soziale-stadt.de)

45 Reutlinger (2011)

46 Riege (2007)



## 5.2. Das Konzept des sozialen Raums als Prozess

Soziale Prozesse, die durch Interaktion zwischen Individuen tagtäglich entstehen, umgesetzt, modifiziert oder auch beendet werden, können aufgrund der immer komplexeren Ausgangssituationen, aber auch durch ein gestiegenes Steuerungsbedürfnis nicht mehr eindimensional betrachtet werden. Die sozialökonomische Pluralität in europäischen Städten zeichnet sich in erster Linie durch neue Familienstrukturen mit einer veränderten Rolle der Frau, einer zunehmenden Mobilität, einer Durchdringung aller Lebensbereiche mit Informationstechnologie und einer Vielfalt der Kulturen durch Migration aus. Angesichts dieser massiven Veränderungen liegt der Bedeutungsverlust der tradierten Standorte und damit die Ablösung des territorialen Sozialraumbegriffes auf der Hand.<sup>47</sup>

Daraus folgt, dass soziale Prozesse mit einem neuartigen Raumbegriff versehen und bearbeitet werden müssen. Gleichzeitig wird klar, dass das Konzept des sozialen Raums keines ist, das zu einem Zeitpunkt festgeschrieben wird und dann über einen längeren Zeitraum hinweg Gültigkeit hat. Das Konzept des sozialen Raums selbst ist ein Prozess.<sup>48</sup> Sozialräume werden von Menschen konstituiert. Jede und jeder Einzelne von uns eignet sich seine materielle und soziale Umwelt an. Aufgrund der permanenten Interaktion von Personen und Umwelt, der ständigen Neuformierung von Strukturen, als auch der politischen, gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen verändern sich Sozialräume ständig.<sup>49</sup>

Für die Sozialraumdefinition auf kommunaler Ebene bedeutet dies: Man kann eine Stadt nicht als *einen* Sozialen Raum begreifen. Vielmehr ergibt sich durch die Prozesssicht eine Vielzahl an Räumen, die gleichzeitig an denselben Orten bestehen können, aber auch schnell wieder verschwinden können, jedoch immer geprägt als Handlungs- und Gesellschaftsräume.<sup>50</sup> Diese Charakterisierung von sozialen Räumen zeigt auf, dass es nicht möglich ist, eine oder ein paar Sozialraumdefinitionen für eine Stadt zu finden. An dieser Stelle muss die Überlegung treten, welche Möglichkeiten für die Bearbeitung der sozialen Räume des einzelnen Menschen oder von Gruppen für eine Kommune existieren.

Um soziale Räume, die BürgerInnen einer Stadt schaffen und in denen sie sich bewegen, die sie wahrnehmen und deuten, bearbeiten zu können, müssen Politik und Verwaltung den richtigen Zugang finden. Ausschlaggebend dafür wird sein, welche Betrachtungsperspektive von den handelnden Personen eingenommen wird, um die relevanten Lebenswelten erschließen zu können. Aus diesem Grund erscheint das St. Galler Modell, entwickelt vom Kompetenzzentrum Soziale Räume der FHS St. Gallen<sup>51</sup>, als praktikabel.

---

47 Vgl. Mutschler (2007) / Reutlinger (2011)

48 Vgl. Ipsen (2007)

49 vgl. Reutlinger (2011) / Spatschek (2011)

50 vgl. Spatschek (2011)

51 <http://www.fhsg.ch/fhs.nsf/de/kompetenzzentren-soziale-raeume>

### **5.3. Der Zugang zu sozialen Räumen**

Bei der Zugangsdiskussion und der Definition von Betrachtungsperspektiven wird klar, dass es interdisziplinäre Interessen im Prozess der sozialprogrammatischen Arbeit gibt. Christian Reutlinger erwähnt dies im Vorfeld des von ihm federführend entwickelten St. Galler Modells als „die verschiedenen disziplinär geprägten sozialräumlichen Positionen – sozialpädagogische, sozialplanerische, sozialarbeiterische, architektonische und landschaftsplanerische – die sich im Entwicklungsprozess verorten lassen“.<sup>52</sup>

#### **5.3.1. Zugang über Orte**

Der erste Zugang zum Sozialen Raum setzt direkt an Orten an, wie einer Wohnsiedlung, einem Platz, Innenhof, Einkaufszentrum oder einem Stadtteil oder Quartier. Ansatzpunkt dieser Gestaltungsperspektive ist also die Welt der Dinge und Objekte. Raumplanung und Landschaftsgestaltung aber auch Architektur und Kunst spielen in diesem Zugang eine zentrale Rolle.

#### **5.3.2. Zugang über Strukturen und Steuerungsprozesse**

Beim zweiten Zugang steht die Gestaltung von Strukturen und Steuerungsprozessen im Vordergrund. Die Bearbeitung Sozialer Räume wird aus dieser Perspektive durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen und/oder Organisationsstrukturen, Steuerungs- und Verteilungsmechanismen ermöglicht, was v.a. in den Feldern der Verwaltung und politischen Steuerung sichtbar wird.

#### **5.3.3. Zugang über Einzelne oder Gruppen**

Der dritte Zugang legt den Fokus auf die Arbeit mit Einzelnen oder Gruppen, was vor allem die Felder der Sozialen Arbeit oder der Pädagogik betrifft. Mit dieser Perspektive ist der Anspruch verbunden, die Lebensbedingungen bestimmter Gruppen an konkreten Orten zunächst einmal bewusst zu machen und dadurch Gestaltungsoptionen zu ermöglichen.

### **5.4. Perspektiven in der sozialräumlichen Betrachtung**

Wie die theoretische Aufarbeitung zum Begriff des Sozialraums zeigt, werden Sozialräume von jedem Menschen anders erlebt und haben demnach unterschiedliche Bedeutungen. Legt man also die Theorie der Wahrnehmungs- und Aneignungsräume zugrunde, müsste es in einer Stadt mindestens so viele verschiedene Sozialräume wie Akteure geben und folgedessen ein Vielfaches an Definitionen dafür. Um möglichst viele Wahrnehmungen und Deutungen von Sozialräumen erfassen zu können und diese der vorliegenden programmatischen Arbeit zugrunde legen zu können, bedarf es einer zweckmäßigen Abstraktion.

Um eine Methodik für die sozialräumliche Handlungsorientierung im Rahmen des vorliegenden Sozialprogramms zu finden, ist es notwendig, zwei Perspektiven in Anlehnung an Spatschek<sup>53</sup> zu betrachten: Zum einen die Politik- und Verwaltungsperspektive und zum anderen die Lebensweltenperspektive.

---

52 Reutlinger et al. (2010)

53 Spatschek (2011)

#### 5.4.1. Politik- und Verwaltungsperspektive

Bei dieser „sozial-geografisch-infrastrukturell ausgerichteten Ebene“<sup>54</sup> steht die Verwaltungs- und damit auch die Politikperspektive im Vordergrund. Hier werden die materiell-objektiven Rahmen- und Lebensbedingungen in sozialen Räumen quantitativ und administrativ erfasst. Auf dieser Ebene wird die materielle Struktur eines Sozialraums, abgebildet in sozialstrukturellen Daten zur soziolökonomischen Situation, Wohnsituation und Bebauungsstruktur, Familienstruktur, Bildungssituation, Häufigkeit der Nutzung von Angeboten der Ämter, Identifizierung sozialer Brennpunkte, etc. verstanden.

#### 5.4.2. Lebenswelten-Perspektive

Das Verständnis der BewohnerInnen und Akteure, die ihre Sozialräume als Aneignungsräume verstehen, stehen als handelnde Subjekte im Vordergrund dieser Perspektive. Die subjektive und qualitative Dimension von Sozialräumen, die anhand individueller Bedeutungs- und Handlungszusammenhänge deutlich wird, kann an dieser Stelle mit dem Begriff der Lebenswelt erfasst werden. Diese Betrachtungsebene kann auch als „aneignungstheoretisch-subjektorientierte Ebene“<sup>55</sup> bezeichnet werden.

### 5.5. Perspektiven der sozialräumlich orientierten Handlungsstrategien

Die vielfältige Betrachtung der verschiedenen sozialen Räume nach Art der Entstehung, nach Art des Zugangs und der Differenzierung nach Politik- und Verwaltungsperspektive versus der Darstellung als Lebenswelten führte im ausführlichen Diskussions- und Planungsprozess zur Festlegung folgender vier Perspektiven, die zukünftig die Eckpfeiler des Linzer Sozialprogramms darstellen sollen:

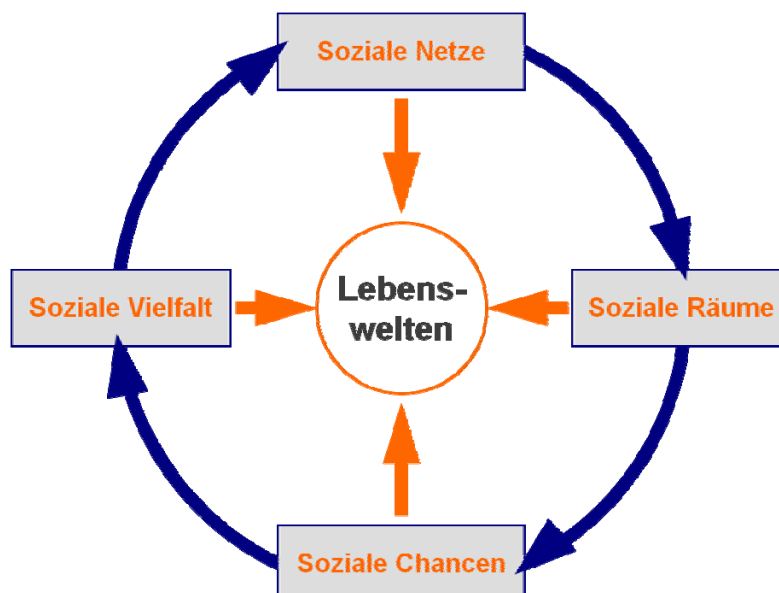


Abbildung 8: Festlegung der Perspektiven des Linzer Sozialprogramms 2011

54 Sandermann/Urban (2007, 44) zitiert in Spatschek (2011)

55 ebenda

## 6. Der Entstehungsprozess des Linzer Sozialprogramms

### 6.1. Sozialmonitoring für die Stadt Linz

Das nun hier vorliegende Linzer Sozialprogramm sowie die damit verbundenen Maßnahmen sollen die aktuellen Bedürfnislagen der LinzerInnen abdecken. Aus diesem Grund lag ein Hauptaugenmerk auf einer fachlich fundierten Analyse sowie Aufarbeitung der gesellschaftlichen Veränderungen. Es soll den neuen Rahmenbedingungen Rechnung tragen und diese wissenschaftlich begründen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wurde die Entwicklung eines Indikatorensystems für eine kommunale Sozialanalyse der Stadt Linz in Auftrag gegeben. Diese Indikatoren dienten als Informations- und Steuerungsgrundlage sozialpolitischer Zielsetzungen. Für die Durchführung wurde die Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Soziologie, Abteilung Empirische Sozialforschung, unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher beauftragt. In die Erarbeitung eines Indikatorensystems wurde auch der gemeinderätliche Ausschuss für Jugend, Familie, Soziales und Integration sowie VertreterInnen der Verwaltung maßgeblich eingebunden. Auf Basis des Mikrozensus entwickelte Prof. Bacher ein Indikatorensystem für ein Sozialmonitoring für Linz.

Das Sozialmonitoring ist die regelmäßige und systematische Beobachtung und Bewertung von Indikatoren. Es gibt Auskunft über die soziale Situation in einer Gebietseinheit. Die Gebietseinheit kann eine Kommune, ein Stadtteil, eine Region, eine Nation oder eine größere Einheit sein. Darüber hinaus setzt das Sozialmonitoring eine Definition des Beobachtungsgegenstandes „sozial“ voraus. Im Unterschied zur Sozialberichterstattung und der sozialen Indikatorenbewegung in den 1970er Jahren<sup>56</sup> wird versucht, eine kurze und übersichtliche Liste von Indikatoren zu erstellen, die bestimmten Kriterien genügen soll. Damit soll das Problem der Sozialberichterstattung vermieden werden, das eine umfangreiche Liste von deskriptiven Merkmalen ohne einen klar erkennbaren normativen Bezug erfasst.<sup>57</sup>

Eine zentrale Anforderung besteht darin, dass das Sozialmonitoring über einen Bezug zu gesellschafts- oder sozialpolitischen Zielen verfügen soll. Sozialmonitoring soll somit Auskunft geben, ob bzw. in welchem Ausmaß bestimmte Zielvorgaben erreicht werden. Neben dem Bezug zu gesellschafts- oder sozialpolitischen Zielen müssen die Indikatoren bestimmte formale Voraussetzungen erfüllen. Sie sollen einen klaren Bezug zu einer Zielgröße haben. Die Indikatoren sollten robust und statistisch valide sein, sowie Wirkungen von politischen Interventionen anzeigen, ohne manipulierbar zu sein. Darüber hinaus sollen sie auf verfügbaren Daten basieren, zeitnah und gegebenenfalls veränderbar sein.<sup>58</sup>

Das entwickelte Sozialmonitoring für Linz umfasst Indikatoren in den drei Kategorien Selbstbestimmung, Chancengleichheit sowie sozialer Zusammenhalt. Die einzelnen Kategorien enthalten Indikatoren zum Bereich Wohnen, (Aus)Bildung und Beschäftigung.

---

56 J. Bacher / Ch. Weber (2011)

57 J. Bacher / Ch. Weber (2011)

58 J. Bacher / Ch. Weber (2011)

<b>Selbstbestimmung / Autonomie personelle Ressourcen</b>	<b>Chancengleichheit</b>	<b>Sozialer Zusammenhalt</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Jugendliche und junge Erwachsene weder in (Aus-) Bildung noch in Beschäftigung</li> <li>▪ Frühe SchulabgängerInnen</li> <li>▪ Wohnaufwand von allein oder in Partnerschaft lebenden Jungerwachsenen ohne Kinder</li> <li>▪ Wohnaufwand von Jungfamilien</li> <li>▪ Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit von Erwachsenen</li> <li>▪ Fehlende Vereinbarkeit von Betreuungspflichten und Beruf</li> <li>▪ Wohnraum pro Kopf für unterschiedliche Haushaltsformen</li> <li>▪ Wohnungsarmut (Wohnraum-Unterversorgung)</li> <li>▪ Beschäftigung Älterer</li> <li>▪ Teilnahme an beruflicher Weiterbildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unterschiede in Bildung, Erwerbsbeteiligung, beruflicher Stellung (Führungspositionen), Wohnraumversorgung und Wohnungsausstattung nach Geschlecht</li> <li>▪ Unterschiede in Bildung, Erwerbsbeteiligung, beruflicher Stellung (Führungspositionen), Wohnraumversorgung und Wohnungsausstattung nach Migrationshintergrund</li> <li>▪ Unterschiede in Bildung, Erwerbsbeteiligung beruflicher Stellung (Führungspositionen), Wohnraumversorgung und Wohnungsausstattung nach Familienstruktur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anteil der Personen mit geringer Bildung</li> <li>▪ Teilnahme an der Allgemeinbildung</li> <li>▪ Teilnahme an Allgemeinbildung von Älteren</li> </ul>

Tabelle 5: Indikatorenliste des Sozialmonitorings für Linz<sup>59</sup>

Für die Berechnung der Indikatoren wurde, wie bereits angeführt, der Mikrozensus herangezogen. Der Mikrozensus ist eine von Statistik Austria vierteljährlich durchgeführte repräsentative Stichprobenerhebung. Auswahlbasis der Stichprobe ist das zentrale Melderegister (ZMR). Pro Befragung werden rund 50.000 Personen erfasst. Inhaltlich setzt sich der Mikrozensus aus der Arbeitskräfteerhebung und der Wohnungserhebung zusammen. Die Arbeitskräfteerhebung beinhaltet Personen-, Familien- und Haushaltsmerkmale, wie etwa Bildung und Beschäftigung (Personenmerkmal), Familientyp und Kinderzahl (Familienmerkmale) oder Haushaltstyp und Haushaltsgröße (Haushaltsmerkmal). Die Erhebung erfolgt per Face-to-Face-Interview bzw. auch per Telefoninterview. Durch eine geeignete Gewichtung erfolgt eine Hochrechnung der Befragungsergebnisse auf die Gesamtheit der österreichischen Bevölkerung. In Linz werden pro Befragung rund 1.500 Haushalte, das entspricht ca. 3.000 Personen, befragt.

59 J. Bacher / Ch. Weber (2011)

## 6.2. Der Weg zum neuen Sozialprogramm

Der Startschuss für die Erstellung des neuen Sozialprogramms fiel im Jänner 2010. In der Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner 2010 wurde mehrstimmig der Beschluss gefasst, ein neues Sozialprogramm zu entwickeln. Als wesentliche Ziele für dieses Sozialprogramm wurden die Verminderung von Exklusion, die vermehrte Ermöglichung von Lebenschancen, die Förderung der Integration von MigrantInnen sowie die Weiterentwicklung der Versorgung mit sozialer Infrastruktur definiert.

Dieses neue Sozialprogramm sollte in Form eines Entwicklungsprozesses in Zusammenarbeit und unter Einbindung von Akteuren aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Organisationen, Institutionen und Vereinen gestaltet werden. Der Erstellungsprozess sollte öffentlich und transparent sein. Die zentral koordinierende Rolle in diesem Projekt hat der Gemeinderatsausschuss für Jugend, Familie, Soziales und Integration. Dieser Ausschuss fungierte im Erstellungsprozess inhaltlich als Steuerungsgremium und zieht externe BeraterInnen im Bedarfsfall für wissenschaftliche Analysen bei. Insgesamt 22 Monate wurde intensiv an der Erstellung des neuen Sozialprogramms gearbeitet.

Datum	Gremium	Arbeitsauftrag
Jänner 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beratungen und Abstimmung zum GR-Antrag „Erstellung eines neuen Sozialprogramms“</li> </ul>
	Gemeinderat	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mehrstimmige Annahme des GR-Antrags „Erstellung eines neuen Sozialprogramms“</li> </ul>
Februar 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Diskussion des Ablaufplanes und der Zeitschiene</li> <li>▪ Vereinbarung eines Klausurtermines</li> </ul>
April 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Präsentation sozialstatistischer Grundlagen durch die Stadtforschung Linz</li> </ul>
Mai 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vorberatungen und Diskussion zum Stadtsenatsantrag „Entwicklung eines Indikatorensystems für eine kommunale Sozialanalyse der Stadt Linz“ – Auftragsvergabe an der Johannes Kepler Universität</li> </ul>

	Stadtsenat	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beschlussfassung des Stadtsenatsantrags „Entwicklung eines Indikatorensystems für eine kommunale Sozialanalyse der Stadt Linz“</li> </ul>
	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ 2tägige Klausurtagung – wissenschaftliche Begleitung durch die Johannes Kepler Universität sowie der Stadtforschung Linz</li> <li>▪ Diskussion über Zielsetzungen und Schwerpunkte des neuen Programms</li> </ul>
Juni 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Reflexion der Klausurtagung</li> <li>▪ Vereinbarung der weiteren Schritte (Ausformulierung der getroffenen Zielsetzungen, Diskussionsprozesse in den politischen Gremien)</li> <li>▪ Präsentation der Bedarfsprognose Betreuungs- und Pflegeangebote für SeniorInnen durch die Stadtforschung Linz</li> </ul>
Juli / August 2010		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beratungen in den politischen Fraktionen</li> </ul>
September 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Präsentation sozialstatistischer Grundlagen durch die Stadtforschung Linz</li> </ul>
Oktober 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Präsentation der Mikrozensus-Studie durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher</li> </ul>
	außerordentlicher Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eintägige Klausurtagung: Workshop – Vorstellung und Entwicklung möglicher Maßnahmen</li> <li>▪ Etablierung von sechs Arbeitsgruppen</li> </ul>

November 2010	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einberufung von sechs Arbeitsgruppen</li> <li>▪ Leitung der Arbeitsgruppen erfolgt durch einzelne Mitglieder der Stadtverwaltung</li> <li>▪ Festsetzung der einheitlichen Vorgehensweise in den Arbeitsgruppen</li> <li>▪ Festlegung des Leitfadens und der Ergebnisprotokolle für die Arbeitsgruppensitzungen</li> <li>▪ Nominierung der Gemeinderatsmitglieder in den Arbeitsgruppen</li> </ul>
Dezember 2010	Arbeitsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erste Arbeitssitzung</li> </ul>
Jänner 2011	Arbeitsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zweite Arbeitssitzung</li> </ul>
	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zwischenbericht aus den ersten Arbeitsgruppensitzungen</li> </ul>
Februar 2011	Arbeitsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Dritte Arbeitssitzung</li> </ul>
	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Präsentation der Endergebnisse der Mikrozensus-Studie durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher</li> <li>▪ Präsentation der Bedarfsprognose Kinderbetreuung – Kindergärten durch die Stadtforschung Linz</li> </ul>
März 2011	Arbeitsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vierte Arbeitssitzung</li> </ul>
	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Präsentation der Bedarfsplanung Kinderbetreuung – Horte durch die Stadtforschung Linz</li> </ul>
Mai 2011	Sozialausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abschlussbericht aus den Arbeitsgruppen</li> </ul>
Juli 2011	Open-Space Veranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sozialvereine der Stadt Linz</li> </ul>
September 2011	Diskussionsveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sozialvereine der Stadt Linz</li> </ul>
September - Oktober 2011	Politische Verhandlungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Grünen</li> <li>▪ FPÖ</li> <li>▪ ÖVP</li> </ul>



Oktober - November 2011	Gesprächsrunden mit Linzer Opinion- Leadern in Koopera- tion mit DorfTV	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Diskussion mit ExpertInnen aus Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Religion</li> </ul>
----------------------------	--	--

*Tabelle 6: Entwicklungsprozess des Sozialprogramms*

Bei den beinahe monatlich stattfindenden Sitzungen des Sozialausschusses bildete der Tagesordnungspunkt „Erstellung eines neuen Sozialprogramms“ einen Fixbestandteil der Agenda. Darüber hinaus wurden bei Bedarf ExpertInnen zu unterschiedlichsten Themen als Vortragende zu den Sozialausschusssitzungen eingeladen. Als wichtiger erster Termin für eine gemeinsame Abstimmung hinsichtlich der Schwerpunkt- und Zielsetzung fungierte die zweitägige Klausurtagung im Mai 2010. Dort wurde eine erste gemeinsame Grobskizze entworfen, an der in Folge intensiv weitergearbeitet wurde.

Für die Ausformulierung des Arbeitspapiers konstituierten sich im November 2010 sechs Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen Bildungschancen, Migration und Integration, Lebensräume, Finanzierungsnetze, Soziale Netze sowie Öffentliche Räume und Mobilität. In diesen Arbeitsgruppen diskutiert je ein/e Vertreter/in jeder politischen Fraktion unter der Leitung von MitarbeiterInnen der Linzer Sozialverwaltung. Die einzelnen Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit der detaillierten Ausformulierung der bereits bei der Sozialklausur diskutierten Ziele, mit der Beschreibung der Ausgangssituation mit konkreten Daten, mit Maßnahmen der Zielerreichung sowie deren Kosten und mit der Abgrenzung der Zuständigkeiten hinsichtlich Handlungsspielräume von Bund, Land, Stadt oder anderen Institutionen. Im März 2011 fand dieser Prozess in den Arbeitsgruppen sein Ende, ein Erstentwurf lag den Ausschussmitgliedern Ende Mai 2011 vor. Im Juni 2011 startete die Beratungsphase mit Vereinen, Initiativen und Organisationen des Sozialbereichs.

## **7. Das Linzer Sozialprogramm 2011**

Die Stadt Linz versteht sich als moderne, soziale Dienstleisterin, die der Bevölkerung ein vielfältiges Angebot an sozialen Leistungen zur Verfügung stellt. Ziel der Linzer Sozialpolitik ist es dabei, den Menschen in der Stadt die Freiheit zu geben, selbst zu entscheiden, welchen Weg sie einschlagen möchten und wie sie ihr Leben gestalten wollen. Bedarfsgerechte und leistbare Angebote, die nicht nur von der Stadt selbst, sondern in Kooperation mit Dritten zur Verfügung gestellt werden, stellen die oberste Prämisse der Stadt Linz dar.

In einem zukunftssträchtigen Sozialmodell muss die Grundversorgung der BürgerInnen abgesichert sein. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen von allgemeinem Interesse müssen bedürfnisorientiert erbracht werden. Ziel dabei ist es, die Lebensbedingungen der BürgerInnen durch öffentliche Dienstleistungen zu verbessern und die soziale Ausgrenzung Einzelner damit zu verhindern.

Bereits im Sozialprogramm 1990 wurden Leitlinien der Sozialpolitik formuliert, die auch 21 Jahre später ihre Richtigkeit haben und zum Großteil ihre Anwendung im neuen Linzer Sozialprogramm finden. Sowohl die Bedürfnisorientierung wie auch der Ansatz einer präventiven Sozialpolitik, die Aufrechterhaltung der Selbstbestimmung, die Serviceorientierung sowie eine bedarfsgerechte Versorgung an Sozialleistungen haben auch heute noch ihre Aktualität und ihre Wichtigkeit. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Sozialpolitik als moderne Infrastrukturpolitik betrachtet werden kann. Vor allem in jenem Sinne, dass sie den BürgerInnen Freiheiten und Wahlmöglichkeiten erlaubt und deren Lebensausgestaltung nicht einschränkt.

Das nun hier vorliegende neue Sozialprogramm ist in seiner Struktur unterteilt in vier Kapitel – Lebens-Netze, Lebens-Räume, Lebens-Vielfalt und Lebens-Chancen. Jeder Themenbereich umfasst mehrere Ziele, unter denen die sozialpolitischen Maßnahmen und Schwerpunktsetzungen der nächsten Jahre untergeordnet sind.

### **7.1. Lebens-Netze**

Linz zählt zu den lebenswertesten Städten und ist, nicht zuletzt aufgrund ihrer sozialen Stärke, ein Vorbild für viele Städte Österreichs. Dabei bleibt sie aber nicht bei Erreichtem stehen, sondern entwickelt die eigenen sozialen Angebote entsprechend den Bedürfnissen ihrer BewohnerInnen weiter. Linz bemüht sich, allen BürgerInnen der Stadt die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in höchster Eigenverantwortung zu bieten, und knüpft für Notsituationen ein dichtes Auffangnetz. Die LinzerInnen sollen dabei unterstützt werden, ihr Leben auch dann freier zu gestalten, wenn einzelne, junge oder alte, Familienmitglieder Unterstützung, Betreuung oder Pflege brauchen. Die Stadt vergisst aber auch nicht auf jene, die außerhalb einer Familie, außerhalb der Gesellschaft stehen, und setzt auch hier Initiativen.

Für die Zukunft gilt es, das hohe Niveau an sozialer Qualität aufrechtzuerhalten. Linz soll eine Stadt der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit sein. Mit dem bestehenden Fundament ist Linz wie keine andere Stadt für das 21. Jahrhundert gerüstet. Nun geht es darum, mit den entwickelten und hier präsentierten Maßnahmen auf diesem Fundament aufzubauen und den BürgerInnen dieser Stadt möglichst viel an sozialer Sicherheit zu ermöglichen.

Das Kapitel „Lebens-Netze“ beinhaltet sieben, für die Stadt Linz sehr wichtige Zielsetzungen:

1. Verstärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
2. Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz
3. Hilfestellung im Krisenfall
4. Garantie des würdevollen Älterwerdens
5. Angebot eines vielfältigen Beratungsnetzwerkes für alle Bevölkerungsgruppen
6. Stärkung der Stadt Linz als soziales Vorbild
7. Bereitstellung eines entsprechenden Angebots für Menschen mit speziellen Problemlagen

Diese sieben Zielsetzungen umfassen insgesamt 33 Vorschläge und Unterstützungsangebote für die Stadtbevölkerung. Die vorgestellten Maßnahmen sollen in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt werden. Manche der genannten Angebote sind bereits Bestandteil der Linzer Soziallandschaft. Diese sozialpolitischen Maßnahmen, die den Bedürfnissen der LinzerInnen entsprechen und die sich bewährt haben, sollen jedenfalls erhalten und gesichert werden.

### **7.1.1. ZIEL 1 - Verstärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Eine gut funktionierende Kinderbetreuung zählt zu den zentralen gesellschaftspolitischen Anliegen der Stadt Linz, denn sie erleichtert die Berufstätigkeit von Frauen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie verbessert den Lernfortschritt und damit die Zukunftschancen von Kindern. Kindern und Jugendlichen soll eine ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Förderung angeboten werden, die ihnen eine möglichst optimale Vorbereitung auf Ausbildung und Berufseinstieg unabhängig von den Möglichkeiten der Eltern anbietet. Es soll die Wahlfreiheit erhalten und gestärkt werden, wie Familienmodelle gelebt werden. Frauen und Männer sollen die gleichen Chancen vorfinden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

Der in den vergangenen Jahren konsequent umgesetzte Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen hat neben der bildungspolitischen Dimension auch beschäftigungspolitische Bedeutung. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen am Arbeitsmarkt in Linz hat sich in den vergangenen Jahren um ein Drittel erhöht: Seit 1985 stehen 23.000 Frauen-Arbeitsplätze mehr zur Verfügung. Ein umfassendes Angebot an Krabbelstuben, Kindergärten und Horten ermöglicht es vielen Frauen, allen voran Alleinerzieherinnen, berufstätig zu sein. Kundenfreundliche Öffnungszeiten für Berufstätige, Betreuung auch während der Ferienmonate, tägliches Mittagessen sowie geschulte PädagogInnen erleichtern den Arbeits- und Familienalltag wesentlich. Die Stadt Linz hat ihre Hausaufgaben gemacht. Dazu zählen die Garantie, einen wohnortnahen Kindergartenplatz zu erhalten ebenso wie die Vollversorgung mit Betreuungs- und Fördereinrichtungen. Mittlerweile erhalten über 75 Prozent der unter Zehnjährigen Kinder jeden Tag ein gesundes Mittagessen in den städtischen Betreuungseinrichtungen, entweder kostenlos oder zu sozial gestaffelten Tarifen.

Um die Selbstbestimmtheit der Frauen auch in Zukunft zu gewährleisten, liegen die Herausforderungen einer sozialen Stadt einerseits in der Bewahrung wesentlicher familienpolitischer Meilensteine, wie des Gratis-Kindergartens und des dort angebotenen Gratis-Mittagessens, des tariflich sozial gestaffelten Mittagessens für Kinder in Krabbelstuben und Horten sowie der Garantie für die Linzer Familien eines sicheren Kindergartenplatzes. Andererseits soll auf die aktuellen Bedürfnisse und Wünsche der Linzer Eltern eingegangen werden. Dazu zählen der konsequente Ausbau der Betreuungsangebote für Unter-Dreijährige, die Entwicklung alternativer flexibler Betreuungsformen für Kleinstkinder sowie die Ausweitung des sozial gestaffelten Mittagessens in der schulischen Nachmittagsbetreuung.

Gemeinsam mit privaten Trägern stellt die Stadt Linz ein dichtes Kinderbetreuungsangebot zur Verfügung. Die Linzer Familien sollen aus einem vielfältigen Leistungsangebot unterschiedlicher Anbietern auswählen können. Die Stadt Linz bekennt sich dazu, auch in Zukunft in Kooperation mit privaten Institutionen ein dichtes Betreuungsnetz für die Linzer Kinder zu knüpfen.

## Maßnahmenkatalog

### 1. Garantie eines Kindergartenplatzes

In Linz erhalten derzeit alle Kinder, die zum Stichtag 1. September das dritte, vierte oder fünfte Lebensjahr vollendet haben, die Garantie auf einen Kindergartenplatz. In Zukunft wird die Versorgungsgarantie durch die Stadt Linz erweitert. Zusätzlich zur bisherigen Versorgungsgarantie soll dabei die Unterbringung aller Linzer Kinder erfolgen, die das dritte Lebensjahr bis zum 1. März des Betriebsjahres vollendet haben. Den Eltern soll echte Wahlfreiheit ermöglicht werden.

### 2. Bedarfsgerechter Ausbau von Krabbelstubenplätzen

Es sollen ausreichend Krabbelstubenplätze für alle Kinder zur Verfügung stehen. Die Stadt Linz legt der Veränderung des Angebots eine in regelmäßigen Abständen durchgeführten Bedarfsplanung zu Grunde.

Durch die sehr differenzierte und großzügige Karenzzeit/Karenzgeldregelung kann das Barcelona-Ziel, wonach für Unter-Drei-Jährige eine Betreuungsquote von 33 Prozent vorgesehen ist, in Österreich nicht sinnvoll angewendet werden. Für Kinder im Alter von unter einem Jahr gibt es nämlich nur einen geringen außerhäuslichen Betreuungsbedarf. Für Kinder im zweiten Lebensjahr liegt der Bedarf auch unter dem Barcelona Ziel. Nach Vollendung des zweiten Lebensjahres ergibt sich jedoch ein höherer Betreuungsbedarf, als durch das Barcelona-Ziel definiert ist. Die derzeitige Betreuungssituation bei den Unter-Dreijährigen in Linz sieht folgendermaßen aus:

Alter in vollendeten Monaten	Anzahl Linzer Kinder Sept. 2010	Besuch Sept. 2010	Anteil in %
2 - 11 Monate	1.536	3	0,2
12 - 23 Monate (Einjährige)	1.836	199	10,8
24 - 35 Monate (Zweijährige)	1.791	703 *)	39,3
<b>Summe</b>	<b>5.163</b>	<b>905</b>	

Besuchssituation in Linz / Stand September 2010

\*) inklusive ca. 300 zweijähriger Kinder, die in Kindergärten oder von Tagesmüttern betreut werden

Um das Versorgungsziel jedenfalls gewährleisten zu können, sollten daher mit Stichtag 1. September eines Betriebsjahres für zwei Prozent der Kinder im Alter von zwei bis elf Monaten, für 15 Prozent der einjährigen Kinder und 50 Prozent der zweijährigen Kinder in einer Linzer Kinderbetreuungseinrichtung Plätze zur Verfügung stehen.

Diese Zielvorgabe diene als Grundlage für die Bedarfsprognose.

Alter in vollendeten Monaten	Anzahl Kinder	Versorgungsziel in %	Versorgungsziel Kinder
2 - 11 Monate	1.536	2%	31
12 - 23 Monate (1-Jährige)	1.836	15%	275
24 - 35 Monate (2-Jährige)	1.791	50%	896
<b>Summe</b>	<b>5.163</b>		<b>1.202</b>

Tabelle: Anzahl zu betreuender Kinder laut Linzer Versorgungsziel

### 3. Angebot eines flexiblen Betreuungsangebots für Kinder unter 3 Jahren

Für Eltern, die einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder in einem Ausmaß von weniger als 20 Stunden pro Woche benötigen, soll eine flexible bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeit geschaffen werden.

### 4. Gratis-Kindergarten in Linz

Die Stadt Linz setzt sich dafür ein, dass der beitragsfreie Kindergarten (ab dem vollendeten 30. Lebensmonat) auf Basis der Finanzierung durch das Land Oberösterreich weiterhin angeboten wird. Der Gratis-Kindergarten wird als wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern betrachtet. Darüber hinaus bietet der Kindergartenbesuch für alle Kinder die Möglichkeit einer optimalen Schulvorbereitung und Integration unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern.

### 5. Gratis-Mittagessen in den Kindergärten

Unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern sollen Kinder mit einem gesunden, kindgerechten Mittagessen versorgt werden. Das beitragsfreie Mittagessen für die Kindergartenkinder soll daher beibehalten werden.

### 6. Sozial gestaffeltes Mittagessen für Kinder in der Krabbelstube und für PflichtschülerInnen

In den Krabbelstuben, Horten sowie in der schulischen Nachmittagsbetreuung an Standorten, an denen die Stadt Schulerhalterin ist, soll ein tariflich sozial gestaffeltes Mittagessen angeboten werden. Es sollen entsprechende Speiseräumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wird die Stadt Linz allen städtischen PflichtschülerInnen, die sonst keine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen, am Schulstandort die Möglichkeit anbieten, ein warmes, kindgerechtes und gesundes Mittagessen zu sozial gestaffelten Beiträgen konsumieren zu können.

## 7. Bedarfsgerechter Ausbau der Hortplätze

Eine optimale Betreuung für Kinder auch außerhalb der Unterrichtszeit war für die Stadt Linz stets ein wichtiges Anliegen. Die Stadt bekennt sich seit Jahren zur Vollversorgung im Hortbereich. Jedes Volksschulkind, das einen Betreuungsplatz nach der Schule benötigt und fristgerecht angemeldet wird, erhält auch einen. Eltern und besonders alleinerziehende Personen profitieren von diesem Angebot enorm. Berufstätige Eltern haben somit stets die Gewissheit, dass ihre Sprösslinge auch nach der Schule bestens versorgt sind.

Das Versorgungsziel der Stadt Linz sieht vor, dass allen Kindern, die eine städtische Volksschule und Bedarf anmelden, ein Hortplatz in Schulnähe angeboten werden soll. Um diese Versorgung auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, soll das Angebot an Hortplätzen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

### **7.1.2. ZIEL 2 - Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz**

Lernschwäche und Aufmerksamkeitsdefizite von Kindern, Alltagsprobleme, Trennung und Scheidung von Eltern – die Probleme, denen Familien heute gegenüberstehen, sind vielfältig. So vielfältig, dass manche Menschen diese Situationen oftmals nicht mehr alleine bewältigen können.

In der Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern liegt der Schlüssel für ein sozial ausgewogenes Aufwachsen der Kinder. Aufgrund mangelnder Vorbilder für eine gelingende Erziehungs- und Beziehungsgestaltung bei gleichzeitig erhöhten Anforderungen an die Erziehung sind Eltern quer durch alle sozialen Schichten zunehmend verunsichert. Die Auflösung verwandtschaftlicher und nachbarschaftlicher Unterstützungsnetzwerke führt dazu, dass Mütter und Väter, unabhängig von ihrer sozialen Lebenslage und Bildungserfahrung, Anregung, Austausch und Unterstützung bei der Wahrnehmung und Bewältigung ihrer Erziehungsaufgaben suchen. In den vergangenen Jahren sind an vielen Orten bereits zahlreiche Angebote für Eltern entstanden. Vor allem für jene, die wenig Eigeninteresse an Beratungsleistungen zeigen, sind Elternbildungsangebote mit niedrighwelligen Zugangsbedingungen geeignet, die spürbare Entlastung bringen, die Handlungsfähigkeit und das Selbstvertrauen von Eltern erhöhen und eine zufrieden stellende Gestaltung des familiären Zusammenlebens fördern.

Ziel eines Unterstützungssystems für Familien sollte es sein, die vorhandenen Ressourcen von Eltern zu stärken und zugleich Risiken frühzeitig zu erkennen, um auf diese Weise Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Als Anlaufstelle für Eltern mit Babys betreibt die Stadt dezentral Elternberatungsstellen, in denen Informationen über Entwicklung, Pflege, Ernährung und medizinische Untersuchungen angeboten werden. Weiters fördert die Stadt Eltern-Kind-Zentren, die Geburtsvorbereitung, Beratung, Spielgruppen und Elternbildung anbieten. Diese Strukturen sollen verfestigt und zu wichtigen Anlaufstellen im Stadtteil positioniert werden. Die Stadt Linz setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass der Besuch von Elternbildungsveranstaltungen neben den medizinischen Untersuchungen in das Programm des Mutter-Kind-Passes aufgenommen wird.

## Maßnahmenkatalog:

### 8. Positionierung der Elternberatungsstellen in den Stadtteilen als wichtige Anlaufstellen

Eine bedarfsgerechte Anzahl von Eltern-/Mutterberatungsstellen soll gewährleisten, dass Eltern frühzeitig Beratung und Unterstützung bei Fragen der Säuglingspflege und Erziehung erhalten bzw. allfällige Gefährdungen von Kindern rechtzeitig erkannt werden. Als wichtige Anlaufstelle für Eltern sollen in Zukunft die dezentralen Elternberatungsstellen sowie die Eltern-Kind-Zentren über die vielfältigen Angebote der Stadt Linz informieren. Langfristig sollen dabei Elternberatungsstellen und Eltern-Kind-Zentren örtlich zusammengeführt werden.

### 9. Elternbildung fördern

Durch geeignete Methoden und Projekte unterstützen vor allem die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen Eltern aus bildungsfernen Schichten in ihrer Erziehungsarbeit. Die Erziehungskompetenz soll in Zusammenarbeit mit den Eltern so gehoben werden, dass für diese erkennbar wird, was sie zu Hause leisten können, um die institutionelle Kinderbetreuung und Bildung sinnvoll zu ergänzen.

Es werden auch Unterstützungsangebote gefördert, die die Erziehungskompetenz der Eltern während des Heranwachsens der Kinder und Jugendlichen verbessern, z.B. spezielle Elternschulen und Beratungs-/Unterstützungsangebote mit besonderen Zugängen für benachteiligte Zielgruppen. Damit soll der Kreislauf von sozialer Benachteiligung über mehrere Generationen unterbrochen werden und die Notwendigkeit von Maßnahmen durch die Jugendwohlfahrt präventiv verringert werden.

### 10. Verstärkung der Besuchsbegleitungsangebote

Im Falle von Trennung oder Scheidung werden in manchen Fällen begleitete Besuchskontakte benötigt, um dem Kind den Kontakt zu beiden Elternteilen zu erhalten. Gegen ein gestaffeltes Entgelt sollen (z.B. in den Eltern-Kind-Zentren) eine ausreichende Anzahl von begleiteten Besuchskontakten angeboten werden, mit denen auch das Besuchsrecht für den nicht obsorgeberechtigten Elternteil unter Wahrung der Interessen des Kindes unterstützt und begleitet werden kann. Damit sollen dem Kind und den Eltern eine konfliktfreie Abwicklung der Besuchskontakte ermöglicht werden. Ziel eines solchen Angebotes ist die Verhinderung bzw. Minderung einer Belastung der Kinder durch andauernde und verhärtete Elternkonflikte.

### 11. Intensivierung der Angebote für Alleinerziehende

Die Stadt Linz entwickelt in ihrem Zuständigkeitsbereich ein Konzept für ein Maßnahmenpaket zur Reduktion der Armutgefährdung von AlleinerzieherInnen. Eine wesentliche Maßnahme wird dabei sein, das Kinderbetreuungsangebot flächendeckend, leistbar und an den Bedürfnissen der AlleinerzieherInnen orientiert zu gestalten. Angebote für allein erziehende Mütter und Väter werden auf Basis einer spezifischen Bedarfsanalyse ausgebaut.



## 12. Verankerung der Elternbildung im Mutter-Kind-Pass

Die Unterstützung von Eltern bei akuten Erziehungsproblemen wird von vielfältigen Einrichtungen, etwa den Eltern-Kind-Zentren, wahrgenommen. Um Konflikten vorzubeugen, sollen bereits im Vorfeld Bildungsangebote für Eltern angeboten werden. Entsprechende Elternbildungsmaßnahmen sollen neben den medizinischen Untersuchungen im Mutter-Kind-Pass verankert werden. Darüber hinaus soll den Eltern ein Anreiz geboten werden, solche Kurse und Unterstützungsangebote wahrzunehmen.

### **7.1.3. ZIEL 3 - Hilfestellung im Krisenfall**

Gewalt in der Familie hat viele Ursachen und ist für die betroffenen Personen sehr belastend. Entsprechende Einrichtungen sind meist die letzten Zufluchtstätten für die Hilfesuchenden. Vielfach ohne Unterstützung von Familie und Bekannten bleibt oftmals keine andere Möglichkeit, als in dafür geschaffenen Betreuungseinrichtungen Hilfe zu suchen. Dem Frauenbericht des Bundeskanzleramtes ist zu entnehmen, dass etwa jede vierte Frau zwischen 16 und 85 Jahren, die in einer Partnerschaft gelebt hat, Gewalt durch den Partner erfahren hat. In Linz finden Kinder, Jugendliche und Frauen, die vor Gewalt fliehen, umfassende Unterstützungsangebote in Form von Beratungsstellen, Krisenzentren, Notschlafstellen und eines Frauenhauses.

Treten familiäre Konflikte auf, gibt es in der Stadt ein Netz an Einrichtungen, das Eltern und Kinder in geeigneter Weise unterstützt. Die Zurverfügungstellung von ausreichenden Krisenplätzen für Kinder und Jugendliche sowie das Angebot von ausreichenden Kriseneinrichtungen sowohl für Frauen als auch für Männer sind im Sozialprogramm verankert.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### 13. Zurverfügungstellung von ausreichenden Krisenplätzen für Kinder und Jugendliche

Jugendliche finden in Krisensituationen Anlaufstellen, die ihren Bedarf an Schutz und Unterstützung abklären und abdecken. Entsprechende Notunterbringungsmöglichkeiten, wie Krisenstellen, Jugendnotschlafstellen und Krisenpflegeplätze werden ausreichend zur Verfügung gestellt. Diese sind verpflichtet, Kinder und Jugendliche aufzunehmen, bis die Abklärung der Jugendwohlfahrt eine weitere Hilfeplanung ermöglicht.

#### 14. Ausbau von Kriseneinrichtungen für Frauen in Notsituationen

Frauen, die von Gewalt oder Obdachlosigkeit betroffen oder die mit der Bewältigung des Alltages überfordert sind, finden Einrichtungen vor, die ihnen Schutz bieten und sie bei der Rückkehr in ein selbständiges Leben unterstützen. Die Stadt Linz erweitert das Angebot an Kriseneinrichtungen für Frauen auf ein bedarfsgerechtes Niveau. Dies kann entweder durch Einrichtungen, die von der Stadt selbst geführt werden, oder durch Unterstützung privater Angebote geschehen.

#### 15. Ausbau von Kriseneinrichtungen für Männer in Notsituationen

Das bestehende Angebot an Kriseneinrichtungen für Männer wird auf seine quantitative und qualitative Bedarfsgerechtigkeit hin evaluiert. Neue Modelle sollen bei Bedarf entwickelt werden, die eine dauerhafte Re-Integration unterstützen.

#### 16. Stadtteilbezogene Anlaufstellen für Menschen in Problemsituationen

Für akute Krisenfälle gibt es sehr viele unterschiedliche Organisationen und AnsprechpartnerInnen. Aufgrund der extrem differenzierten Krisensituation ist oft nicht klar erkennbar, wer für den speziellen Fall zuständig ist. Die Sozialberatungsstellen „Kompass“ sowie auch die neukonzipierten Stadtteilbüros sollen dahingehend weiterentwickelt werden, dass sie den BürgerInnen als zentrale Anlaufstelle in Problemsituationen zur Seite stehen.

#### **7.1.4. ZIEL 4 - Garantie des würdevollen Älterwerdens**

Das Linzer Sozialmodell steht für eine dichte Versorgungskette von mobilen, teilstationären und stationären Betreuungsangeboten für die ältere Generation. Neben der altersgerechten Gesundheitsversorgung geht es vorrangig um die Schaffung entsprechender Wohnmöglichkeiten, um die Unterstützung größtmöglicher Mobilität sowie um ein hohes Maß an Sicherheit. Eine moderne, bedürfnisorientierte kommunale SeniorInnenpolitik muss den BürgerInnen entsprechende Wahlmöglichkeiten bieten, um ihnen ein selbstbestimmtes, möglichst selbständiges Leben und Älterwerden zu gewährleisten.

Neben einem konsequenten Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen wird auch die gestiegene Lebenserwartung mit unterschiedlichsten Angeboten, zugeschnitten auf die speziellen Bedürfnisse der älteren Menschen berücksichtigt. Die Aufnahme in ein Seniorenzentrum als Pflegeeinrichtung sollte erst dann erfolgen, wenn es jemanden nicht mehr möglich ist, den Lebensabend im eigenen Zuhause zu verbringen. In den vergangenen 20 Jahren wurde konsequent ein dichtes soziales Netz geknüpft. Das Angebot reicht heute von modernen Pflegeeinrichtungen und betreubaren Wohnungen über den nachträglichen Lifteinbau bis hin zu verschiedenen mobilen Diensten, wie Altenbetreuung, Hauskrankenpflege, Heimhilfe und Tageszentren. Die Stadt hat in den vergangenen 20 Jahren viel investiert, um diesen hohen Standard zu erreichen: jede/r LinzerIn soll bei Bedarf unabhängig von der Höhe der Pension ein entsprechendes Pflege- und Betreuungsangebot in Anspruch nehmen können. Denn qualitativ hoch stehende Pflege darf keine Frage des Einkommens sein.

Der demographische Wandel konfrontiert die Sozialpolitik im Seniorenbereich mit rasanten und umwälzenden Entwicklungen. Die Zahl der aus dem Berufsleben ausscheidenden, immer länger lebenden Menschen steigt. Diese Tatsache und das zunehmende Bildungsniveau sorgen dafür, dass auch das Selbstbewusstsein der älteren Bevölkerung und ihr Anspruch auf Selbstbestimmtheit zunehmen. Die vielfältigen Interessen und Bedarfe der großen Gruppe der SeniorInnen haben Berücksichtigung zu finden. Die Garantie einer bedürfnisorientierten Betreuung und Pflege der älteren LinzerInnen, der Ausbau der stationären wie auch der mobilen Betreuungskette, die Errichtung von speziellen Demenzzentren sowie die Schaffung geriatrischer Einrichtungen sind neben dem Ausbau der Tageszentren und der Weiterent-

wicklung der mobilen Essensversorgung Schwerpunkte der Linzer Sozialpolitik in den nächsten Jahren.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### **17. Sicherung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots für SeniorInnen – Sicherung der Pflegegarantie**

Derzeit stehen den pflegebedürftigen LinzerInnen insgesamt 2.125 Betreuungsplätze in 16 Senioreneinrichtungen zur Verfügung. Der Bedarf an stationären Pflegeplätzen ist laut Prognose der Stadtforschung Linz bis zum Jahr 2020 gedeckt. Langfristig ist aber zu berücksichtigen, dass ab 2030 ein kräftiger Bedarfszuwachs an Pflege- und Betreuungsangeboten durch die demographische Entwicklung prognostiziert wird. Diese Entwicklung lässt erkennen, dass nach 2030 ein bedarfsgerechter Ausbau stationärer Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen nötig sein wird. Um diesen zu erwartenden Pflegebedarf erfüllen zu können, sind rechtzeitig in der Raumordnung geeignete Flächen vorzusehen. Mittel- bzw. langfristig sollen so die Möglichkeiten für die Errichtung von vier zusätzlichen Seniorenzentren abgesichert werden.

Um dem Wunsch der älteren Generation, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu können, auch in Zukunft nachzukommen, wird in Linz parallel zum Ausbau der stationären Pflege auch die mobile Betreuung, wie die Hauskrankenpflege, die Mobilen Dienste und Essen auf Rädern, bedarfsgerecht und leistbar weiterentwickelt. Durch diese vielfältigen Angebote können betreuungs- und pflegebedürftige SeniorInnen länger in der eigenen Wohnung bleiben.

#### **18. Errichtung eigener Demenzzentren**

Im Bereich der Pflege und Betreuung von Menschen stellt die Krankheit Demenz eine immer größer werdende Herausforderung dar. Anders als geistig unbeeinträchtigte BewohnerInnen können sich Menschen mit Demenz ihrer Umgebung nicht mehr anpassen. Vielmehr müssen Pflegenden und Betreuenden versuchen, sich Menschen mit Demenz anzupassen. Diese Menschen benötigen eine speziell auf sie abgestimmte Versorgung. Aus diesem Grund sollen in Linz eigene Demenzzentren in bestehenden Pflegeheimen geschaffen werden, die sich intensiv der Betreuung und Pflege demenzerkrankter Menschen widmen können.

#### **19. Schaffung von Tageszentren für SeniorInnen**

Um einen längeren Verbleib zu Hause zu ermöglichen und pflegende Angehörige zu entlasten, sollen Tagespflegezentren mit leistbaren Kostenbeiträgen und für verschiedene Arten von Pflegebedarfen (z.B. körperliche Beeinträchtigungen, Demenz) angeboten werden. Die Einbindung von BesucherInnen in die Alltagstätigkeiten sollen forciert werden.

#### 20. Erweiterung von Kurzzeitpflegestrukturen

In der Stadt Linz sollen ausreichend Kurzzeitpflegeplätze angeboten werden. Sie sollen einerseits zur Entlastung der pflegenden Angehörigen und andererseits zur Überbrückung von Akutsituationen dienen.

#### 21. Weiterentwicklung der Essensversorgung für SeniorInnen

Die Essensversorgung von SeniorInnen und Menschen, die selbst nicht mehr kochen können, soll durch verschiedene Angebote gewährleistet werden. Die Zustellung von warmen Menüs soll eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung dieser Menschen sichern. Die Gastronomie soll wieder motiviert werden, verstärkt seniorengeeignete Menüs zu günstigen Preisen anzubieten.

#### 22. Entwicklung von geriatrischen Einrichtungen in Linz

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung und auf die steigende Lebenserwartung älterer Menschen respektive der daraus resultierende zunehmenden Pflegebedürftigkeit, soll das geriatrische Angebot im Gesundheitsbereich in Zusammenarbeit mit dem Bund, dem Land Oberösterreich und den Sozialversicherungsträgern bedarfsgerecht erweitert werden.

#### 23. Ein Haus der Generationen etablieren

Im Anlehnung an das Bielefelder Modell bzw. „Wohnen im Viertel“ München soll ein „Haus der Generationen“ im Stadtzentrum als Begegnungsstätte und Kommunikationszentrum entwickelt und geschaffen werden.

#### 24. Gegen Vereinsamung

Verstärkt sollen Maßnahmen gegen die Vereinsamung gesetzt werden. Nachbarschaftshilfen und Aktivitäten, gesetzt durch die neuen Stadtteilbüros, sollen das gemeinsame Miteinander forcieren. Vor allem, PensionistInnen sollen für Gemeinwesenarbeit gewonnen werden. Plattformen sowie Vernetzungsarbeit und eigene Räumlichkeiten für Tauschkreise sollen das ehrenamtliche Engagement von älteren Menschen verstärken. Es sollen für diese Menschen soziale Netze geschaffen werden. Im Sinne von Nachbarschaftshilfe soll die ältere Generation dazu motiviert werden, aktiv in der Gesellschaft teilzuhaben und sich gegenseitig und das auch generationsübergreifend zu helfen. Als Vermittlerin soll ein Infopool entstehen, wo sich interessierte Menschen melden können und entsprechende Informationen erhalten.

### **7.1.5. ZIEL 5 - Angebot eines vielfältigen Beratungsnetzwerkes für alle Bevölkerungsgruppen**

Eine große Anzahl an privaten Institutionen, Vereinen, Organisationen und auch ehrenamtliche Personen tragen dazu bei, dass Linz über ein qualitativ hochwertiges Leistungs- und Beratungsangebot verfügt. Dies stärkt die Stadt Linz als soziale Musterstadt. Die Sozialland-

schaft ist vielfältig. Die Stadt Linz setzt bewusst Steuergeld ein und gibt damit wichtige finanzielle Impulse. Dieses dicht geknüpfte soziale Netzwerk soll auch in Zukunft aufrechterhalten werden. Falls notwendig, sollen Angebote ausgebaut werden. Vor allem Kinder und Jugendliche sollen in Not- und Krisensituationen ein hochwertiges Hilfs- und Unterstützungsangebot vorfinden.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### **25. Aufrechterhaltung des breit gefächerten Beratungs- und Unterstützungsangebots**

Der Zugang zu psychosozialen Diensten wird zielgruppenspezifisch erleichtert und damit besser zugänglich. Bei Bedarf soll jeder Jugendliche das Angebot an ausreichenden Beratungsmöglichkeiten zu jugendspezifischen Themen haben, wie beispielsweise zu Sexualität, Ausbildung, Arbeit oder Freizeit. Falls nötig soll das Beratungsangebot zu bestimmten jugendspezifischen Themen ausgebaut werden. Zugänge zum und Informationen über das Angebot werden über jugendspezifische Kanäle angeboten (städtische Homepage, Social Networks, etc.). Neben dem Angebot für Jugendliche sollen auch die präventiven Angebote für alle BürgerInnen verstärkt werden. Die neuen Stadtteilbüros sollen diese Aufgaben wahrnehmen und als zentrale Anlaufstellen bekannt gemacht werden.

#### **26. Ehrenamtliche Strukturen fördern**

Es sollen Initiativen gesetzt und unterstützt werden, die nachbarschaftliches Engagement, Ehrenamt und private Netzwerke forcieren. Dabei wird berücksichtigt, dass das Ehrenamt auch ein gewisses Maß an Ausbildung und öffentlicher Anerkennung benötigt, um langfristig bestehen zu können. Besonders die ehrenamtliche Tätigkeit von SeniorInnen wird vor dem Hintergrund, dass Lebenserwartung und Aktivität der SeniorInnen im Steigen begriffen sind und mit dem Ehrenamt Sinnstiftung verbunden ist, durch städtische Konzepte gefördert. Das Bewusstsein für die Bedeutung und Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit wird gestärkt.

### **7.1.6. ZIEL 6 – Stärkung der Stadt Linz als soziales Vorbild**

Auf die Weiterentwicklung des sozialen Angebots und der Lebensqualität in Linz wurde in den vergangenen Jahren besonderes Augenmerk gelegt. Heute steht den LinzerInnen eine Vielzahl von sozialen Angeboten zur Verfügung, die das Gefühl der sozialen Sicherheit entscheidend verbessern. Das Ziel bestand darin, den Grundstock an sozialen Leistungen zu einer flächendeckenden Versorgung auszubauen und diese allen Teilen der Bevölkerung gleich zugänglich zu machen. Das ist in Linz gelungen. Die Stadt nimmt in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle ein.

Der fortschreitende Wandel bedarf aber einer ständigen Adaptierung des sozialen Angebots, wobei nicht immer alles neu erfunden werden muss, aber oft vieles wieder neu gedacht werden soll. Das städtische Angebot muss sich den Bedürfnissen der LinzerInnen anpassen und sich stetig weiterentwickeln. Der sichere Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zum vielfältigen sozialen Leistungsangebot, die Absicherung der LinzerInnen, um sozialer Spaltung ent-

gegenzuwirken sowie der Diskurs und auch die Auszeichnung von bestehenden, aber auch neuen innovativen Projekten sind Bestandteil dieses Ziels.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### **27. Sicherung des Zugangs zu den vielfältigen sozialen Angeboten**

Der Zugang zu den sozialen Angeboten wird zielgruppenspezifisch erleichtert und damit besser möglich. Die neuen Stadtteilbüros sollen verstärkt als zentrale Anlaufstellen, als Drehscheiben, dienen und bekannt gemacht werden.

#### **28. Etablierung eines Linz Award für Rehabilitation**

Um die angestrebte Nachhaltigkeit der Auseinandersetzung mit der Bedeutung von beruflicher Rehabilitation für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu gewährleisten und den Diskurs über unterschiedliche Angebote zu führen, soll ein Linz Award – European Rehabilitation Award – ins Leben gerufen werden. In enger fachlicher Kooperation mit dem BBRZ Linz ist beabsichtigt, dass die Stadt Linz und die Johannes - Kepler-Universität Linz die Auslobung dieses Awards im Zwei-Jahres-Rhythmus vornehmen. Es sollen die besten Initiativen zur Förderung der beruflichen Teilhabe von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in unterschiedlichen Kategorien ausgezeichnet werden. Die Stadt Linz soll ihre Position als „Denkschmiede“ und europäische Hauptstadt des sozialen Engagement stärken. Linz trägt darüber hinaus dazu bei, die gesellschaftliche Bedeutung von sozialen Initiativen zu transportieren sowie die Leistungen der AkteurInnen entsprechend zu würdigen.

#### **7.1.7. ZIEL 7 – Bereitstellung eines entsprechenden Angebots für Menschen mit speziellen Problemlagen**

Moderne Gesellschaftspolitik hat Chancengleichheit für alle Menschen anzustreben. Dazu gehört es auch, die Rahmenbedingungen für Menschen in speziellen Problemsituationen entscheidend zu verbessern. Die Stadt Linz setzt daher vielfältige Maßnahmen, um diese Barrieren zu beseitigen. Neben dem Angebot von speziellen Wohnformen für Menschen mit Beeinträchtigungen wird sich die Stadt Linz zukünftig dafür einsetzen, eine nach dem oberösterreichischen Chancengleichheitsgesetz definierte Betreuungseinrichtung in Linz zu situieren. Darüber hinaus sollen zielgruppenorientierte Angebote für psychisch erkrankte Menschen geschaffen werden.

Ein zentrales Element gesellschaftlicher Integration stellt Arbeit dar. Arbeitslosigkeit ist häufig dafür verantwortlich, dass Menschen in eine materielle und soziale Isolation abdriften und den Weg zurück in ein geregeltes Arbeitsleben nicht mehr finden. Ziel muss es sein, benachteiligte Personen in den Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren. Seit Ende der 1980er Jahre betreibt die Stadt Linz aus den genannten Gründen ein Beschäftigungsprojekt, das zum Erfolgsmodell wurde. Daher wird es auch in Zukunft ein wesentliches und im Sozialprogramm formuliertes Ziel sein, arbeitslosen Menschen und beeinträchtigten Personen Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg zu geben.

## **Maßnahmenkatalog:**

### **29. Entwicklung neuer Wohnformen für Menschen mit Beeinträchtigungen**

Für Menschen vor allem mit psychischen Beeinträchtigungen werden neue Wohnformen mit unterschiedlichen Betreuungsmodellen geschaffen. Eine besonders wichtige Zielgruppe stellen psychisch kranke Eltern dar, die auf Grund ihrer Beeinträchtigung phasenweise oder dauernd Unterstützung für sich und ihre Kinder benötigen.

Es sollen ausreichende Krisen- und Kurzzeitplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen vorhanden sein. Menschen mit Mehrfach- und/oder psychischen Beeinträchtigungen benötigen über bestimmte Zeitspannen Betreuungsplätze, um sich zu stabilisieren und nach Hause zurückkehren zu können.

### **30. Errichtung einer Betreuungseinrichtung nach Chancengleichheitsgesetz in Linz**

Die Stadt Linz wird an das Land Oberösterreich mit dem Anliegen herantreten, für LinzerInnen in Linz oder in der näheren Umgebung eine bedarfsgerechte Versorgung mit Leistungen nach dem Chancengleichheitsgesetz sicherzustellen.

### **31. Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg**

Es sollen Betreuungs-, Wohn-, Arbeits- und Beratungsangebote für Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen bereitgestellt werden, damit diese in die Gesellschaft integriert werden bzw. bleiben und in ein selbstbestimmtes Leben hineinwachsen können.

Darüber hinaus unterstützt die Stadt Linz Menschen in besonderen Hilfssituationen beim (Wieder)Einstieg ins Berufsleben. Das bestehende Beschäftigungsprojekt „Jobimpuls“ soll bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

### **32. Gezielte Schulungsmaßnahmen für arbeitslose Menschen anbieten**

Die Stadt Linz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Linz (AMS) und der Unternehmensgruppe Linz (UGL) gezielte Berufsorientierungs- und Schulungsmaßnahmen anbieten. Innerhalb der UGL werden Beschäftigungsangebote für Menschen mit verminderten Chancen am Arbeitsmarkt aufgrund von persönlichen Defiziten, Ausbildungsmängeln, langer Arbeitslosigkeit etc. gemacht.

### **33. Zielgruppenorientierte Angebote bei psychosozialen Diensten**

Der Zugang zu psychosozialen Diensten wird zielgruppenspezifisch erleichtert und damit besser zugänglich.

## 7.2. Lebens-Räume

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft wirkt sich auch auf den Zusammenhalt im Sozialraum der Stadt aus. Damit einhergehend ändern sich die Ansprüche an den gebauten Stadt- raum, der neben der Bereitstellung von Wohnraum oder sozialer Infrastruktur auch immer stärker dazu beitragen soll, die lokalen Potenziale und das Empowerment „schwacher“ Gruppen zu fördern. Wohn- und Freiräume tragen wesentlich zur Lebensqualität für die Be- wohnerInnen und zur Gesamtattraktivität einer Stadt bei.

Bis vor wenigen Jahrzehnten galt die Wohnungsnot auch in Linz als eines der wichtigsten Probleme der Bevölkerung. Über ausreichend Wohnraum zu menschenwürdigen Bedingun- gen zu verfügen, galt und gilt als Grundprämisse und ist bis heute eine große Herausforde- rung für die Kommunalpolitik. Dem sozialen Wohnbau ist es zu verdanken, dass Linz heute ein gutes Angebot an qualitativ hochwertigen Wohnungen bietet. Die Bevölkerung stellt aber zu Recht an die Wohnungspolitik immer höhere Ansprüche. Die Forderung nach zeitgemä- ßem und leistbarem Wohnraum und nach verlässlicher infrastruktureller Versorgung aller Haushalte sind auch in Zukunft als Bestandteil kommunaler Sozialpolitik zu betrachten.

In dicht besiedelten Stadtgebieten sind leicht erreichbare Erholungsräume in unmittelbarer Wohnumgebung für die Bevölkerung unverzichtbar. Sie bieten im Alltag die Möglichkeit der Entspannung, der Kommunikation, des Spiels und der sportlichen Betätigung. Nutzbare und alltagstaugliche Freiräume stellen auch einen wesentlichen Faktor für das Zustandekommen funktionierender Nachbarschaftsbeziehungen dar. Ziel der weiteren Stadtentwicklung soll sein, öffentliche Räume so zu gestalten und auszubauen, dass sie eine lebenswerte Stadt für alle bieten.

Das Kapitel „Lebens-Räume“ beinhaltet drei, für die Stadt Linz sehr wichtige Zielsetzungen.

1. Verbesserung der Wohnsituation
2. Schaffung von Freiräumen
3. Forcierung der Barrierefreiheit

Diese drei Zielsetzungen umfassen insgesamt 19 Vorschläge und Unterstützungsangebote für die Stadtbevölkerung.



### **7.2.1. ZIEL 1 - Verbesserung der Wohnsituation**

Die Wohnsituation der Menschen sagt viel über die aktuelle Lebenssituation der BürgerInnen einer Stadt aus. Vorrangiges Ziel ist es, für möglichst viele Menschen ein gutes Wohn- und Lebensumfeld zu sozial verträglichen Preisen zu schaffen. Auf dem Linzer Stadtgebiet gibt es nach den aktuellsten Daten knapp 108.000 Wohneinheiten. Alleine in den vergangenen zehn Jahren sind 8.200 neue Wohnungen dazugekommen. Öffentliche Wohnungspolitik ist mit sozialem Wohnbau gleichzusetzen. Aus diesem Grund stellt in der Landeshauptstadt der geförderte Wohnbau eine tragende Säule des Wohnungsneubaus dar. Er ermöglicht vielen Familien, insbesondere auch dem Mittelstand, einen höheren Lebensstandard.

Das Linzer Sozialmonitoring brachte zu Tage, dass sowohl alleinlebende junge Erwachsene als auch junge Paare in Linz die geringsten Wohnkosten im österreichischen Durchschnitt für eine Mietwohnung bezahlen. Auch Jungfamilien leben in Linz im Vergleich der Landeshauptstädte am günstigsten. Daher ist es ein zentrales Ziel, auch in Zukunft ein ausreichendes Angebot an leistbaren und bedarfsgerechten Wohnungen für die LinzerInnen zur Verfügung zu stellen. Hier ist auch das Land Oberösterreich gefordert, dem Wunsch der Bevölkerung nachzukommen und entsprechende finanzielle Mittel dem Zentralraum für die Schaffung von attraktivem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Neben der Wohnversorgung von jungen Menschen und Familien, liegt ein weiteres Augenmerk auf der Wohnsituation der älteren Generation. Der Ausbau betreubarer Wohnungen sowie die Entwicklung alternativer Wohnformen stellen spezifische Maßnahmen dar. Durch das vielfältige Angebot sollen auch betreuungs- und pflegebedürftige SeniorInnen lange im vertrauten Wohnumfeld bleiben können.

Eine offene Stadt gewährt auch Randgruppen und Minderheiten offene Räume. Menschen, die ihre Wohnung verloren haben oder kurz vor einer Delegation stehen, sollen mit entsprechenden professionellen Leistungen unterstützt werden.

Manchmal ist das Zusammenleben von Konflikten geprägt. Maßnahmen sollten demnach primär bei einer besseren Kommunikation sowie bei der Ermöglichung von Verständigung ansetzen. Stadtteilbüros können hier die vielfältigen Aufgaben steuern. Vorhandene Trägerkräfte und Ressourcen sollen gebündelt werden, um integrationspolitische Ziele zu erreichen. Vor allem der Aufbau von Kontakten und der Abbau von Konflikten zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung stehen an vorderster Stelle.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### **1. Zeitlich befristete Wohnformen mit Betreuung für junge Erwachsene**

Die Stadt Linz bietet jungen Erwachsenen in der Stärkung ihrer Selbsterhaltungsfähigkeit Hilfe an. Es sollen verstärkt jungen Menschen, die Unterstützung benötigen, zeitlich befristete Wohnformen mit Betreuung angeboten werden.

2. Gefahr von Obdachlosigkeit verringern – Delogierungsprävention verstärken

Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit bedeutet oft einen gravierenden Einschnitt in die Lebensbiographie mit zahlreichen negativen Folgen für den Einzelnen. Der bestehende hohe Standard der Stadt Linz zur Vermeidung von Obdachlosigkeit soll erhalten werden, damit möglichst viele Personen, die bereit sind, die angebotene Hilfe anzunehmen, vor Obdachlosigkeit bewahrt werden. Insbesondere bei jungen Menschen ist Obdachlosigkeit durch entsprechende Integrationsmaßnahmen hinten zu halten. Die Nachbetreuung von Menschen, die von Delogierungsankündigungen oder tatsächlicher Delogierung betroffen sind, soll verstärkt werden. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit werden präventive Maßnahmen forciert.

3. Angebot an leistbaren und bedarfsgerechten Wohnraum schaffen

Die Stadt Linz wird Wohnbauprojekte initiieren, bei denen Leistbarkeit, Attraktivität, Qualität und Barrierefreiheit bestmöglich und bedarfsorientiert vereint werden. Ein Mix aus Miet-, Mietkauf- und Eigentumswohnungen soll Wahlfreiheit gewährleisten. Darüber hinaus soll es ein Angebot an unterschiedlichen Wohngrößen geben. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wird die Unterstützung des Landes als Träger in der Wohnbauförderung eingefordert.

4. Bessere Durchmischung der sozialen Gruppen in den Stadtteilen – Vergabe von Wohnbaufördermitteln mittels Quotenregelung

Bei der Besiedelung von Stadtteilen und bei der Vergabe von Wohnungen wird auf die soziale Durchmischung geachtet. Die Stadt Linz setzt daher Initiativen, um Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu geförderten Wohnungen bei allen gemeinnützigen Wohnbauträgern zu ermöglichen. Durch den breiteren Zugang zum gemeinnützigen Wohnbau soll eine gleichmäßigere Verteilung von Menschen unterschiedlicher Herkunft auf ganz Linz erleichtert und so eine Gettoisierung verhindert werden.

Darüber hinaus sollen die Wohnbaufördermittel jenen Wohnungsgesellschaften vorbehalten bleiben, die einen entsprechenden Anteil ihrer Wohnungen an AusländerInnen bzw. MigrantInnen vergeben. Der an MigrantInnen zu vergebene Wohnungsanteil sollte am AusländerInnenanteil in der jeweiligen Kommune gekoppelt werden. Durch diese Maßnahmen soll zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen führen. Langfristig soll eine bessere Durchmischung der Wohnbevölkerung erreicht werden.

5. Befristete Startwohnungen für sozial benachteiligte Jugendliche anbieten

Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien sollen nach bestimmten Kriterien, zeitlich befristete Startwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Es soll dadurch der Übergang zur Selbsterhaltungsfähigkeit erleichtert werden.

6. Wohnbaufördermittel für die Schaffung von einer ausreichenden Anzahl von geförderten Wohnungen

Die Stadt Linz setzt sich dafür ein, dass Wohnbaufördermittel nach Linz fließen. Ziel ist die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von geförderten Wohnung. Es sollen ausreichend geförderte Wohnungen pro Jahr errichtet werden.

7. Neue Wohnformen für SeniorInnen entwickeln

Im Hinblick auf veränderte Lebenswege und Lebenswelten älterer Menschen sollen Konzepte für neue Wohnformen entwickelt werden. Es werden praktikierbare Modelle von anderen Städten hinsichtlich deren Umsetzbarkeit in Linz geprüft. Es soll eine kontinuierliche und vielfältige Wohn- und Betreuungslandschaft kreiert werden. Dabei ist auch auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu achten.

8. Bedarfsgerechte Erweiterung des Angebots an betreubaren Wohnungen

Seit dem Jahr 2000 werden in Linz betreubare Seniorenwohnungen angeboten. Diese Wohnform erleichtert Menschen mit leichtem oder mittlerem Betreuungsbedarf einen Verbleib in der gewohnten Umgebung. Da sie von der Stadt organisiert und von verschiedenen Wohnbauträgern mit Hilfe der Wohnbauförderung des Landes errichtet werden, sind diese Wohnungen leistbar. Die Nachfrage nach betreubaren Wohnung ist ungebrochen hoch. Aus diesem Grund soll auch für die Zukunft die bedarfsgerechte Errichtung von leistbaren betreubaren Wohnungen sichergestellt werden.

9. Bedarfsorientierte Ausweitung der Stadtteilbüros

Stadtteile sind als soziale Räume mit bestimmten Merkmalen zu verstehen. Infrastrukturelle Gegebenheiten, wie die Qualität der verfügbaren Wohnungen, Grünanlagen, das Angebot an Nahversorgung, Kinderbetreuung, Schulen, Gaststätten, etc. bestimmen die Möglichkeiten der BewohnerInnen mit. Ganz wesentlich werden Stadtteile durch die Interaktionen der BewohnerInnen untereinander und der BewohnerInnen mit dem Lebensraum und den Ansprechpersonen außerhalb ihres Stadtteiles geprägt.

Die sozialen Beziehungsstrukturen bestimmen das Wohnklima, die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit ihrem Wohnumfeld, die Möglichkeiten der Partizipation und den Stellenwert des Stadtteils und seiner BewohnerInnen mit. Der Ruf eines Stadtteiles beinhaltet auch einen enormen ökonomischen Aspekt. Stadtteile mit gutem Wohnklima, hoher Wohnzufriedenheit, geringer BewohnerInnenfluktuation, mit hoher Toleranz und geringer Gewaltbereitschaft sind begehrte Wohngebiete, was sich auf die Nachfrage nach Wohnraum in solchen Stadtteilen und darauf, welche Bevölkerungsgruppen diesen Wohnraum nachfragen, positiv auswirkt.

Die Stadt Linz beabsichtigt, in Stadtvierteln, in denen es positiver Impulse und Vernetzungsaktivitäten zur bürgerInnennahen Unterstützung bei der Lösung von allgemeinen und speziellen Anliegen bedarf, mit folgenden Angeboten vor Ort zu sein: zum einen werden in einem Stadtteilzentrum viele Leistungen der UGL, z.B. Linz AG, GWG, Bürgerservice, Erziehungshilfe, Mindestsicherung, etc. bürgerInnennah angeboten, zum anderen werden GemeinwesenarbeiterInnen in einem multiprofessionellen Team im

Stadtteilzentrum die sozialen Prozesse im Stadtteil mit geeigneten Maßnahmen bedarfsgerecht unterstützen. Die Maßnahmen sollen einerseits den Einsatz stadtteileigener personeller und sozialräumlicher Ressourcen fördern, die Vernetzung der Angebote vor Ort organisieren und andererseits eine anschlussfähige Kommunikation zwischen BürgerInnen und Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung ermöglichen.

10. Persönliche AnsprechpartnerInnen in Form von HausbetreuerInnen für MieterInnen etablieren

Eine Anstellung von HausbesorgerInnen nach dem ehemaligen HausbesorgerInnengesetz ist aufgrund der rechtlichen Bestimmung nicht möglich. Viele MieterInnen wünschen sich aber wieder direkte AnsprechpartnerInnen vor Ort. Aus diesem Grund sollen dort, wo es die Mehrheit der MieterInnen wünscht, HausbetreuerInnen nach neuen Vertragsbestimmungen angestellt werden. Die Linzer HausbetreuerInnen werden täglich und ausschließlich in der von ihnen betreuten Wohnhausanlage vor Ort sein. Sie sind somit auf vielfachen Wunsch der MieterInnen die „gute Seele“ vor Ort. Die Aufgaben der HausbetreuerInnen bestehen in einer fachgerechten Reinigung, in der Betreuung der Wohnhausanlage sowie in der Kontrolle, in der Meldung eventueller Schäden und in der Durchführung einfacher Kleinreparaturen. Darüber hinaus nehmen sie Anfragen und Anregungen an und leiten sie an die zuständigen Stellen weiter. Auch sollen sie bei Konflikten einschreiten. Die MieterInnen haben die Wahlfreiheit, sich entweder für die Betreuung aus einer Hand durch die neuen HausbetreuerInnen oder für die ausschließliche Reinigung durch Fremdfirmen zu entscheiden.

### **7.2.2. ZIEL 2 - Schaffung von Freiräumen**

Die Stadt versucht ein interessantes und aktivierendes Klima zu schaffen, damit sich die Menschen hier wohl fühlen. Dazu gehören auf der einen Seite die vielen Service- und Beratungsangebote, die sozialen Dienstleistungen und Unterstützungsmaßnahmen. Auf der anderen Seite muss eine offene Stadt aber auch über Freiräume verfügen, die ohne Vorgaben und Zwang belebt werden können. Die Stadt kann hier Rahmenbedingungen schaffen, die AkteurInnen selbst erfüllen diese mit Leben.

Ein dicht gespanntes Netz an öffentlichen Spielplätzen erlaubt es den Kindern nach ihren Wünschen und Vorstellungen ihre Freizeit zu verbringen. Auch Jugendliche verfügen in Linz über beliebte und belebte Treffpunkte im öffentlichen Raum. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden aber nicht nur die baulichen Freiräume, auch virtuelle Freiräume in Form von freiem und kostenlosem Zugang zu neuen Technologien nehmen einen hohen Stellenwert ein.

### **Maßnahmenkatalog:**

11. Freien und kostenlosen Zugang zu neuen Technologien in öffentlichen Einrichtungen anbieten

Die virtuellen Freiräume für Jugendliche sollen ausgebaut werden. Vor allem in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen wird ein freier und kostenloser Zugang zum Medium

Internet ermöglicht. Die Intention des Pilotprojekts „Public Space Server“ soll weiter verfolgt werden.

12. Öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche schaffen

Kinder spielen gerne, trainieren dabei ganz nebenbei ihre körperlichen Fähigkeiten und entwickeln dabei Freude an Bewegung. Daher stellt Linz auf den stadteigenen Flächen bedarfsgerechten Spielraum zur Verfügung. Das bestehende gute Angebot an Spielplätzen für Kleinkinder und Kinder bis 10 Jahren soll erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Für Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren sollen im erweiterten Wohnumfeld Spielflächen und Freiräume geschaffen werden, die sie nach ihren Bedürfnissen bespielen können. Innovative Projekte sollen dabei angedacht werden.

Jugendliche benötigen neben Angeboten offener Jugendarbeit auch selbst verwalteten Freiraum. Aus diesem Grund sollen Plätze im öffentlichen Raum – wie FunCourts, Beachvolleyballplätze – primär für Jugendliche geschaffen werden.

13. Bedarfsgerechter Ausbau von Spielflächen im erweiterten Wohnumfeld

Je jünger die Kinder sind, desto näher am Wohnort sollen die Spielmöglichkeiten vorhanden sein. Daher sind die Wohnungsgesellschaften gefordert, in den Innenhöfen der Linzer Wohnanlagen geeigneten, bedarfsgerechten Spielraum – differenziert nach Alter und Spielbedürfnissen der Kinder – zur Verfügung zu stellen. In bestehenden Wohnanlagen soll im Zuge von Sanierungsmaßnahmen ebenfalls Spielraum nachgerüstet werden. Die Anforderungen an den Spielraum sollen in den jeweiligen Ausschreibungskriterien bei Wohnbauprojekten aufgenommen werden.

14. Aktivierende Angebote und Begegnungsstätten für SeniorInnen weiterentwickeln

Für ältere Menschen sollen Angebote zur Verfügung stehen, die ihnen eine Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen. Dadurch wird Lebensfreude vermittelt und der Vereinsamung und aller damit verbundenen Nebenerscheinungen im Gesundheitsbereich vorgebeugt. Die Information über die Angebote muss seniorInnengerecht kommuniziert werden. Weiters ist auf gute Erreichbarkeit und Partizipation bei der Angebotsentwicklung zu achten. Die bestehenden Clubs Aktiv sollen bedarfsgerecht hinsichtlich der Quantität und Qualität entwickelt werden. Es sollen Kommunikations- und Begegnungsstätten geschaffen werden. Ziel ist es, dass für jene SeniorInnen, die solche Leistungen in Anspruch nehmen möchten, entsprechende gut erreichbare und leistbare Angebote zur Verfügung stehen.

15. Außerschulische Jugendarbeit im Hinblick auf die Stadtentwicklung bedarfsorientiert ausbauen

Die außerschulische Jugendarbeit – angeboten durch verschiedene Vereine und Institutionen (Verein Jugend und Freizeit) – wird bedarfsorientiert im Hinblick auf die Stadtentwicklung ausgebaut. Die bestehenden Angebote der verschiedenen Träger sollen aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Die geschlechtergerechten Bedürfnisse sollen wahrgenommen werden.

#### 16. Freiflächen für Kreativität schaffen

Es sollen Flächen zur freien Gestaltung zur Verfügung gestellt werden. Einerseits sollen Sprayer die Möglichkeit haben, auf leeren Plakatflächen legal Graffitis zu gestalten, andererseits soll es für junge Bands die Möglichkeit geben, kostengünstig Proberäume zu nutzen. Darüber hinaus soll auch auf Kinder- und Jugendspielplätze Flächen zur freien Gestaltung zur Verfügung gestellt werden. Diese „geschützten“ Bereiche für Kinder und Jugendliche sollen in zentraler Lage sein und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit haben, ohne Konsumzwang ihre Freizeit verbringen zu können. Auch soll darauf bedacht genommen werden, dass die einzelnen NutzerInnengruppen sich gegenseitig mit Respekt begegnen und Toleranz für die unterschiedlichen Interessen aufbringen.

#### 17. Mehrfachnutzung von öffentlichen Räumen

Von der Stadt angebotene Räume wie Sporthallen oder Fußballplätze, welche im Sommer oder in den Ferien oft unbenutzt sind, sollen durch Mehrfachnutzung belebt werden.

### **7.2.3. ZIEL 3 - Forcierung der Barrierefreiheit**

Um möglichst lange ein selbstbestimmtes und aktives Leben führen zu können, ist der Erhalt der Mobilität unabdingbar. Mobilität ist die notwendige Voraussetzung vieler Aktivitäten, die der Sicherung des Lebenserhalts und der sozialen Teilhabe dienen. Sich im Alltag selbstständig und sicher bewegen zu können, ist ein Schlüssel für höhere Lebensqualität. Auch in fortgeschrittenen Lebensjahren mobil zu bleiben, bedeutet selbst bestimmt und in Würde zu altern. Deshalb sind gerade in einer älter werdenden Gesellschaft Straßen und öffentlichen Gebäude barrierefrei zu gestalten. In Linz wurden sowohl im öffentlichen Verkehr als auch im Bereich des Wohnens und des Wohnumfeldes viele Maßnahmen gesetzt. Der Einsatz von Niederflurstraßenbahnen, das Absenken von Gehsteigkanten im Haltestellenbereich, die Installation von Blindenleitsystemen sowie die nachträglichen Lifteinbauten ermöglichen älteren Menschen, länger mobil zu bleiben. Aber nicht nur bauliche Adaptierungen tragen zur Mobilität bei, auch eine entsprechende Tarifstruktur des öffentlichen Verkehrs wie das 10-Euro-Monatsticket des Linzer Aktivpasses, erhöhen die Mobilität im Alter.

Barrierefreiheit muss als wichtiges Handlungsziel verankert werden, um die Einschränkung der Mobilität zu verhindern und Selbstständigkeit zu erhalten. Sei es einerseits durch eine verstärkte Bewusstseinsbildung für Barrierefreiheit, andererseits auch durch bauliche Maßnahmen wie nachträgliche Lifteinbauten.

#### **Maßnahmenkatalog:**

#### 18. Öffentliche Bereiche auf Barrierefreiheit überprüfen und Bewusstsein dafür stärken

Die Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wird angestrebt. Barrierefreiheit ist als Querschnittsmaterie zu betrachten, die in allen Bereichen mitzudenken ist. Die Darstellung der barrierefreien Angebote der Stadt Linz soll erfolgen. Weiters sollen bereits bestehenden öffentlichen Einrichtungen auf ihre Barrierefreiheit überprüft und bei

Mängel behoben werden. Darüber hinaus, soll die Stadt Linz die Barrierefreiheit auf ihrer Homepage darstellen.

19. Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern ab dem 3. Geschoss

Die nachträglichen Lifteinbauten dienen nicht nur den älteren Menschen, sondern erhöhen auch die Wohn- und Lebensqualität für Jungfamilien. Durch eine durchschnittliche Subvention von 80 Prozent der Gesamtkosten, die sich aus 50 Prozent Förderung des Wohnbaurechts des Landes Oberösterreich und aus 30 Prozent Förderung der Stadt Linz ergibt, wird der nachträgliche Einbau von Personenliften in Häusern ab vier Vollgeschossen für die Menschen erst leistbar. Daher wurde dieses Förderungsangebot in den vergangenen Jahren von den Wohnungsgesellschaften stark genützt. Die Stadt Linz setzt sich dafür ein, dass die Förderung von Personenliften bereits ab drei Vollgeschossen zum Tragen kommt.

### 7.3. Lebens-Vielfalt

Integration im Sinne eines offenen Zusammenlebens findet konkret in Städten und Kommunen statt – der Stadtteil, das Wohnviertel, der Arbeitsplatz, der Kindergarten und die Schule sind Orte des alltäglichen Kontakts zwischen Zugewanderten und Einheimischen. Die Stadt Linz betrachtet es als Verpflichtung moderner Stadtentwicklung, die Bedürfnisse aller in der Stadt lebenden Menschen bestmöglich einzubeziehen. Bereits 2010 wurde ein eigens für den Integrationsbereich entwickeltes Maßnahmenpaket präsentiert, welches in seinen Grundzügen bereits umgesetzt wurde. Die in diesem Maßnahmenpaket dargestellten Ansätze sollen vor allem dazu beitragen, das Zusammenleben von MigrantInnen und Einheimischen auf Basis von Respekt und gegenseitiger Wertschätzung zu bewältigen. Dabei gilt es, Integration und ein möglichst konfliktfreies Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen zu verankern.

Auch im vorliegenden Sozialprogramm nimmt das Kapitel Integration einen Schwerpunkt ein. Zentrale Bedeutung kommt dabei dem Abbau von sozialen, beruflichen, sprachlichen und rechtlichen Barrieren zu. Das Kapitel Integration kann nicht losgelöst von den anderen Bereichen in diesem Programm gesehen werden, sondern als ein Bestandteil der sozialen Lebenswelt einer Stadt. Chancengleichheit für alle legal in Österreich lebenden Menschen ist Voraussetzung für die Sicherung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft und der Stadt Linz. Integration soll das Zusammenleben auf Basis gemeinsamer Grundwerte und Verhaltensweisen erleichtern, einerseits durch Vertrautmachen der staatlichen Systeme, der gesellschaftlichen Verhältnissen und der Lebensbedingungen in der Mehrheitsgesellschaft. Andererseits müssen auch gleichzeitig günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit und für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben geschaffen werden. Die Politik kann viele dieser Rahmenbedingungen schaffen und sie kann durch gezielte Maßnahmen dazu beitragen, Integration zu fördern.

Das Kapitel „Lebens-Vielfalt“ beinhaltet fünf, für die Stadt Linz sehr wichtige Zielsetzungen:

1. Verstärkung der beruflichen Qualifizierung von MigrantInnen
2. Forcierung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung
3. Etablierung entsprechender Informationsweitergabe und Kanäle
4. Intensivierung der Sprachförderung
5. Schaffung von kulturellen Begegnungsmöglichkeiten

Diese fünf Zielsetzungen umfassen insgesamt 17 Vorschläge und Unterstützungsangebote für die Stadtbevölkerung.



### **7.3.1. ZIEL 1 - Verstärkung der berufliche Qualifizierung von MigrantInnen**

Menschen mit ausländischen Wurzeln haben im Vergleich zur österreichstämmigen Bevölkerung noch ein deutlich höheres Risiko arbeitslos zu sein. Der Anteil der jobsuchenden MigrantInnen liegt laut dem in Auftrag gegebenen Sozialmonitoring bei 8,7 Prozent. Auch bei der Berufsausbildung sind Unterschiede erkennbar: 38 Prozent der zugewanderten LinzerInnen verfügen lediglich über einen Pflichtschulabschluss, der Linzer Durchschnittswert liegt bei 13,3 Prozent. Hier gibt es Handlungsbedarf.

Personen mit Migrationshintergrund sollen verstärkt Unterstützung bei Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten erfahren. In Kooperation mit Schulen sowie MigrantInnenvereinen soll das Interesse an einer Ausbildung im Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe erhöht werden. Entsprechend qualifizierte bikulturelle MitarbeiterInnen stellen für die Stadt Linz sowie für die veränderte KundInnenstruktur im Sozial- und Gesundheitswesen eine Notwendigkeit dar.

#### **Maßnahmenkatalog:**

##### **1. Modulare Weiterbildungsangebote schaffen**

Speziell für die berufliche Qualifikation und Diversifikation der MigrantInnen braucht es verstärkte Anstrengungen in der Berufsberatung und neue Möglichkeiten für das Nachholen von Schul- und Qualifizierungsabschlüssen. Es sollen Entwicklungs- und Unterstützungsperspektiven für alle MigrantInnen in Form von unterschiedlichsten Angeboten erarbeitet werden.

##### **2. Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe schaffen**

Betreuung und Pflege im Alter spielen bei den in Linz lebenden MigrantInnen eine ebenso große Rolle wie bei den Einheimischen. Die vorhandenen Institutionen und Einrichtungen sind aber auf die speziellen Bedürfnisse der MigrantInnen noch nicht ausreichend vorbereitet. Derzeit fehlen MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in den einschlägigen Sozialberufen. Sprachliche Schwierigkeiten und kulturelle Barrieren resultieren aus diesem Mangel. Durch Ausbildung und Beschäftigung von MigrantInnen kann auf die veränderte KundInnenstruktur reagiert werden. Durch Sonderausbildungsprogramme sollen verstärkt MitarbeiterInnen mit migrantischem Hintergrund für Sozial- und Gesundheitsberufe gewonnen werden.

### **7.3.2. ZIEL 2 - Forcierung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung**

Integrationspolitik wird organisationstheoretisch im Magistrat der Landeshauptstadt Linz als Querschnittsaufgabe verstanden, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von allen Abteilungen und Dienststellen des Magistrats sowie von der städtischen Unternehmensgruppe Linz bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden soll.

Die Stadt Linz sieht sich in ihren Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Öffnung bzw. Orientierung verpflichtet. Die in der Stadt Linz lebenden MigrantInnen sollen gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben können. Die bestehenden

Angebote und Einrichtungen sollen dazu, so nötig, zielgruppengerecht verändert und ergänzt werden. Die Anzahl, Vielschichtigkeit und Diversität der MigrantInnenbevölkerung ist dabei zu berücksichtigen.

Die Stadt Linz strebt eine verstärkte Beschäftigung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund an und will damit auch eine Vorbildfunktion als Arbeitgeberin übernehmen. Die Stadt Linz wird durch Fortbildungsangebote für ihre MitarbeiterInnen die interkulturelle Offenheit und Kompetenz in der Stadtverwaltung sowie in den städtischen Einrichtungen fördern. Generell wird interkulturelle Kompetenz als wichtige Schlüsselqualifikation städtischer MitarbeiterInnen betrachtet.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### 3. Anhebung der Anzahl von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in der Unternehmensgruppe Linz

In der Unternehmensgruppe Linz soll durch die Anstellung von Menschen mit Migrationshintergrund der Bevölkerungsanteil von MigrantInnen abgebildet werden. Um den Anteil an bikulturellen MitarbeiterInnen in der städtischen Verwaltung zu erhöhen, wurden von der Stadt Linz Initiativen für die Aufnahme von Lehrlingen sowie für die Ausbildung und Einstellung von Personal etwa in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen oder in der Abteilung Fremdenrecht gesetzt. Dieser Ansatz soll fortgeführt werden.

#### 4. Interkulturelle Öffnung städtischer Leistungen

Integrationspolitik soll nahezu in allen Abteilungen und Dienststellen der Stadt Linz sowie von der städtischen Unternehmensgruppe Linz berücksichtigt werden. Die Stadt Linz sieht sich daher in ihren Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Öffnung bzw. Orientierung verpflichtet. Aus diesem Grund sollen vermehrt mehrsprachige MitarbeiterInnen ausgebildet und eingestellt werden.

#### 5. Gezielte interkulturelle Fortbildungsangebote für MitarbeiterInnen der UGL

Die Haltung und Akzeptanz der interkulturellen Orientierung soll stärker im Bewusstsein der MitarbeiterInnen durch spezielle Initiativen gesichert werden. Die Stadt Linz erstellt bereits seit mehreren Jahren entsprechende Angebote im Bereich der Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen. Auch zukünftig sollen Seminare angeboten werden, die sich mit Hintergrundwissen zu verschiedenen Herkunftskulturen und Religionen der Zugewanderten beschäftigen. Ebenfalls wird der Ausbau des Angebots von Sprachkursen angestrebt.

### **7.3.3. ZIEL 3 - Etablierung entsprechender Informationskanäle**

Der Lern- und Bildungserfolg der Kinder hängt eng von der Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungsinstitutionen mit den Eltern ab. Familien stellen wesentliche Weichen für den Bildungserfolg. Sie beeinflussen die persönlichen und beruflichen Perspektiven der Kinder.

Es ist wichtig, Eltern am Alltag der jeweiligen Einrichtung teilhaben zu lassen, damit sie die Vielfalt der Sprachen und Kulturen als Chance und Bereicherung für ihre Kinder erfahren können. Familien mit Migrationshintergrund haben aber historisch und kulturell bedingt häufig ein unterschiedliches Verständnis von Aufgabe und Rolle der Bildungsinstitutionen. Meist lastet die schulische Unterstützung auf den Schultern der Eltern. Eltern mit Migrationshintergrund fühlen sich zum Teil nicht selbstbewusst und sprachlich kompetent genug, um am Schulgeschehen zu partizipieren.

Vor allem die Entwicklung neuer Kooperationsformen und innovativer Informationskanäle soll angestrebt werden. Durch die Stärkung der Eltern in ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten soll letztendlich der Bildungserfolg der Kinder unterstützt werden. Städtische Maßnahmen zielen nicht darauf ab, die Rolle der SchulpädagogInnen im Zusammenhang mit der Elterneinbindung zu ersetzen – die Stadt will ihre Kontakte zu den Eltern jedoch verstärkt dazu nutzen, diese zur Selbstorganisation zu motivieren.

Darüber hinaus sollen Menschen mit migrantischem Hintergrund und AusländerInnen über diverse Kanäle Informationen erhalten, die das Zusammenleben Einheimischer mit Zugewanderten erleichtern soll.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### 6. Aufbau von sprachen- und ethnienorientierten Elternvereinen

Das Bildungssystem ist bis heute das zentrale System bei der Zuteilung von Lebenschancen. Die Verantwortung der schulischen Erziehung liegt neben dem Schulsystem weitgehend bei den Eltern. Viele Familien, vor allem jene mit migrantischem Hintergrund, stellt dies aber vor neue Herausforderungen, die sie traditioneller Weise nicht gewohnt sind. Oft sind die Eltern ohne Unterstützung nicht in der Lage, ihre Kinder ausreichend auf die schulische Laufbahn vorzubereiten. Mit dem Aufbau von sprachen- und ethnienorientierten Elternvereinen soll dem entgegen gewirkt werden. Die Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule soll mit Hilfe dieses Projekts verbessert werden. Der Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Linz ruft gemeinsam mit unterschiedlichen Vereinen, engagierten Eltern und dem Integrationsressort ethnischorientierte Elternvereine ins Leben. Mittelfristig sollen die Mitglieder der ethnisch orientieren Elternverein in die bestehenden Elternverein in den Schulen integriert werden.

#### 7. Muttersprachliche Informationsabende in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen verstärken

Die Eltern sollen durch mehrsprachige Informationsblätter verstärkt in die pädagogische Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtung miteingebunden werden. Mehrsprachige Informationspakete sollen auch über weitere mögliche Bildungswege informieren. Darüber hinaus sollen die Eltern durch muttersprachliche Informationsabende in den städtischen Krabbelstuben, Kindergärten und Horten zu einer verstärkten Mitarbeit und Mitgestaltung angeregt werden.

#### 8. Informationskampagnen in den MigrantInnen-Vereinen

MigrantInnen-Vereine werden oft von Menschen besucht, die darin einen für sie individuell orientierungs- und sicherheitsgebenden Raum sehen. Es werden altbekannte Traditionen und Werte gepflegt, man ist unter Gleichgesinnten und Vereinsvorsitzende werden als vertrauenswürdig empfunden. Mit dieser Position innerhalb der Vereine und Moscheen können die Vereinsvorsitzenden im Integrationsprozess eine wichtige Brückenfunktion einnehmen. Oftmals fehlen aber diesen Funktionsträgern die erforderlichen Informationen zu den kommunalen Einrichtungen sowie relevanten Themenbereichen. Damit sie ihre Brückenfunktion wahrnehmen können, sollen sie in der Beratungs- und Vermittlungskompetenz gestärkt werden. Aus diesem Grund sollen verstärkt Informationskampagnen zu wechselnden Themenbereich in den MigrantInnen-Vereinen durchgeführt werden.

#### 9. Bildungsarbeit ausbauen

Es soll vor allem in Schulen die Bildungsarbeit hinsichtlich der interkulturellen Kompetenz bei SchülerInnen ausgebaut werden. Möglich wäre dies z.B. durch eigene Workshops, Vorträge, Exkursionen in religiöse Einrichtungen in den Schulen. Ziel ist die Sensibilisierung für eine offene, vielfältige Gesellschaft durch das Kennenlernen der verschiedenen Kulturen.

#### **7.3.4. ZIEL 4 - Intensivierung der Sprachförderung**

„Bildung spielt nicht nur hinsichtlich der gesellschaftlichen Gleichstellung von MigrantInnen eine wichtige Rolle, sondern fördert insgesamt einen konstruktiven Umgang mit kultureller und sprachlicher Diversität und unterstützt die Nutzung aller gesellschaftlichen Potenziale.“<sup>60</sup>  
Das Bildungssystem ist bis heute das zentrale System bei der Zuteilung von Lebenschancen. Aus vielen Studien ist bekannt, dass Bildungschancen noch immer massiv von der sozialen Herkunft abhängig sind und es kaum zu einem Ausgleich unterschiedlicher Startvoraussetzungen kommt. Der Ausgleich etwaiger Bildungsdefizite und die Möglichkeit einer fachlich geförderten Entwicklung sowohl im sprachlichen als auch im sozialen Bereich kann im Kindergarten geschehen. Im Kindergarten, als Ort des Ausgleichs sozioökonomischer Herkunftsbedingungen, kann frühzeitig die Chance aufgegriffen werden, die Kinder auf ihre Bildungslaufbahn vorzubereiten und bestmöglich zu fördern. Kinder von MigrantInnen haben im Kindergarten eine echte Chance auf Integration bei richtiger Unterstützung. Sprachprobleme, sowohl der Kinder als auch der Eltern, und kulturelle Unterschiede bilden dabei die größte Herausforderung.

Die Sprachentwicklung stellt einen sehr wichtigen Teil der Gesamtentwicklung des Kindes und eine Schlüsselkompetenz für frühkindliche Bildung dar. Die Notwendigkeit sprachlicher Bildungsprozesse ist unumstritten. Die Kommunikation mit Menschen unterschiedlicher sprachlicher Herkunft wird in einer zunehmend vielfältig geprägten Gesellschaft immer wichtiger. Schulischer und beruflicher Erfolg sind eng mit Sprachkompetenzen verbunden. Eine aktive Teilhabe an der Informationsgesellschaft stellt große Herausforderungen an die Sprachkompetenz eines jeden Einzelnen. Wissenschaftlich dominiert die Ansicht, dass zum

---

60 Nationaler Aktionsplan für Integration (2009)

Abbau des schulischen Ungleichgewichts zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, die Sprachkompetenzen sowohl von Kindern als auch Eltern zu fördern seien. Vor allem die Sprachkompetenzen der Eltern sollen ausgebaut werden.

Die Stadt Linz kann aufgrund ihrer Möglichkeiten und Befugnisse nur in wenigen Segmenten des Bildungssystems eingreifen oder Maßnahmen setzen. Daher werden Maßnahmen entwickelt, für welche die Stadt Linz Entscheidungs- und Umsetzungsbefugnisse besitzt. Der Kindergarten als vorschulische Bildungseinrichtung ist aus Sicht der Stadt Linz daher der geeignete Ort, Sprachförderprogramme sowohl für die Kinder als auch für die Eltern umzusetzen.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### **10. Ausbau des „Rucksack-Modells“**

Eine wichtige Maßnahme sowohl zur muttersprachlichen als auch zur Deutschförderung stellt das so genannte „Rucksack-Modell“ dar. Es handelt sich um ein mehrstufiges Programm, das neben der Förderung der Mehrsprachigkeit bei MigrantInnenkindern auch eine intensive Einbindung der Eltern in den Bildungsprozess zum Ziel hat. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Kindergarten wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus. Dieses Angebot in den städtischen Kindergärten soll bedarfsorientiert ausgebaut werden.

#### **11. Bedarfsorientierte Ausweitung des Projekts „Mama lernt Deutsch“**

Bildungserfolge hängen sehr stark vom sozialen Status und vom Bildungshintergrund der Eltern ab. Vor allem Mütter nehmen hier einen großen Stellenwert ein. Zum Teil stammen Migrantinnen aus bildungsferneren Schichten, wenige sind in ihrer Muttersprache nicht ausreichend alphabetisiert. Um diese Gruppe von Frauen zu erreichen, bedarf es spezieller Angebote an Sprach- beziehungsweise Alphabetisierungskursen. Das Projekt „Mama lernt Deutsch“ führt die Kurse an für Mütter leicht erreichbaren und vertrauten Standorten durch. Die Stadt Linz will diese Integrationsmaßnahme ausbauen.

#### **12. Erweiterung der Linzer Fremdsprachenbibliothek im Wissensturm**

Die Fremdsprachenbibliothek baut Sprach-Brücken zwischen Menschen und Kulturen. Ihr Zweck besteht darin, das Angebot an Medien in verschiedenen Sprachen zur Ausleihe auszubauen. Das Angebot soll aus Büchern, CDs und Zeitschriften für Kinder, Jugendliche und Erwachsene primär in den Sprachen Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch und Türkisch bestehen. Die Fremdsprachenbibliothek soll ebenfalls Lernhilfen, zweisprachige Werke und Texte in vereinfachtem Deutsch sowie fremdsprachige Bildwörterbücher anbieten, um die Integration von fremdsprachigen Kindern und Erwachsenen zu fördern. Das Angebot an „muttersprachlichen“ Medien soll stetig ausgebaut werden.

### 13. Die Muttersprache zur Erlangung der Mehrsprachigkeit fördern

Das Projekt Frühförderung der Mehrsprachigkeit im Kindergarten zielt darauf ab, Migrantinnen- und Flüchtlingskinder gezielt zu fördern, die sprachliche Defizite aufweisen und bald die Volksschule besuchen werden. Durch Stärkung der Erstsprache der Kinder und gezielte Förderung der Zweitsprache sollen die sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten der Kinder entsprechend entwickelt werden. In gezielt angebotenen Sprachförderheiten werden die Kinder unterstützt.

Der Kindergarten als Ort der Begegnung bietet allen eine Chance, Integration positiv zu erleben. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Eltern soll helfen, Ängste und Defizite zu überwinden. Eltern-Kind-Nachmittage, gemeinsame Spiele und Feste sollen unterstützend wirken und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Eltern und PädagogInnen verstärken.

### **7.3.5. ZIEL 5 - Schaffung kultureller Begegnungsmöglichkeiten**

Vielfalt stellt grundsätzlich eine Bereicherung für die Gesellschaft dar. Kulturelle Vielfalt im staatlichen oder gemeinschaftlichen Rahmen bedeutet gleichzeitig auch Herausforderung, ein verbindendes Band von allgemein akzeptierten Werten und Regeln für das Zusammenleben zu gewährleisten.

Die Geschichte Österreichs ist davon in besonderem Maß geprägt. Bemühungen, unterschiedliche Kulturen in ein größeres Ganzes einzubinden, haben dabei eine lange Tradition. So wurde etwa bereits 1912 der Islam als Religionsgemeinschaft anerkannt, der heute den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts genießt.

Das Sichtbarmachen migrantischer Beiträge in der Linzer Kulturszenerie weist sicherlich Nachholbedarf auf. Dem sollte durch Veranstaltungen und Feste im öffentlichen Raum sowie durch einen verstärkten Informationsfluss zwischen AusländerInnenorganisationen und kommunalen Einrichtungen in Zukunft stärker Rechnung getragen werden.

### **Maßnahmenkatalog:**

#### 14. Ein Linzer Haus der Kulturen etablieren

Aufgrund der hohen Auslastung der Volkshäuser in den Stadtteilen und dem hohen Bedarf an Veranstaltungsräumlichkeiten seitens der Linzer Kulturvereine benötigt die Stadt Linz einen weiteren Veranstaltungsort. Mit einem Haus der Kulturen könnte diese Anforderung für kulturelle und künstlerische Veranstaltungen aller Kulturvereine leichter erfüllt werden. Ein Haus der Kulturen wäre ein Begegnungsort und Treffpunkt für MigrantInnen und Einheimische, ein Veranstaltungsort und ein Zentrum für Integrationsinstitutionen sowie ein Bildungshaus.

#### 15. Eigenes Konzept zur „Linzer-MigrantInnen-Kultur“ erarbeiten und umsetzen

Um die Zusammenarbeit der Kulturen stärker zu fördern, soll das Integrationsressort ein Konzept zur Stärkung der MigrantInnenkultur entwickeln.

#### 16. Medienarbeit in der Medienwerkstatt des Wissensturms beibehalten

Inhalte dieses Projekts bestehen einerseits in der Vermittlung von Radio und Fernsehen- bzw. Medien-Kompetenzen an MigrantInnen, andererseits in der Schaffung einer Kommunikations-Plattform für MigrantInnen.

Die Verbesserung der Sprach- und Kulturkenntnisse sind edukativ orientiert und somit integrationsfördernd. Sie beinhalten Kurse über Radio- und Fernsehprogrammredaktionen, mehrsprachiges Radio- und Fernsehprogramm sowie Berichterstattung über diverse Integrationsthemen.

#### 17. Förderpreis der Stadt Linz für Integrationsarbeit vergeben

Bereits seit 1994 zeichnet die Stadt Linz Initiativen für integrative Jugendarbeit aus. Der bereits traditionelle Jugendintegrationspreis der Stadt Linz soll weiterentwickelt werden. Eine stärkere Einbindung verschiedenster Organisationen, Vereine, Schulen und anderer Interessensgruppen soll den Förderpreis der Stadt Linz weiter aufwerten. Es sollen herausragende Integrationsprojekte ausgezeichnet werden.

## 7.4. Lebens-Chancen

Zufriedenheit und Wohlbefinden der BürgerInnen einer Stadt hängen wesentlich vom sozialen Gefüge, von den Wahrnehmungen der Menschen über Chancen und Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ab. Die Grundstimmung in der Stadt ist geprägt davon, ob ihre BewohnerInnen sich mit der kommunalen Gemeinschaft identifizieren können, ob sie „dazugehören“, ob sie ein Bestandteil der städtischen Landschaft sind, ob sie an den Angeboten und Leistungen partizipieren können. Umgekehrt prägen Menschen, die wenig Chancen vorfinden, die marginalisiert sind oder überhaupt aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind, ein Klima der subjektiven Unsicherheit, des Neides, der Exklusion und der Entsolidarisierung.

In der Stadt Linz herrscht Konsens darüber, dass Menschen Lebenschancen vorfinden sollen, die auch unabhängig von den Möglichkeiten des Herkunftsmilieus vorhanden und erreichbar sind. Soziale Maßnahmen sollen Barrieren abbauen und den Zugang zu Bildung und Ausbildung als Voraussetzung für Erwerbstätigkeit und Selbsterhaltungsfähigkeit gewährleisten. Damit soll ein Beitrag zu einem Klima des Miteinanders, der Toleranz und der Solidarität als Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität aller BürgerInnen geleistet werden.

Das Kapitel „Lebens-Chancen“ beinhaltet die folgenden sieben Zielsetzungen:

1. Entwicklung eines Förderprogramms für SchülerInnen
2. Erhöhung der Chancengleichheit
3. Qualitätsentwicklung /-sicherung für Betreuungseinrichtungen
4. Verringerung der SchulabbrecherInnenquote
5. Erleichterung des Berufseinstiegs
6. Erhöhung des Stellenwerts neuer Technologien
7. Optimierung der Rahmenbedingungen für SchülerInnen

Zur Erreichung dieser Zielsetzungen wurden 27 Maßnahmen erarbeitet, die in den nächsten Jahren als Fortsetzung und Intensivierung des bereits eingeleiteten sozialpolitischen Weges zur Umsetzung gebracht werden sollen.



#### **7.4.1. ZIEL 1 - Entwicklung eines Förderprogramms für SchülerInnen**

Das Schulsystem setzt Fähigkeiten und Fertigkeiten von Kindern voraus, die manche aufgrund verschiedener Ursachen teilweise nicht oder noch nicht mitbringen. Schulbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für den weiteren Berufsweg, die Verdienstmöglichkeiten und damit die Einordnung in das soziale Gefüge. Im Rahmen der städtischen Möglichkeiten sollen begleitende und unterstützende Angebote dazu beitragen, Kindern die Teilnahme am Schulalltag zu erleichtern. Soziale und kognitive Fertigkeiten sollen in spielerischer Form und an Orten außerhalb des Schulalltags trainiert und gestärkt werden.

#### **Maßnahmenkatalog:**

1. Lernförderung in den städtischen Horten und in Kooperation mit Dritten verstärken

In den Horten der Kinder- und Jugend-Services Linz sowie in den von der Stadt Linz geförderten privaten Einrichtungen wird die Lernförderung aller Kinder in Zukunft einen noch höheren Stellenwert einnehmen. Spezielle Förderangebote für alle Kinder sollen vor allem im Bereich der Sprachbeherrschung schulische Defizite minimieren.

2. Aufbau von Lernclubs

Eine Integrationsmaßnahme der Stadt Linz wird in einer gezielten Lernförderung sowie in der Unterstützung bei der Hausübungsbetreuung jener Kinder beziehungsweise Jugendlicher liegen, die keinen städtischen Hort besuchen. Insgesamt soll durch außerschulische und schulergänzende Bildungsangebote mittelfristig das allgemeine Bildungsniveau erhöht werden.

Ergänzend zu den Bildungsangeboten in Kindergärten, Schulen und Horten organisiert die Stadt Linz Bildungs- und Freizeitangebote zur Förderung von leistungsschwächeren Kindern. Die Betreuung in den Lernclubs umfasst einerseits den Bereich Lernen und andererseits den Bereich Freizeit. Neben der klassischen (unterrichtsähnlichen) Lernförderung soll ein Freizeitangebot entwickelt werden, mit dem in spielerischer Form Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten aufgebaut und weiterentwickelt werden, das auch geeignet ist, die schulischen Leistungen zu verbessern.

3. Neukonzeptionierung der Ferienbetreuung im Sommer

Internationale Studien belegen, dass Kinder aus bildungsferneren Schichten gegenüber KlassenkollegInnen aus bildungsnahen Schichten vor allem während der Ferienzeit entwicklungsmäßig in Rückstand geraten. Deshalb wird die Sommerbetreuung für Linzer Kinder neu konzipiert werden. Ein neues Betreuungskonzept soll vor allem SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten während der neunwöchigen Sommerferien unterstützen. Das derzeitige Ferienlernprogramm und Aktivtage-Angebot soll erweitert werden.

#### **7.4.2. ZIEL 2 - Erhöhung der Chancengleichheit**

Die Gleichberechtigung und die Erhöhung der Chancengleichheit zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen ist ein Ziel, das die Stadt Linz in allen Bereichen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten verfolgt. Mit sozialpolitischen Maßnahmen soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass alle BürgerInnen bessere Chancen vorfinden, ihr Leben möglichst selbständig zu gestalten.

#### **Maßnahmenkatalog:**

##### **4. Nostrifizierungen und die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vereinfachen**

Die Stadt Linz bietet sich als Partnerin der zuständigen Institutionen an, um die gegenwärtige Praxis bei Nostrifizierungen und bei der Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zu vereinfachen.

##### **5. Sprachliche Frühförderung in den Kindergärten verstärken**

Im Kindergarten begegnen Kinder einander ohne Vorurteile. Wird bereits im Kindergarten der Grundstein für Toleranz und gegen Ausgrenzung gelegt, wird das Gemeinsame vor das Trennende gestellt, kann Integration in Zukunft gelingen. Die Sprachkenntnisse von Kindern, die drei Jahre einen Kindergarten besucht haben, sollen beim Eintritt in die Volksschule, so ausgebildet sein, dass sie der Unterrichtssprache Deutsch problemlos folgen können.

Studien belegen, dass der Erfolg in der Entwicklung von Sprachkompetenz umso größer ist, je früher gezieltes, intensives, zusätzliches Sprachtraining einsetzt. Daher ist ab dem Betriebsjahr 2011 / 2012 die Sprachförderung auf alle Kinder in städtischen Kindergärten ausgedehnt worden, bei denen ein erhöhter Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Somit erhalten in den städtischen Kindergärten alle Kinder mit Sprachdefiziten bereits ab dem ersten Kindergartentag eine gezielte Deutschförderung, wenn das nötig ist.

##### **6. Projekt „Lesetandem“ ausweiten**

Lese-Tandem versucht die Lesefertigkeit von Volksschulkindern zu verbessern. Schwache LeserInnen können dem textbasierten Unterricht in verschiedenen Schulfächern meist nicht folgen und sich Lerninhalte nicht aneignen. Schlechte Leistungen in nahezu allen Fächern sind die Folge. In diesem Projekt unterstützen ältere SchülerInnen oder/und Erwachsene jüngere Kinder dabei, lesen zu üben. Sie lesen den Kindern Bücher spannend und interessant vor, mit dem Ziel, die Kinder selbst zum Lesen zu motivieren.

##### **7. „Tag des Dialogs“ in Linz fördern**

Am „Tag des Dialogs“ soll das Miteinander zwischen Einheimischen und Zugewanderten gefördert werden. GesprächspartnerInnen aus unterschiedlichen Institutionen und Interessensvertretung sowie LinzerInnen können sich an diesem aktiven Gedankenaustausch beteiligen. Diese Plattform soll den gemeinsamen Diskurs verstärken, einen interkulturellen Austausch ermöglichen und neue Impulse für weitere Vernetzungen und gemeinsame Ideen setzen.

### **7.4.3. ZIEL 3 - Qualitätsentwicklung und -sicherung für die Kinderbetreuungseinrichtungen**

Die Stadt Linz verfolgt mit einer rollierenden quantitativen Bedarfsplanung die Bereitstellung von bedarfsgerechten Ressourcen in der Kinderbetreuung. Es geht nicht nur um die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen, sondern es soll durch Leitlinien auf dem neuesten pädagogischen, psychologischen und sozialwissenschaftlichen Stand gewährleistet werden, dass Kinder optimal in ihrer Entwicklung gefördert werden und Chancengleichheit erarbeitet werden kann.

#### **Maßnahmenkatalog**

##### **8. Etablierung von zeitgemäßen pädagogischen Konzepten**

Die Stadt Linz wird in den städtischen Kindergärten die Schulvorbereitung durch zeitgemäße pädagogische Konzepte und durch zusätzliche Ressourcen noch weiter optimieren. Im Mittelpunkt der Bemühungen in den Kindergärten steht neben der umfassenden Förderung in allen Kompetenzbereichen die Sprachförderung in der Unterrichtssprache der Kinder.

##### **9. Anwendung der geschlechtssensiblen Pädagogik in den städtischen Kindergärten**

Das Konzept der geschlechtersensiblen Pädagogik soll in den Linzer Kinderbetreuungseinrichtungen Anwendung finden.

##### **10. „Lernwerkstätten“ in den städtischen Kindergärten**

Der Kindergarten ist die erste Bildungsinstanz, bereits hier werden die Weichen für ein lebenslanges Lernen gestellt, um sie auf die heutige Wissensgesellschaft vorzubereiten. Kindergärten erfüllen somit einen Bildungsauftrag. Nicht mehr die Betreuungsleistung, sondern die Rolle als elementare Bildungseinrichtung und die Vorbereitung auf die Schule stehen im Vordergrund. Diese Vorbereitung soll in Zukunft noch stärker zum Tragen kommen, um die Bildungschancen für die Kinder zu verbessern und damit die Chancengleichheit für Kinder aus bildungsferneren Schichten zu erhöhen.

Es sollen daher die pädagogischen Konzepte für die städtischen Kindergärten weiter entwickelt werden, die auf Stärken und Fähigkeiten der Kinder ausgerichtet sind und Werte sowie soziale Kompetenzen vermitteln. Zukunftsweisend als Methode hat sich hier das Konzept der „Lernwerkstätten“ etabliert.

##### **11. Integration der Arbeitswelt bereits im Kindergarten –Projekt „Zukunft (be)-greifen“**

Erste gezielte Kontakte zu Betrieben bzw. Berufen können bereits im Kindergarten erfolgen. Aus diesem Grund soll ein Projekt zur Integration der Arbeitswelt in das pädagogische Programm der Kindergärten gestartet werden.

#### **7.4.4. ZIEL 4 - Verringerung der SchulabbrecherInnenquote**

Eine wichtige Voraussetzung für den Eintritt in einen Job und für die Verminderung der Gefahr der Arbeitslosigkeit bildet ein positiver Schulabschluss. Daher ist es ein sozialpolitisches Ziel, die Quote der SchulabbrecherInnen durch geeignete Unterstützungsangebote und das Zur-Verfügung-Stellen von Zugangschancen auf unter zehn Prozent gemäß EU-Lissabon-Strategie zu vermindern.

#### **Maßnahmenkatalog:**

##### **12. Außerschulische Förderangebote verstärken – Nachholen des Hauptschulabschlusses ermöglichen**

In Kooperation mit der Volkshochschule Linz (VHS) und Vereinen sollen Jugendliche außerschulisch unterstützt werden. Es soll Jugendlichen, aber auch anderen Zielgruppen die Möglichkeit geboten werden, den Hauptschulabschluss nachzuholen.

##### **13. Verminderung der Schul- und Lehrabbrüche**

Jugendliche nach dem Pflichtschulabschluss wissen oft nicht, was sie machen sollen oder wählen den für sie unpassenden Weg. Schul- bzw. Lehrabbrüche sind die Folge. Viele sind folglich psychisch beeinträchtigt und fallen in ein Loch. Diese Jugendlichen sollen schon in der Schule von LehrerInnen bzw. SchulsozialarbeiterInnen betreut werden, damit sie stabilisiert werden. Zusammenarbeit mit Institutionen z.B. Produktionsschulen oder „Jobimpuls“ sind hier angedacht. Bewerbungsschreiben sollen schon in der Schule vorbereitet werden, die Zusammenarbeit mit Eltern forciert werden.

#### **7.4.5. ZIEL 5 - Erleichterung des Berufseinstiegs**

Die Berufsintegration von Menschen, vor allem Jugendlicher und junger Menschen ist eine entscheidende Voraussetzung für Selbsterhaltungsfähigkeit und gesellschaftliche Integration. Daher sollen geeignete Maßnahmen geplant werden, die beim Übertritt von der Schule / Ausbildung in die Arbeitswelt unterstützen.

#### **Maßnahmenkatalog:**

##### **14. Unterstützung von Jugendlichen bei der Ausbildungssuche**

Jugendliche erhalten nach Beendigung der Schulpflicht, sofern sie keine Ausbildungsstelle finden, städtische Unterstützung bei der Ausbildungssuche. Dazu sollen die vorhandenen städtischen und anderen Beratungsangebote stärker vernetzt werden und bei Bedarf neue, innovative Kanäle zum Clearing der Perspektiven und der Möglichkeiten sowie des Zuganges zu Arbeitsplätzen erprobt werden.

##### **15. Intensivierung der Berufsorientierung für Jugendliche**

Die Berufsorientierung für Jugendliche soll intensiviert werden. Insbesondere in den Hauptschulen soll die Berufsorientierung im Stundenplan verankert werden. Menschen

mit Beeinträchtigung werden bei ihrer beruflichen Eingliederung bestmöglich durch Angebote der beruflichen Orientierung unterstützt.

Die Stadt Linz wird in enger Zusammenarbeit mit dem AMS und der UGL gezielte Berufsorientierungs- und Schulungsmaßnahmen unterstützen. Innerhalb der UGL werden Beschäftigungsangebote für Menschen mit verminderten Chancen am Arbeitsmarkt aufgrund von persönlichen Defiziten, Ausbildungsmängeln, langer Arbeitslosigkeit, etc. erstellt. Es sollen gezielte Informationen zielgruppennahe präsentiert werden, in welchen Berufen Arbeitsplatzperspektiven vorhanden sind. Insbesondere soll gezielt hinsichtlich der Möglichkeiten informiert werden, einen Pflegeberuf zu erlernen.

#### 16. Berufliche Integration von Menschen mit Arbeitsmarkt-Hemmnissen unterstützen

Für Menschen aller Altersgruppen aus bildungsfernen Schichten werden zielgruppenorientiert niederschwellige Bildungsmaßnahmen angeboten. Diese Angebote beinhalten ganz gezielt auch Ausbildungsabschlüsse. Ziel ist eine verbesserte Teilhabe dieser Menschen am gesellschaftlichen Leben, eine Erhöhung der Ausbildungs- und Berufschancen und damit der Lebenschancen insgesamt.

Die Stadt Linz unterstützt den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben bei Menschen, die Arbeitsmarkt-Hemmnisse aufweisen und durch die Maßnahmen des AMS nicht erreicht werden können. Das Beschäftigungsprojekt „Jobimpuls“ der Stadt Linz soll bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Im Arbeitsprojekt „Jobimpuls“ werden Menschen befähigt, nach ihren persönlichen Möglichkeiten (wieder) in den Arbeitsmarkt einzusteigen oder eine anderweitige Versorgung zu erhalten, die sie von den Mitteln der Mindestsicherung unabhängig macht.

#### 17. Berufsberatung für Jugendliche verstärken

In Kooperation mit der Wirtschaftskammer Oberösterreich (WK), der Arbeiterkammer für Oberösterreich (AK) und anderen Bildungseinrichtungen sollen Informationsveranstaltungen angeboten werden.

#### 18. Spezielle Ausbildungs- und Berufseinstiegsangebote für Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen

Für Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen gibt es Angebote, die auf ihren speziellen Bedarf hinsichtlich Beziehung, Ausbildung oder Berufseinstieg ausgerichtet sind und die dauerhafte Integration fördern.

#### 19. Ausbildungsangebot für jede/n Linzer Jugendliche/n

Jugendliche erhalten nach Beendigung der Schulpflicht städtische Unterstützung bei der Ausbildungssuche, sofern sie keine Ausbildungsstelle finden. Nach Abschluss der Schulpflicht werden die Weichen für das spätere Berufsleben gestellt. Ob weiterführende Schule oder Lehre, Jugendliche brauchen Perspektiven und das Gefühl, gewünscht und gebraucht zu sein. Deshalb erstellt die Stadt Linz für jeden Linzer Jugendlichen mit Hauptwohnsitz ein Ausbildungsangebot.

#### **7.4.6. ZIEL 6 - Erhöhung des Stellenwerts neuer Technologien**

Der Zugang zu Informationen entscheidet über die Verfügbarkeit von Wissen und damit auch über die Durchsetzungsmöglichkeiten eigener Interessen und die Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Vielfältige Informationen prägen auch das demokratiepolitische Verständnis von Menschen, ihre Werthaltungen und ihre Urteilsfähigkeit. Daher sollen die Zugangsbarrieren zu neuen Technologien auch in den sozialen Angeboten integriert werden.

#### **Maßnahmenkatalog:**

##### 20. Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten im Zusammenhang mit neuen Technologien

Ein Schwerpunkt des außerschulischen Bildungsangebots für Menschen aus bildungsfernen Schichten liegt in der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten im Zusammenhang mit neuen Technologien. Dazu sind niederschwellige Zugänge zu schaffen, um diese Zielgruppen zu erreichen.

##### 21. Ausstattung aller städtischen Pflichtschulen und Horte mit Info-Theken

Ein Schwerpunkt beim außerschulischen Bildungsangebot für Menschen aus bildungsfernen Schichten ist die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten im Zusammenhang mit neuen Technologien. Daher sollen sowohl die städtischen Pflichtschulen als auch die Horte mit Info-Theken ausgestattet werden.

##### 22. Optimierung der Hardware-Ausstattung in den Bildungseinrichtungen

Bildungseinrichtungen stehen vor der Herausforderung, die Nutzung digitaler Medien in den alltäglichen Lernprozess einzubinden. Mit der fortschreitenden Durchdringung von Schule und Hort mit digitaler Technologie stellt sich hier zunehmend die Frage nach Infrastruktur-Konzepten sowie der nachhaltigen Einführung von Einsatzkonzepten. SchülerInnen sollen die Möglichkeit erhalten, sobald als möglich den gewissenhaften Umgang mit neuen Technologien zu lernen. Daher sollen die Hardware-Ausstattungen in den Bildungseinrichtungen optimiert werden. SchülerInnen sollen die Chance erhalten mit einer zeitgemäßen technologischen Infrastruktur aufwachsen und ihre Fertigkeiten weiterentwickeln zu können.

##### 23. Jedem Schulkind ein mobiles Telekommunikationsgerät als Ergänzung zu den Schulbüchern

Neben den Schulbüchern als klassische Lernmittel, sollen die SchülerInnen auch die Möglichkeit erhalten, den praktischen Umgang mit den neuen Technologien zu erlernen. Für viele ist es im späteren Berufsleben wichtig, mit dem Computer umgehen zu können. Aus diesem Grund soll den SchülerInnen neben den klassischen Schulbüchern ein mobiles Telekommunikationsgerät zur Verfügung gestellt werden.

#### 24. Ausbau der Open-Source-Technologie

Mit einer europaweit einzigartigen Initiative setzt die Stadt Linz Impulse für die frei zugängliche Nutzung und elektronische Verbreitung von Daten, Software, Lehr- und Lernmaterialien und anderen als „Open Commons“ bezeichneten, digital gespeicherten Inhalten. Das Projekt „Open-Commons-Region Linz“ ist ein weiterer Schritt der Zukunftsstadt Linz, ihre BürgerInnen bei der Informationsbeschaffung und -Nutzung via Internet bestmöglich zu unterstützen.

Die vorrangigen Ziele der Initiative zur Etablierung einer Open-Commons-Region Linz, die gleichermaßen dem Gemeinwohl dienen und wirtschaftliche Impulse setzen soll, sind einerseits Kosten zu reduzieren, Abhängigkeiten zu vermeiden, Eigeninitiative zu fördern, Wirtschaft zu stärken, Wertschöpfung zu erzeugen, Transparenz zu herstellen und Rechtssicherheit zu schaffen. Denn das sind zentrale Aspekte bei der Herstellung und Nutzung von immateriellen Gütern wie Daten, Software, Lehrmaterialien Literatur-, Bild-, Ton- und Filmwerken. Diese heute meist digital verfügbaren immateriellen Güter sind für die vernetzte Informationsgesellschaft von grundlegender Bedeutung und in ihrer Gesamtheit ebenso wichtig und wertvoll wie materielle Güter. Open Commons, das immaterielle Gemeingut des 21. Jahrhunderts, ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzu-denken. Dafür gibt es handfeste technische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Gründe. Die Stadt Linz hat dies erkannt und macht sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Region auf den Weg, aus dem Großraum Linz die erste Open-Commons-Region Europas zu machen.

#### **7.4.7. ZIEL 7 - Optimierung der Rahmenbedingungen für SchülerInnen**

Schule ist eine Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Die Rahmenbedingungen im Schulkontext beeinflussen entscheidend die Möglichkeiten zum Wissenserwerb. In der Zuständigkeit der Stadt als Schulerhalterin soll dazu beigetragen werden, dass Kinder, deren Eltern aufgrund ihrer persönlichen, sozialen oder beruflichen Situation die Schullaufbahn ihrer Kinder weniger stark begleiten können als andere, im Schulkontext gute Rahmenbedingungen zum Erwerb von Wissen und Fähigkeiten vorfinden.

#### **Maßnahmenkatalog:**

#### 25. Führung von ganztägigen Schulformen

Die Stadt Linz verpflichtet sich als Schulerhalterin für alle SchülerInnen in städtischen Pflichtschulen eine Nachmittagsbetreuung zu organisieren. Für VolksschülerInnen wird auch künftig ein bedarfsgerechtes Hortangebot zur Verfügung gestellt, Haupt- und polytechnische Schulen werden grundsätzlich als Ganztagschulen geführt. Eine laufende Bedarfsanalyse und Angebotsanpassung sollen für angemessene Ressourcenausstattung sorgen. Die Inanspruchnahme der Ganztagesbetreuung hängt wesentlich vom Informationsstand der Eltern ab. Daher sollen die Schulleitungen die Eltern verpflichtend über den Anspruch der Kinder auf ein ganztätiges Schulangebot informieren.

## 26. Ausbau der Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit leistet einen Beitrag dazu, dass soziale Probleme von Kindern und Jugendlichen direkt in der Lebenswelt Schule bearbeitet werden können. Wenn Probleme in einer frühen Phase aufgegriffen und mit den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen bearbeitet werden, können Schulprobleme oder Schulabbruch sowie aufwändige Unterstützungsmaßnahmen der Jugendwohlfahrt verringert oder vermieden werden.

Die Stadt Linz wird an den städtischen Pflichtschulen mit finanzieller Beteiligung durch das Land Oberösterreich ein Netz an Schulsozialarbeit anbieten, das gemäß der jeweils aktuellen Konzeptionen des Landes Oberösterreich und der städtischen Besonderheiten in enger Vernetzung mit der Jugendwohlfahrt konzipiert ist.

## 27. Beibehaltung der Freilernmittel für einkommensschwache SchülerInnen

Die Ausstattung mit den nötigen Unterrichts- und Lernmitteln ist eine der Rahmenbedingungen für die Teilnahme am Schulalltag. Die materielle Ausstattung der Eltern soll kein einschränkender Faktor für den Schulerfolg der Kinder sein. Daher wird die Stadt Linz auch künftig für Familien mit geringem Einkommen die Finanzierung der Lernmittel übernehmen.



## 8. Verzeichnisse

### 8.1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Altersaufbau der österreichischen Bevölkerung.....	8
Abbildung 2: Durchschnittsalter der Bevölkerung nach Gemeinden.....	9
Abbildung 3: Bevölkerungsstruktur in Linz.....	10
Abbildung 4: Vergleich der Wohnbevölkerung Linz und Oberösterreich.....	11
Abbildung 5: Wanderungssalden Linz 1996 bis 2009.....	12
Abbildung 6: Gesamtbevölkerung in Linz 2010 bis 2021.....	13
Abbildung 7: Überdurchschnittliche Armutsgefährdung nach Gruppen differenziert.....	21
Abbildung 8: Festlegung der Perspektiven des Linzer Sozialprogramms 2011.....	27

### 8.2. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anteil der Altersgruppen in der Linzer Gesamtbevölkerung.....	13
Tabelle 2: Die Reihung der wichtigsten Herkunftsnationen in der Stadt Linz.....	16
Tabelle 3: Statistik der Einbürgerungen in Oberösterreich und Österreich.....	17
Tabelle 4: Statistik der Einbürgungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit.....	18
Tabelle 5: Indikatorenliste des Sozialmonitorings für Linz.....	29
Tabelle 6: Entstehungsprozess des Sozialprogramms.....	30

### 8.3. Literaturverzeichnis

Armutskonferenz. Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at) [Datum des Zugriffs: 5.5.2011]

Bacher, J., Weber, Chr. (2011). Sozialmonitoring von Linz mittels Mikrozensus. Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Soziologie, Abteilung Empirische Sozialforschung. Linz

Biffel, G./ Faustmann, A./ Skrivaneck, I. (2010). Frauen in der Wirtschaftskrise. Donauuniversität Krems, Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit. Krems

Bourdieu, Pierre (1985). Sozialer Raum und „Klassen“. Zwei Vorlesungen. Frankfurt a. M.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Abteilung für Grundsatzfragen und Koordination in EU-Angelegenheiten – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: [www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/RE/](http://www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/RE/) [Datum des Zugriffs: 16.5.2011]

Daume, D. (2006). Armutsgefährdung von Familien. Universität Linz, Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung. Linz

Deinet, Ulrich/ Gilles, Christoph/ Knopp, Reinhold (Hrsg.) (2006). Neue Perspektiven in der Sozialraumorientierung. Dimensionen - Planung - Gestaltung. Berlin.

Deinet, Ulrich (2009). Aneignung und Raum – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: <http://www.sozialraum.de/deinet-aneignung-und-raum.php> [Datum des Zugriffs: 13.1.2011]

Europäische Kommission (2011). Eurostat database – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home> [Datum des Zugriffs: 17.1.2011]

Gugger, A. (2011). Enquete des Österreichischen Nationalrats – Jänner 2011. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien

Hanesch, W. (2011). Soziale Spaltung und Armut in den Kommunen und die Zukunft des „lokalen Sozialstaats“. In Hanesch, W. (Hrsg.). Die Zukunft der „sozialen Stadt“ (S. 7 – 49). Wiesbaden

Ipsen, Detlev (2007): Städte: Ressource für Innovationen und Versprechen eines „guten Lebens“. In Baum, Detlef (Hrsg.) Die Stadt in der sozialen Arbeit (S. 80 – 92). Wiesbaden

Kaufmann, Franz-Xaver (1997). Herausforderungen des Sozialstaats. Frankfurt a. M.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt a.M.

Marik-Lebeck, S. (2009). Einwanderungsland Österreich – Strukturen und Trends. Zeitschrift für Angewandte Geographie, 123, 63 – 70

Mutschler, Martin (2007). Suburbanisierung als Problem gegenwärtiger Stadtentwicklung. In Baum, Detlef (Hrsg.) Die Stadt in der sozialen Arbeit (S. 329 – 344). Wiesbaden

Oliva, T. (2010). Mediengespräch der „Wiener Zuwanderungskommission“, Wien 29.1.2010

Österreichischer Integrationsfond (2009). Nationaler Aktionsplan für Integration. Wien

Österreichischer Städtetag (2006). Demographischer Wandel in Österreich – ein Überblick. KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Wien

Reutlinger, Christian. (2011). Vom Sozialraum als Ding zu den subjektiven Raumdeutungen - [WWW Dokument]. Verfügbar unter: <http://www.sozialraum.de/reutlinger-vom-sozialraum-als-ding.php> [Datum des Zugriffs: 12.01.2011]

Reutlinger, Christian (2009): Bildungslandschaften raumtheoretisch betrachtet – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: <http://www.sozialraum.de/bildungslandschaften-raumtheoretisch-betrachtet.php> [Datum des Zugriffs: 13.01.2011]

Reutlinger, Christian/Wigger, Annette. (2010). Das St. Galler Modell. Eine Denkfigur zur Gestaltung des Sozialraums. In Reutlinger, C./Wigger, A. (Hrsg.). Transdisziplinäre Sozialraumarbeit (S. 13 – 55). Berlin

Riege, Marlo (2007). Soziale Arbeit und Sozialraumanalyse. In Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit. (S. 376 -389) Wiesbaden.

Sandermann, Philipp/Urban, Ulrike (2007). Zur "Paradoxie" der sozialpädagogischen Diskussion um Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. In Neue Praxis, 37. Jg., Nr. 1/2007, S. 42-58

Spatscheck, Christian (2011). Theorie- und Methodendiskussion – [WWW Dokument] Verfügbar unter: <http://www.sozialraum.de/spatscheck-theorie-und-methodendiskussion.php> [Datum des Zugriffs: 12.01.2011]

Stadt Linz (1990): Sozialprogramm für die Stadt Linz – Linz eine Stadt für alle. Linz

Stadtforschung Linz. Linz Zahlen – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: [www.linz.at](http://www.linz.at) [Datum des Zugriffs: 24.4.2011]

Luger, K. / Mayr, J. (2011). Stadtgesellschaft – Werte und Positionen. Linz

Statistik Austria (2011). Statistik der Einbürgerungen – [WWW Dokument]. Verfügbar unter: [www.statistik.at](http://www.statistik.at) [Datum des Zugriffs: 19.5.2011]

Strohmeier, Klaus Peter (2007). Familien in der Stadt – Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik. In Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit (S. 246 – 261). Wiesbaden

Wassilios, E. F. (2009). Bildung von Anfang an. Freie Universität Bozen, Fakultät für Bildungswissenschaften. Wien